DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 1 34 02

70/71 | 7. JAHRGANG | Juli/August '90 | 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

GRÜNE WIRTSCHAFTSPOLITIK

In ihrem Wirtschaftsprogramm fördern die GRÜNEN Ökosteuern, Entflechtung der Großbanken usw.. Ob man jedoch mit solchen Konzepten »dem Kapital den Zahn ziehen kann« bleibt für Klaus Schmitt zweifelhaft. Die Forderung nach einem »ökologischen Kapitalismus« klingt auf jeden Fall in den meisten Ohren nach einem Paradoxon.
Ein Beitrag auf Seite 12.

BUNTE REPUBLIK NEUSTADT

Für ein Wochenende haben sich die Dresdener NeustädterInnen den Wunsch nach Selbstverwaltung in ihrem Stadtteil erfüllt. 2 Tage lang feierte man die »Bunte Republik Neustadt« mit einer eigenen provisorischen Regierung, einer eigenen Währung und viel Spaß an der gemeinsamen Gestaltung des Stadtteils.
Die Bunte Republik Neustadt soll auch über dieses Wochenende hinaus weiterleben: Die BewohnerInnen werden sich auch weiterhin für den Erhalt ihres Viertels engagieren. »Wir bleiben hier und wehren uns täglich.«
Ein Bericht auf Seite 6

ZUKUNFT DER LPG's

Obwohl die meisten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR beabsichtigen, sich in bäuerliche Produktivgenossenschaften umzuwandeln und den dörflichen Wirtschaftzusammenhang wiederaufzubauen, haben viele LPG's nur geringe Überlebenschancen.
Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens in Bonn hält daher eine umfassende Diskussion der Lage und Zukunft bäuerlicher Produktivgenossenschaften für dringend erforderlich und stellt erfolgsversprechende Unterstützungsvorschläge vor.
Mehr dazu auf Seite 10

KABALE DER ALTERNATIVEN

Der Konflikt zwischen der Göttinger Film- und Kinoinitiative und dem dazugehörigen Café Kabale scheint durch eine eigenständige Betriebsgründung des Cafeteams zwar zunächst gelöst zu sein, doch die sich dahinter verbergenden Differenzen betreffen grundsätzliche Probleme innerhalb der Alternativszene.
Inwieweit können »staatsfeindliche Positionen« öffentlich vertreten werden, oder wieweit wird die Szene sich selbst disziplinieren, um sich beispielsweise städtische Unterstützung nicht zu »verscherzen«?
Ein Beitrag auf Seite 4

NEONAZIS IN DER DDR

Immer häufiger gibt es in letzter Zeit Berichte über Angriffe neonazistischer Gruppen auf linke und alternative Einrichtungen in der DDR.
Dem etwas entgegenzusetzen und eine öffentliche Aufklärung stellen ein neues und schwieriges Problem dar.
Siehe Seite 5

ALTERNATIV-TV AUS LEIPZIG

Bislang noch öffentlich geduldet sendet der Leipziger Kanal X ein selbstverwaltetes Fernsehprogramm in ehrenamtlicher Arbeit! Die MacherInnen haben inwischen eine Sendelizenz beantragt und wollen als nichtkommerzieller Sender weitermachen. Was daraus nach endgültiger Festlegung der Mediengesetze in der DDR wird, steht noch in den Sternen...
Ein Interview mit einem der Macher auf Seite 3

KOMMUNETREFFEN IN DER DDR

„Good vibrations" für Ökotopia

In der Noch-DDR trafen sich im Juni mehrere hundert Menschen aus Ost und West um Gemeinschaftsprojekte mit ökologischer und spiritueller Ausrichtung kennenzulernen. Bei diesem bunten „Jahrmarkt" auf dem Gelände der ehemaligen SED-Parteihochschule in Kleinmachnow ging es darum, Perspektiven kommunitärer Strukturen auf dem Staatsgebiet der DDR zu diskutieren, Gruppen und Einzelpersonen zusammenzubringen, damit Kommunen und Ökodörfer nicht nur ein Wunschtraum zwischen Rostock und Dresden bleiben.

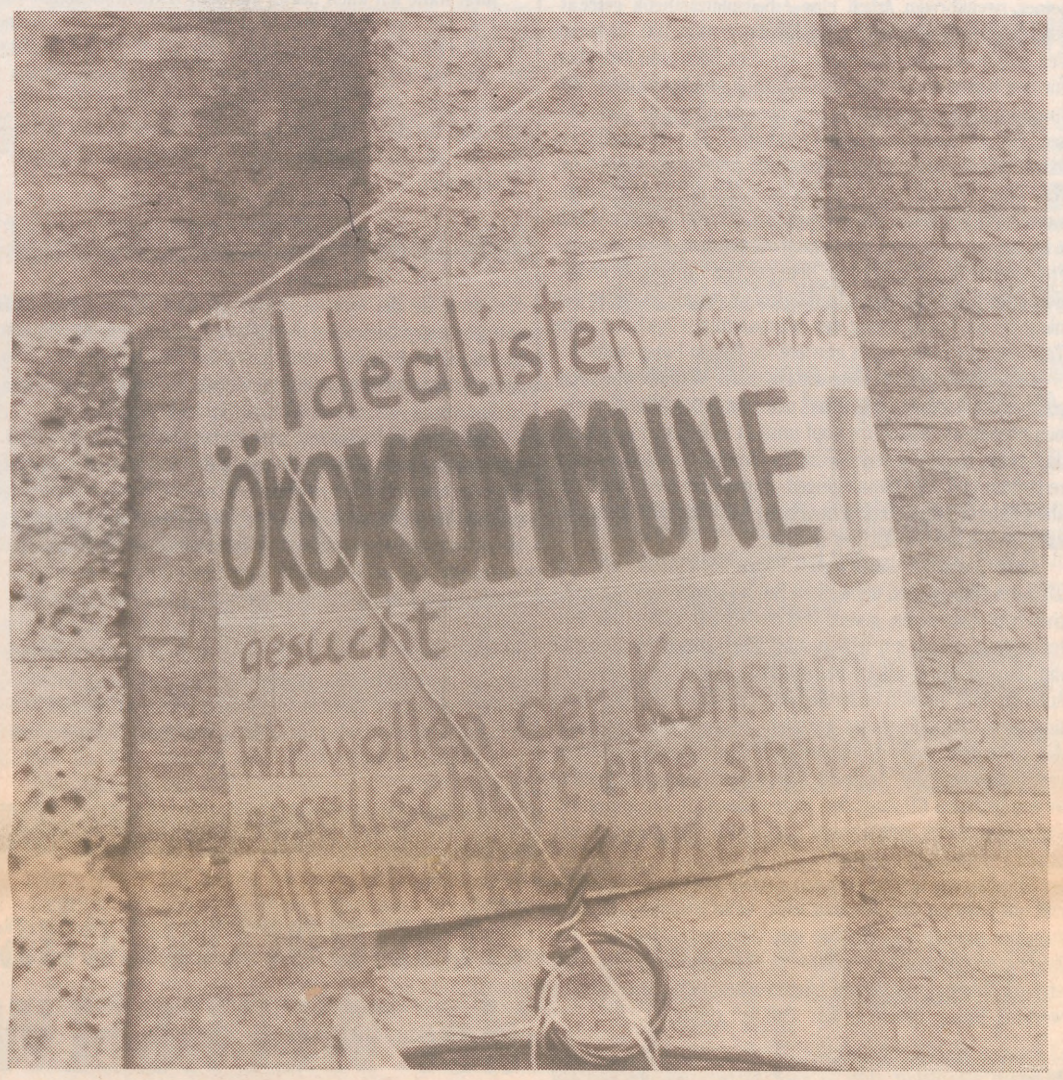


Foto: Thomas Buschmann

Waldemar Schindowski, Redaktion Amsterdam ● Was bedeutet es, in einem Land Positives aufzuzeigen, wo die ökologische Situation dadurch gekennzeichnet ist, daß die Lebenserwartung vieler Menschen sich durch die Umweltbelastungen drastisch verkürzen und Begriffe wie „Gemeinschaft" oder „Kollektiv" Erinnerungen an Entmündigung wecken. Anfang des Jahres, als die SED Stück für Stück ihre Macht aufgeben mußte, CDU und SPD begannen, dieses Vakuum neu zu verteilen, entstand in der BRD und DDR ein persönliches Netzwerk von Menschen, die daran gingen, eine Perspektive mit der Richtung auf eine ökologische Lebensweise in der DDR zu verfolgen. Ein erstes Ergebnis dieser Initiative wird in dieser Ausgabe von CONTRASTE vorgestellt. Das Treffen – kurioserweise fiel es mit dem „Tag der deutschen Einheit" zusammen – war eine Mischung aus Folkfestival, Selbsterfahrung, großen Ideen und kleinen Schritten. Die Rollenverteilung zwischen Ost und West war klar: Die westdeutschen Gruppen und Einzelpersonen stellten sich, mit einer zwanzigjährigen Erfahrung von gemeinschaftlichen Projekten im Rücken, einem erwartungsvollen DDR-Publikum vor.

In zahlreichen Workshops und Arbeitskreisen reichte die Palette des Angebots von „freier Liebe" (Diskussion!) über Theorieansätze kommunitären Lebens bis hin zu praktischen Vorstellungen von Gemeinschaften aus Westdeutschland und einigen Ansätzen in der DDR. Als westdeutscher Teilnehmer kamen mir die vier Tage teilweise wie eine „Zeitreise" vor. Zehn, fünfzehn Jahre zurück, mit allen grundsätzlichen Fragen, die unbeantwortet blieben: Wie lebe ich im Einklang mit meiner Umwelt, wie werde ich meiner Verantwortung in der Gesellschaft gerecht. Sehr fundamental und ernst, ohne dies jetzt denunzieren zu wollen. In diesen Tagen formierte sich vielleicht eine Strömung in der DDR, die auch Auswirkungen auf die westdeutsche Ökologie- und Kommunebewegung haben wird. Vielleicht werden in der konkreten Auseinandersetzung mit Projekten und Personen wieder Fragen grundsätzlicher Art zunehmen, wo auch westdeutsche Gruppen ihre liebgewordenen Alltäglichkeiten überdenken müssen. In zukünftigen „Süditalien" von Großdeutschland wird sich unter anderem eine „Szene" entwickeln, wo, um es mit Rudolf Bahro zu sagen, „die Kommune-Idee eine Rückzugsmöglichkeit der sozialistischen Idealität sein könnte."

Was aber konkret entstehen wird, ist noch offen. Viele Erwartungen und Wünsche wurden geäußert. Ob aber die Kraft da sein wird, um etwas Neues auf dem DDR-Fundament zu schaffen, wird sich noch zeigen müssen. Es wird vielleicht auch davon abhängen, wie das Verhältnis zwischen den Gruppen in Ost und West sich entwickeln wird, welche Identität und Eigenständigkeit die DDR-Entwicklung nehmen wird, wie sensibel westdeutsche „Missionare" auftreten. Es ist allemal zu wünschen, daß zwischen Elbe und Oder etwas Positives entsteht.

Da wohl der Sturm aufs Winterpalais fürs erste auf staatlicher Ebene nicht geklappt hat und die Kraft für eine Aneignung von großen Gesellschaftsentwürfen bei den meisten Menschen nicht da ist, sind kommunitäre „Auffangbecken", experimentelle Lebensformen in einer sich ausbreitenden Warengesellschaft, für viele Menschen in der heutigen DDR eine konkrete Alternative. ●

Mehr dazu in unserem Schwerpunktthema mit einem Bericht von Elisabeth Voß **»4Tage Kommune-Atmosphäre«**(Seite 8), **»Gottvertrauen« in die sozialistische Idee**, einem Interview mit Rudolf Bahro (Seite 9), **»Das ist die indianische Art, die offenen Hände«**, ein Interview über den Versuch, als Naturmensch in Mecklenburg zu leben und eine kritische Bewertung des Ost-West-Treffens durch die Niederkaufunger Kommune (Seite 10).

P 8008 E
4
001
00.2621
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30
7 5 1

RADIO 100

Das Radikale muß einfach weg!

Zwischen realexistierenden Verlegerinteressen und gelebter Utopie: Radio 100 in Berlin.

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Berlin scheint ein besonders begehrtes Testfeld für alternative Medien-Großprojekte zu sein. Glanz und Elend liegen da allerdings nahe beieinander. Neben dem harten Werdegang der TAZ dokumentiert das beispielhaft die jüngste Entwicklungsphase rund um den gerade drei Jahre alten Sender RADIO 100.

Dessen MitarbeiterInnen haben bis jetzt erfolgreich die **betriebliche Selbstbestimmung** samt **Programmautonomie** verteidigen können. Ob diese Werte allerdings erhalten bleiben, ist momentan sehr ungewiß. Die konstant desolate Finanzsituation des Radios erzwingt aktuell eine grundsätzliche Entscheidung über die Zukunft des Unternehmens, bei der der alternative Projektansatz gewaltig unter die Räder geraten kann.

KRISE: VERWIRRUNG KOMPLETT

Vor Ort wuchert seit Wochen ein Gestrüpp aus Informationen, Gerüchten und Dementis: Ist der Sender schon verkauft, am Stück oder in Scheiben? Was meint die Geschäftsführung mit dem Begriff: „Neupositionierung"? Und klingen die Presseerklärungen der MitarbeiterInnen nicht wie öffentliche Hilferufe? Warum wollen bestimmte GesellschafterInnen den Sender verändern? Und vor allen Dingen: Wie sehen die Leute aus, die sich **„Das ganze Chaos life"** (100-Slogan) leisten wollen? Sind das Bonzen? Dudelfunker? Verlegermultis? Was sagt der Kabelrat dazu?

Im Sender selbst ist kaum etwas über die Hintergründe zu erfahren; während die ersten schon entnervt und enttäuscht „die Koffer packen", feindet sich der Rest im Studio, in den Büros und auf den Gängen an. Der aus den meisten alternativen Projekten bekannte rigide **Fraktionismus** beherrscht die Emotionen... wutentbrannt wird über Vokabeln wie „Verrat!", „Unprofessionelles Chaotentum!" und „Selbstverstümmelung!" debattiert... wie zu erwarten ergebnislos.

Alles in allem eine Bombenstimmung an der Potsdamer Straße. Und der Sendebetrieb läuft weiter.

WERT AM MARKT

Um die herrschende Verwirrung in Berlin zu durchleuchten, bedarf es einiger ausholender Erklärungen. Radio 100 besitzt eine 24-Stunden-Sendegenehmigung für eine der (bislang) zwei privat genutzten Radiofrequenzen, die den gesamten Großraum Berlin terrestrisch erreichen.

Neben der Schamoni-Dudelwelle auf 100,6 Mhz hat sich außer Radio 100 niemand durchsetzen können: Ein kurzer Versuch der Großverlage Holtzbrinck, Bertelsmann und Springer, unter dem namen „HIT 103" in Berlin zu landen, verschwand klanglos in der Versenkung.

Angesichts gesamtdeutscher Umarmungen und angesichts der Rolle, die Berlin dabei spielen wird, birgt RADIO 100's Lizenz also einen enormen Warenwert für InvestorInnen, die expandieren möchten. Daneben verfügt die RADIO 100 GmbH noch über ein Zuckerli von europäischer Tragweite: Die Frequenz ist mittlerweile für Satellitenausstrahlung zugelassen!

Das alles ist den „100"-Leuten nicht in den Schoß gefallen: Eine offizielle Geschäftsstrategie (= RADIO 100 hat keine finanziellen Probleme) **und** solide Programmarbeit (=konsequent am **Inhalt** orientiert) sicherten sich die Sympathien des Kabelrates. Dessen Frequenz-Entscheidungen gingen bislang immer zugunsten der Leute an der Potsdamer Straße aus.

DER PREIS FÜR'S FUNKEN

Den stoisch optimistischen Verlautbarungen von Geschäftsführer Thomas Thimme zufolge, müßte RADIO 100 über die letzten drei Jahre eigentlich eine Goldgrube gewesen sein:

Fortsetzung auf Seite 3

AUS FÜR GEGENDRUCK

Schlußstrich

Die Stadtzeitung für Karlsruhe und Ettlingen, „Gegendruck", stellt zum 1. Juli ihr Erscheinen ein. Dies wurde auf der Mitgliederversammlung des Herausgebers, dem Verein für Volksbildung, am Mittwoch den 27. Juni um 22.30 mit 5:1:1 Stimmen beschlossen. Damit wird nach achtjähriger Arbeit die Fortführung der alternativen Zeitung als nicht realistisch erachtet.

Frank Jörg Reimann, Redaktion Heidelberg ● Im Dezember 1989 sah alles noch ganz anders aus: „Der GEGENDRUCK, alternative Stadtzeitung für Karlsruhe sucht zum 1.3.90 RedakteurIn. Zunächst auf ein Jahr und zu szeneüblicher Bezahlung. Erwartet werden gute Schreibe, Organisationsfähigkeit, Kreativität, Eigenständigkeit und Erfahrungen mit kollektiven Arbeitsformen".

Diese Anzeige war damals in der taz zu lesen, und signalisierte Optimismus und den Willen zum Weitermachen am Projekt „Gegenöffentlichkeit": Durch zwei zusätzlich hauptamtliche Stellen wollten die in die Jahre gekommenen HerausgeberInnen und MitarbeiterInnen, die nun durch Beruf und/oder Familie anderen Aufgaben verpflichtet sind, die Zeitung professionalisieren. Dem einstigen und lange Zeit praktizierten „Feierabendjournalismus" sollte damit die Absage erteilt werden.

PROFESSIONALISIERUNG

Das nötige Geld für die zwei Stellen wurde durch eine intensive Spenden-und Abo-Kampagne zusammengebracht. Im Februar 1990 war klar: Das Geld ist vorhanden. Die Verträge wurden unterschrieben; die Arbeit konnte ab März losgehen.

Eine Frau und ich hatten nun die Ressorts „Karlsruhe aktuell", „Frauen", „Arbeit & Soziales" und „Kultur" zu betreuen. Hinzu kam die Einarbeitung in die übrigen Arbeitsgebiete u.a. von Satz, Abo-Verwaltung, Finanzen, Anzeigenakquisition und Eigenwerbung. Mit Freude und Engagement stürzten wir uns in die neuen Aufgaben.

Vor uns sollte, was damals nicht gesehen werden konnte, ein schwieriger Weg liegen. Eines war und ist dennoch unverkennbar: Der Anspruch an die Zeitung und uns, die beiden Neuen, war groß. Groß waren aber auch die Schwierigkeiten, mit denen wir uns bis zuletzt auseinandersetzen mußten. Davon soll hier aus meiner Sicht die Rede sein. Vielleicht ist es arrogant, aber ich möchte dennoch unsere Erlebnisse und Erfahrungen mit GEGENDRUCK als kurzen Abschied von einem langgehegten Kadaver bezeichnen.

März: Wir wurden mit einer für einen selbstverwalteten Betrieb ungewöhnlichen Situation konfrontiert: 1982 als *Gemeinschaftsunternehmen politisch Engagierter ins Leben* gerufen, verwaltete zuletzt ein Einzelner die Zeitung. Unser Kollege W. hatte zwei Jahre lang als hauptamtlicher Angestellter die wichtigsten Aufgaben inne. Er verwaltete die Finanzen, die Abos, besorgte den Vertrieb, schrieb z.T. Artikel und setzte die Zeitung. Ohne ihn lief eigentlich nichts mehr. Er hielt, salopp gesagt, den „Laden" am Leben. Und genau seine „Machtposition" sollte zwischen uns zum ersten Eklat führen.

Die Kollegin V. war schon voll eingestiegen, während ich bis Juni halbtags meine Redaktion zu erledigen hatte. Von daher war ich nicht voll in den betrieblichen Ablauf integriert und erst einmal darauf bedacht, mein Hauptarbeitsgebiet, die Kultur, thematisch für die nächsten Ausgaben zu planen. Die April-Ausgabe mußte nach dreimonatiger Pause erscheinen: dies war unser vorrangiges Ziel. So beschränkte sich meine Tätigkeit auf das Schreiben beschlossener Artikel – relativ problemlos für mich, für V. die Zeit der ersten Auseinandersetzungen.

„SELBSTVERWALTUNG"

Wichtig dabei war, daß die HerausgeberInnen/MitarbeiterInnen uns zwar eingestellt hatten, aber nichts dafür taten, daß uns der Weg in ein dreiköpfiges Team erleichtert wurde. So war unsere erste „Amtshandlung" das Aufräumen des Büros, das einer Müllkippe glich – unser Kollege hat sich während seiner zweijährigen Arbeit eine Arbeitsplatzästhetik geschaffen, die nichts mit der einer Redaktion gemein hat. In kurzer Zeit hatten wir alle gemeinsam aus dem Büro eine Redaktion für drei Personen für eine übersichtliche und koordinierte Zeitungsproduktion geschaffen. Gut. Aber damit wurde auch „böses Blut" zwischen uns dreien geschaffen: Nur widerwillig erklärte sich W. zu der neuen Büro- und Arbeitsorganisation bereit. Denn für ihn bedeutete dies Vertreibung aus dem liebgewonnenen Ambiente und Verlust an Autorität. Vieles wurde schwieriger. Von nun an waren Glasnost und Perestroika Fremdworte in der Redaktion. Dem raschen Umbau der Redaktion entzog sich W. durch Untätigkeit. V. wurde in dieser Zeit nicht in die Handhabung der Setzmaschine eingeführt, eine Tatsache, die später noch gravierende Folgen haben sollte.

Auch die anderen Gebiete wie Finanzen, Vertrieb, AnsprechpartnerInnen in den Initiativen oder die freien MitarbeiterInnen blieben als Wissen im Kopf unseres Kollegen. Hinzu kam, daß beide wegen unterschiedlicher Arbeitsvorstellungen sich zerstritten und auf Distanz gingen. In gewisser Weise blieb das alte Chaos erhalten. Daß dennoch die April-Ausgabe zustandekam, war schon ein kleines Wunder.

April: Um nach dieser ersten Phase der Einarbeitung mit all ihren Widrigkeiten die weitere Zeitungsproduktion perspektivisch zu diskutieren, gerade was die Neukonzeption des Blattes anging, wurde am letzten April-Wochenende ein Seminar mit Herausgebern, Mitarbeitern und Redaktion durchgeführt. Auch im April hat sich in der Redaktionsarbeit und in der Situation nichts Grundlegendes geändert. Obwohl viele Überstunden gebraucht wurden, klappte diesmal die Zusammenarbeit verhältnismäßig gut. Auch die Mai-Ausgabe hob sich qualitativ von früheren GD-Ausgaben wohlwollend ab. Die Redaktion war guten Mutes, selbst wenn auch noch die Querelen zwischen V. und W. andauerten.

Eine Klärung bei der weiteren Vorgehensweise zwischen W. und uns kam auf dem Seminar leider nicht zustande. Der Herausgeber scheute den Konflikt mit allen Beteiligten, um das Zeitungsprojekt nicht zu gefährden. Tatsache war aber, daß er auch diesmal, wie schon lange vorher, sich seiner Verantwortung entzog, indem er den „Fall W." vertagte.

NEUKONZEPTION

Dieses konfliktscheue Verhalten wirkte etwas desillusionierend auf die zukünftige Zusammenarbeit, war doch eine Änderung der Situation in der Redaktion nicht in Sicht. Wenn trotzdem Grund zur Hoffnung bestand, so war das auf die rege Beteiligung am Seminar und auf seine Arbeitsergebnisse zurückzuführen:

1. Themenauswahl/Redaktionspolitik
Als Monatszeitung soll der GD ein Diskussionsforum bieten und sich deshalb über die bisher gepflegte Nähe zur linken und politischen Szene hinaus ausweiten. Der regionale Bezug soll durch kritische Berichte zur Tageszeitung ergänzt und durch kontinuierliche Berichterstattung intensiviert werden. Der Kontakt zu den Basisbewegungen soll weiterhin aufrechterhalten bleiben, aber deren Aktivität in der Zeitung journalistisch und nicht als Verlautbarung bearbeitet werden.

2. Informationen
Die innerbetriebliche Informationspolitik (Mitarbeiterversammlung, AGs, öffentliche Redaktionssichtung, Lektorat, eingehende Post etc.) wurde für jedes Redaktionsmitglied verbindlich geregelt.

3.Stilelemente/Layout der Zeitung
Die Aufmachung der Zeitung soll modernisiert, der Gebrauchswert (u.a. durch einen Terminkalender) gehoben und die journalistische Vielfalt der Stilmittel intensiviert werden.

Die meisten der hier beschlossenen Veränderungen sollten in der Sommerpause (Juli/August) erarbeitet werden, um im September mit der „neuen" Zeitung zu erscheinen. Außerdem wurde ein Beirat, bestehend aus dem Vorstand des Vereins für Volksbildung (Hrsg.) gegründet, der als Mittler zwischen Verein und Redaktion, gerade auch im Hinblick auf die Lösung betrieblicher Konflikte, fungieren sollte.

Mai: Am 1. Mai beteiligten wir uns mit einem Stand am DGB-Fest. Wenige der „alten Garde" halfen mit. Und dies nach diesem Seminar! So waren V. und ich, verstärkt durch eine Freundin, wieder die alleinigen Macher: W. hatte Urlaub. Aber der Aufwand hatte sich gelohnt: Die meisten Besucher waren über die Präsenz von GD überrascht, nahmen es wohlwollend zur Kenntnis, gaben Komplimente. 20 neue AbonentInnen konnten gewonnen werden.

DIE SCHWIERIGKEITEN

Was jedoch gut beginnt, muß nicht unbedingt auch so enden. W. glänzte fast den ganzen Mai über durch Abwesenheit (er sah keine Notwendigkeit, täglich in die Redaktion zu kommen), was dazu führte, daß unsere Einarbeitung sich weiter verschob, die Themenplanung für die Juni-Ausgabe weitestgehend unkonkret blieb, Absprachen mit MitarbeiterInnen kaum erfolgen konnten u.v.m.. Diese Situation machte mich sehr unsicher. Hinzu kam, daß die Produktion um einige Tage verschoben wurde.

Die Zeit drängte, die Unsicherheit, ob wir rechtzeitig zum Drucktermin fertig werden, wurde größer. Artikel wurden abgesagt, wenige der alten MitarbeiterInnen halfen bei der Produktion, W. entzog sich ihr ohnehin weitestgehend. V. war mittlerweile durch einen Mitarbeiter in das Satzgerät eingearbeitet worden, so daß wir wenigstens die Texte fertigen konnten. Und nur durch die freundliche Hilfe unserer schon o.g. Freundin wurde die Zeitung fertig. Und diesmal eher als sonst. Womöglich war dies auf die angenehmere Arbeitsatmosphäre ohne W. zurückzuführen, die dadurch intensiver und konzentrierter wurde. Denn die Spannungen, die zwischen W. und V. herrschten, machten ein angenehmes und produktives Arbeiten fast unmöglich.

Wir hatten es wieder einmal geschafft und unser Produkt war, dem Antagonismus ein Kompliment, besser denn je. Trotzdem sollte das dicke Ende noch kommen: W. sollte am nächsten Tag die Druckvorlagen und dann die fertigen Zeitungen von der Druckerei holen. Warum der Drucktermin um einen Tag und der Vertrieb um fünf Tage verschoben wurde, entzieht sich bis heute unserer Kenntnis.

Juni: Hatte ich mich bisher aus dem Konflikt zwischen V. und W. bis jetzt weitgehend herausgehalten, war nun auch für mich die Situation nicht weiter akzeptabel. Es ging nicht an, daß ein Einzelner aufgrund seines Wissensmonopols die professionelle Arbeit blockierte. Das Ausgeliefertsein hing mir zum Hals heraus. Meine Bedingungen für meine weitere Mitarbeit war an den Beirat: Ich kann mit W. nicht weiter zusammenarbeiten. Er oder ich.

KONFLIKT OHNE LÖSUNG

Dies mag für die meisten LeserInnen hart klingen. Aber ich sah in meiner Forderung den letzten Versuch, um über unser gemeinsames Vorgehen endlich Klarheit zu schaffen, den Kollegen W. zu einer konstruktiven Mitarbeit, durch eine Auseinandersetzung mit meiner Ultimaratio, zu bewegen.

Fehlanzeige: Der Beirat akzeptierte und W. billigte einen Auflösungsvertrag, der die Übergabe der Abo-Liste, der Finanzen, des Vertriebes etc. regelte. Auf einer Sitzung wurde das weitere Vorgehen und der erste Übergabetermin festgelegt: Neuausschreibung der dritten Stelle, eine achtseitige Notausgabe für Juli/August, in der den LeserInnen unsere Situation geschildert und um Mithilfe gebeten wird (wie soll ihrer Meinung nach die Zeitung sein), Anzeigenkunden gewinnen, um die finanzielle Situation zu stabilisieren, in den beiden Monaten die neue Konzeption erarbeiten, Modernisierung der Satztechnik etc. sowie die erste Übergabe am 18. Juni. Diesen Termin hat der Herausgeber verschoben, so daß für Juli keine Ausgabe erscheinen kann. Warum dies passierte, weiß ich nicht.

Obwohl uns der GD als politisch wichtiges Medium in Karlsruhe sehr am Herzen liegt, wir nur ungern aufgeben wollen, haben V. und ich keine Perspektive mehr gesehen. Die Lust, vor allem aber die Kraft ging uns in den vergangenen Wochen verloren.

FINALE

Der Vorschlag auf der MV, einen neuen Herausgeber zu bilden, hätte an der Situation nichts Grundlegendes verändert. Denn der „neue" Herausgeber hätte fast ausschließlich aus dem vorherigen bestanden. Und dieser hat sich ja schon als unfähig erwiesen. Auf meine Frage, wie wir denn nun praktisch weitermachen könnten, wurde keine Antwort gegeben. Das folgende Resultat ist bekannt.

Fazit: Ich habe diese ausführliche Schilderung geschrieben, um über Feigheit, Borniertheit und Inkonsequenz bei diesem, einem der letzten linken Zeitungsprojekte aus den 80er Jahren in der BRD einen Teil der Öffentlichkeit zu informieren. Gewiß, Neues steht nicht in diesen Zeilen. Vieles habe ich mir auch erspart: jeder kann sich aus seinen eigenen Erfahrungen manches denken und so die Zwischenzeilen noch füllen.

Für meine Kollegin und mich stellte sich nach dieser jämmerlichen Bilanz die Frage: Hat man uns vielleicht nur eingestellt, damit wir unter das Ganze den Schlußstrich ziehen? Hat sich die „alte Garde", weil sie sich politisch schon innerlich weit von dem Projekt „Gegenöffentlichkeit" distanziert hat und das Projekt lediglich als Feigenblatt und gutes Gewissen und einem Hang zur Nostalgie bewahrt hatte, dazu nicht durchringen können?

Nach Sicht der Dinge spricht vieles dafür. Aber ich will mich nicht als Richter gerieren. Was bleibt, spricht ohnehin eine deutliche Sprache: Ein weiteres Medium, um das es schade ist, ist verschwunden. Das Blatt, bis zuletzt den grün- und basisorientierten Bewegungen in seiner Berichterstattung verpflichtet, zwar oft zu deren Verlautbarungsorgan verkommen, hätte eine kritische und in weiten Teilen der Karlsruher Bevölkerung akzeptierte Instanz werden können. Denn Gegenöffentlichkeit war bei der Karlsruher Mediensituation (SDR/Badenradio, drei „privaten" Stadtradios, den Badischen Neuesten Nachrichten, einem Stadtmagazin und diversen Anzeigeblättern und Programmzeitschriften) gewünscht und z.T. gerne gesehen. Letzendlich waren viele froh über eine unangepaßte und freche Zeitung. Als alternatives Medium hat der GD alle Höhen und Tiefen eines solchen Projekts durchgemacht. Trotz seines manchmal mangelhaften Inhalts und seiner miserablen Aufmachung hatte die Zeitung viele SympathisantInnen. Sie hätten alle unseren Anspruch an eine professionell gemachte Zeitung unterstützt und mitgetragen. Der Anfang war getan. Der weitere Versuch wäre es wert gewesen. Gerade auch in dieser Stadt, die wie viele Städte in der BRD durch eine Tageszeitung geprägt ist. ●

Anzeige

Repression in der Provinz

Dokumentation zur Kriminalisierung, Isolierung und Spaltung des antifaschistischen Widerstands in Konstanz

Inhalt:

- Chronolgie des antifaschistischen Widerstands seit 1985
- Dokumentation der Kriminalisierung und der Prozesse
- Interview mit Rechtsanwalt Michael Moos, (Freiburg)
- Einschätzungen zum Verhältnis von bürgerlicher Politik und faschistischer Formierung
- Rechtshilfetips

40 Seiten, Bestelladresse: Antifa-Komitee, Postfach 1314, 7750 Konstanz
Preis: 1 Ex. 6 x 0,60 in Briefmarken, 6 Ex. 20 DM, nur gegen Vorkasse!

FRISCHER WIND:

Standortwechsel der WECHSELWIRKUNG

Die WECHSELWIRKUNG, Vierteljahreszeitschrift für Technik, Naturwissenschaft und Gesellschaft hat neue BesitzerInnen. Sie wird bereits in der nächsten Ausgabe im Oktober/November unter der Obhut der remember e.G. in Aachen herausgegeben und wird dementsprechend in einem neuen Gewand erscheinen.

Susanne Wagner, Redaktion Heidelberg ● Die neue Redaktion besteht aus den GenossInnen Susanne Wagner, M.A. Germanistik und Soziologie, Carsten Freiberg, Dipl. Mathematiker und Rudy Kothe, Stud. Elektrotechnik, Politik und ITWZ. Wir sind als Zeitungsprojekt Teil eines auf dem Umweltsektor tätigen Kollektivs, das die Rechtsform einer Genossenschaft gewählt hat, weil diese dem Gedanken der Selbstverwaltung und Gleichberechtigung am ehesten Rechnung trägt.

Bisher hatte die WECHSELWIRKUNG ihren Sitz in Berlin und wurde in einer „Ein-Mann-Redaktion", vertreten durch Reinhard Behnisch, herausgebracht. Die vor gut zehn Jahren aus einer bundesweiten Uniinitiative entstandene und immer noch bundesweit einzige technik- und gesellschaftskritische Zeitschrift, deren Artikel lange Zeit auf Diskussionsforen von TeilnehmerInnen aus der gesamten Bundesrepublik erarbeitet wurden, war bisher im Besitz der WECHSELWIRKUNG Verlag GmbH. Mittlerweise gehören diese Foren der Vergangenheit an, aber auch die gesamte Berliner Belegschaft und insbesondere Reinhard ist der Aufgaben und Pflichten einer weiteren Herausgabe überdrüssig. Für uns bot sich dadurch die Möglichkeit einer kompletten Übernahme der WW. Unser ursprüngliches Konzept einer technik- und gesellschaftskritischen Monatszeitschrift mit lokalthematischen Bezügen für den Raum Aachen, Köln, Bonn und Düsseldorf geht nun im bundesweiten und internationalen Konzept der WECHSELWIRKUNG auf.

NEUE KONZEPTION

Die Übernahme der WW stellt uns als neue Redaktion vor die Herausforderung, die langjährige Kontinuität in Konzeption, inhaltlicher Qualität und Erscheinungsbild mit unseren eigenen Ideen und Vorstellungen einer solchen Zeitschrift zu einer positiven Synthese zu verschmelzen. Wir sind der Ansicht, daß ein frischer Wind für die WW, die an Stagnation und sinkendem Interesse leidet, jetzt genau das Richtige ist.

Aus diesem Grunde wird die nächste Ausgabe als konzeptionelle Neuerung die Einführung eines eigenständigen Teils aus den Bereichen Soziologie, Politik, Philosophie und angrenzenden Gebieten aufweisen. Zum einen möchten wir damit die genannten Bereiche aus der Position technikorientierter Reaktion in eine autonome Position bringen, die gesellschaftswissenschaftliche Thematiken möglichst unabhängig von Naturwissenschaft und Technik entwickelt; Bezüge zwischen den Bereichen werden dort, wo es sinnvoll bzw. unerläßlich ist, hergestellt. Zum anderen verfolgen wir das Ziel, unserer in zunehmendem Maße von Technik beherrschten Gesellschaft eine Zeitschrift anzubieten, die nicht technikzentriert ist in dem Sinne, daß alle Diskussionen gesellschaftspolitischer Themen von einer technischen oder naturwissenschaftlichen Anwendung ausgehen.

Eine weitere Neuerung wird der Ausbau des Serviceteils sein, u.a. die Erweiterung des Veranstaltungskalenders, der möglichst viele einschlägige Veranstaltungen aus dem In- und naheliegenden Ausland aufnehmen soll. Wir wollen auf diese Weise zugleich unseren Beitrag zu einer informellen Vernetzung, der in den angesprochenen Themengebieten arbeitende Gruppen beitragen, wobei wir natürlich auf die Zuarbeit der VeranstalterInnen angewiesen sind.

Darüberhinaus wird es noch einige kleinere, konzeptionelle und gestalterische Änderungen geben, die die WW leserInnenfreundlicher und im Erscheinungsbild zeitgemäßer machen. Um die Diskussion mit den LeserInnen über die neue Konzeption zu beleben, werden wir in der nächsten Ausgabe einen Fragebogen beilegen, der uns ein Feedback und weitere Anregungen geben soll.

Da wir die nächsten beiden Ausgaben der WECHSELWIRKUNG vorfinanzieren müssen – bereits die nächste Ausgabe wird ca. 30.000 DM kosten – sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Allen, die Interesse an einem weiteren Erscheinen der WW haben, sei deshalb unser **Spendenaufruf** ans Herz gelegt. Wer uns also unterstützen möchte, der/die überweise seine/ihre Spende bitte auf folgendes Konto:
Aachener Bank (BLZ 390 601 80), Konto-Nr.: 5178
remember e.G., Mariabrunnstr. 48, 5100 Aachen
Stichwort: WECHSELWIRKUNG
Natürlich freuen wir uns auch über neue AnonnentInnen und ganz besonders über solche, die uns mit einem **Förderabo** zusätzlich unterstützen. Die WW wird ab Beginn des Jahres 1990 alle zwei Monate erscheinen.
☎ (0241) 40 32 49
FAX: (0241) 2 14 24 (remember e.G.)

FORTSETZUNG VON SEITE 1: RADIO 100

Das Radikale muß einfach weg!

Solide Startfinanzierung, immer mehr HörerInnen, immer bessere Sendezeiten, immer größere Werbespotverkäufe, sichere Finanzpolster durch alternative Finanzierungsstrategien... ein fähiger Mann, was die Öffentlichkeitsarbeit anging.

Der Senderalltag sah aber leider immer „etwas anders" aus: Unkalkulierbare Gesellschafter kamen trotz Absprachen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nach und mußten in zähen Kleinkriegen aus dem Sender gedrängt werden. Die „Szene" unterstützte das auch (und gerade!) für sie gemachtes Programm kaum, die öffentliche Akzeptanz und damit die Einschaltquoten ließen zu wünschen übrig, Werbezeiten ließen sich gar nicht gut verkaufen. Der Druck auf die Durchhörbarkeit des Programmes stieg folglich mit jeder HörerInnenanalyse. Das Geld für die Entlohnung fehlte mehr als einmal – kurz: Die „Radioträume" entwickelten sich zunehmend zu Alpträumen. Auch die letzte Hoffnung, die im September 1989 gestartete 24-Stunden-Power werde den Sender endlich aus dem Schlingern bringen, erwies sich als trügerisch.

Das alles hat senderintern Gräben geöffnet, die kaum noch zu überbrücken sind: Während die einen an der konsequenten Umsetzung der bisherigen Ansprüche notfalls auch ohne Geld festhalten möchten, sehen die anderen keinen Sinn mehr im Szenefunk und wollen sich endgültig vom finanziellen Improvisieren verabschieden.

KAPITALDRUCK

In dieser verfahrenen Situation setzten einige „ZentralakteurInnen" auf Zugzwang. Eine Fraktion in der GmbH lehnte es ab, weiterhin ihrer turnusmäßigen Nachschußpflicht nachzukommen.

Das entspricht zwar nicht dem Prinzip der „Kapitalneutralisierung", welches eigentlich im Sender herrschen sollte, ist aber an sich für RADIO 100 leider nichts Neues: 1987 versuchte die damals am Sender beteiligte SPD-nahe Holding LR-Medien GmbH, mit dieser Taktik Druck auf den Sender auszuüben.

Pikant an der jetzigen Situation sind allerdings zwei Fakten:

- Dieter Rulff, damals ein erbitterter Gegner solcher Pressionsversuche durch Kapitaldruck (s. feder 12/87), ist heute als Parade-Redakteur und Sprecher der Gesellschafter-Gruppe ARB (Anderes Radio Berlin) selbst aktiv an solchen Strategien beteiligt.
- Die LR-Medien GmbH, 1987 erfolgreich aus dem Sender gedrängt, weil sie die Prinzipien der Selbstbestimmung nicht akzeptieren wollte, avanciert plötzlich wieder zur Salonfähigkeit bei RADIO 100: Mit ihrem Kommerzfunk-Know-how und entsprechendem Finanzpolster schien sie plötzlich gut zu sein für Finanzspritzen (und Pressionspolitiken?).

Während die Geschäftsführung offiziell im Sender die Devise „Business as usual" ausgab, bemühte sie sich mehr oder minder unauffällig um mögliche Finanzgeber für den schlingernden Sender. Da war die Zeit für Gerüchte gekommen!

KLINKE IN DER HAND

„Honorable" Herren mit Sachverstand aus dem Kommerzfunk-Business tauchten plötzlich in der Potsdamer Straße auf und waren erst einmal erschreckt über die Tatsache, daß „aus so einem Laden heraus" tatsächlich 24 Stunden Programm zu machen sind. Eine ganze Palette von Unternehmen geriet mehr und mehr in den „Verdacht", geschäftliches Interesse an RADIO 100 zu zeigen: Die Berliner Stadtillustrierte TIP wurde genannt, das Tauschblatt „2te Hand", der Tagesspiegel (der empört dementierte!) und auch ein französischer Radiosender.

Allen voran aber die LR-Medien GmbH: Deren Wunsch, neben einer zentralen Agentur und diversen Beteiligungen an bundesdeutschen Privatsendern auch in Berlin wieder einzusteigen, schien einleuchtend.

Wie auch immer die konkreten Absprachen ausgesehen haben mögen, für ein geschicktes Taktieren zogen sie sich einfach zu lange hin. Details zu Strukturänderungen und zu Übernahmen von einzelnen MitarbeiterInnen drangen nicht nur in die Redaktion, sondern auch an die Öffentlichkeit... Hatte die Geschäftsführung die eigenen Karten überreizt?

VERLEGERÜBERLEGUNGEN

Einer der Hauptinteressenten im Hintergrund, der Süddeutsche Verlag (SV), äußerte in München auf Anfrage seine Verärgerung über die zunehmende Unruhe, die die Verhandlungen um eine mögliche Beteiligung begleitete.

Für den SV waren nach kurzer Analyse vor Ort die Marschroute klar, unter der eine Investition bei RADIO 100 denkbar sei:

- Aufgabe der Selbstverwaltung
- Einsetzung eines Chefredakteurs
- straffe Personalorganisation
- Öffnung des Programmkonzeptes für breitere Zuhörerschaften

In Berlin kann sich ein Sender wohl durchaus kritisch, jung, frech und schräg anhören; Hard-core-Gehabe á la „Kampfsender Kreuzberg" gehört aber bei SV-Beteiligung der Vergangenheit an; im Wortlaut: „Das Radikale muß einfach weg!"

Der SV strebt eine Minderheitenbeteiligung an von 24,5%. Mittlerweile ist es aber bereits schon Gegenstand der Verhandlungen, daß er die Treuhandschaft von weiteren 24,5% bis zum Jahresende übernimmt, da sich die LR-Medien GmbH aus den RADIO 100-Ambitionen zurückgezogen hat.

Man hat in München sicherlich nichts zu verlieren; ein weiteres Standbein in Berlin (neben Beteiligungen bei u.a. RADIO GONG und ANTENNE BAYERN) schadet nicht und ist finanziell leicht zu verkraften.
Treppenwitz am Rande: Falls die TAZ weiterhin an RADIO 100 beteiligt sein will, käme sie mit dem Partner SV ja in beste (Großverleger-)Gesellschaft!

ZEITPROBLEME

Werden die Intentionen des SVs realisiert (und danach sieht es aus), wird es das „RADIO 100" nicht mehr geben. Allerdings kommt die Geschäftsführung zunehmend ins Schwitzen, wenn es um die konkrete Umsetzung geht. Die Presserklärungen der MitarbeiterInnen sorgten für einen öffentlichen Trubel, der dem „Handel" gar nicht bekam. Während hausintern jegliche öffentliche Verlautbarung der MitarbeiterInnen ohne die Zustimmung der Geschäftsführung untersagt wurde, tastete man beim Kabelrat vor, was denn der zur bevorstehenden „Neupositionierung" (offizielle Diktion Thomas Thimme) des Senders sagen würde.

Sicher wäre es Thimme am liebsten, vor der nächsten Kabelratssitzung im Juli alle notariellen Schritte zur Neuordnung des Senders unter Dach und Fach zu bringen. Doch läuft ihm nicht nur die Zeit davon, zunehmend gerät auch die allgemeine Stimmung aus dem Ruder.

DREI JAHRE ARBEIT

RADIO 100 war weder als Medienwerkstätte zum Selbstzweck noch als eine Öko-Nische des öffentlichen Rundfunks konzipiert; schon gar nicht als ein Radio für Profis: Es war und ist gelebte Utopie.

Aus nichts viel machen, immer zuwenig Geld, immer zuwenig Zeit, zu selten die tollen Sendeideen auch toll umgesetzt... und jetzt das „Aus"? Projektverramschen an Großverlagsinteressen?

Da trösten auch keine „Sozialpläne", die, mit heißer Nadel gestrickt, für manche/n alte/n 100-Hasen/Häsin den Ausstieg erleichtern soll. Ein paar tausend Mark gegen die ohnmächtige Wut im Bauch?

Es gibt unterschiedliche Reaktionen auf die eigenen Erfahrungen: Während die einen nicht mehr an das „Medienbiotop Berlin" glauben können, in dem ein alternativer Sender noch Platz hätte, rufen die anderen ein weiteres Mal auf zu Szenen-Solidarität.

Persönliche und berufliche Zukunft steht gegen politische Überzeugung: Lieber vernünftig Radio machen, als sich ständig die Nasen blutig zu stoßen. Alltagsfrust...

Gerade davon schwingt viel mit. Auswege aus dem Dilemma fehlen. Das wiederum hat System.

VORPROGRAMMIERTE KONFLIKTE

Die existenziellen Auseinandersetzungen um den Sender und der chronisch-düstere Blick in finanzielle Abgründe war bei RADIO 100 von vornherein „ins Grundbuch eingetragen":

Zusammen mit den anderen Alternativradios in der BRD (Radio DREYECKLAND, Freiburg und RADIO Z, Nürnberg) litt das Berliner Projekt von Anfang an unter einer Diskrepanz, die Adorno mit dem oft zitierten Satz „Es gibt nichts Wahres im Falschen" beschrieb:
Aufgerüttelt durch die öffentliche Diskussion um den „Privat"funk und die Ausschreibung von neuen Frequenzen, bewarb man und frau sich initiativ um eine Sendelizenz. „Trotzig gegenfunken" lautete die allgemeine Devise im Sommer 1986, „Unerhörtes ansprechen", „Minderheiten zu Wort kommen lassen", „Anderes Radio: Aktiv, autonom, alternativ, anarchistisch...", emanzipatorischer Programmkontrast also zu dem, was jahrelang aus dem Äther ertragen wurde. Es hätte alles so schön sein können.

Wie aber leider in allen anderen Bundesländern auch, orientierte sich die Berliner Legitimation des Kommerzfunkes nicht an den Bedürfnissen nach neuen/weiteren Programminhalten. Sie wollte auch kein Experimentierfeld für neue Formen sozialer Kommunikation formulieren. Sie diente einzig und allein wirtschaftlichen Interessen. Verleger- und andere Lobbies kalkulierten ein weiteres großes Geschäft ein und setzten größtenteils die dazu notwendigen Spielregeln politisch durch.

Unter diesen Kommerzo-Spielregeln kämpfte das Projekt bis heute verbissen mit dem Rücken zur Wand. „Windmühlenflügel" vor den Mikrofonen: Einerseits Sendeaufgaben übernehmen wollen, die die öffentlich-rechtlichen Anstalten (absichtlich?) völlig übergangen hatten, andererseits das Geld nach Dudelfunkmuster (Einschaltquoten!!!) verdienen müssen...
Ist die Quadratur des Kreises tatsächlich nicht möglich? ●

Gegen den Medieneinheitsbrei - RADIO 100

muß ein linkes, konzernunabhängiges und selbstverwaltetes Projekt bleiben!

Wir wenden uns dagegen, daß bei den bisherigen Verhandlungen mit potentiellen Geldgebern die Identität von RADIO 100 'verkauft' worden ist. Hierarchische Strukturen, computergesteuertes Musikprogramm und formiertes Tagesprogramm hätten nur ein weiteres Kommerz- und Verlegerradio im Privatfunk übriggelassen. Eine politische Umpolung von RADIO 100 wäre zwangsläufig die Folge.
Nicht nur die kollektiven Strukturen des Projektes RADIO 100, sondern auch die Programmvielfalt und Musikauswahl sind einmalig in Berlins Medienlandschaft. RADIO 100 bedeutet **professionell gemachtes, anderes Radio.** Wir brauchen kein weiteres Beispiel von Konzernradio oder Verlegerfunk in dieser Stadt, sondern wir brauchen Ideen gegen den Medienangleich.
Ein Programm, daß sich unter anderem auch an sogenannte Minderheiten und Zielgruppen richtet - **feministisches Frauenprogramm, sog. 3. Welt, Schwule und Lesben, kurdische, türkische, polnische und arabische Programme, Knastfunk, Studentinnenprogramm, Radio ohne Zensur, Hörexperimente** - und ein Programm, das in der allgemeinen Berichterstattung Position bezieht und sich keiner sogenannten 'Ausgewogenheit' verpflichtet fühlt - all das ist ein anderes Radio, all das macht RADIO 100 aus.
Nur wenn sich RADIO 100 auch in Zukunft gegen das Life-Style-Metropole-Gewäsch absetzt, hat es auch kommerziell ein Chance.
Sollte RADIO 100 jetzt scheitern, gibt es auf Jahre hinaus keine weitere Chance für eine Frequenz. Die Konzerne warten schon, um die Metropole Berlin unter sich aufzuteilen.

Wir unterstützen RADIO 100 !

ErstunterzeichnerInnen:

-Prof. Johannes Agnoli (FUZ), AGIT Druck, ASTA-FU , ASTA-TU, Alternative Liste (GA), AL-Internationalismus-Bereich, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Ambulante Dienste e.V., Anti-Shell-Koordination, 2. autonomes Frauenhaus, AutorInnenkollektiv Loco Piranhas, Bärliner Kaffeegenossenschaft, Berliner Mietergemeinschaft, BIKA, Bundesverband f. stud. Kulturarbeit e.V. (Bonn), Büro für ungewöhnliche Maßnahmen, Klaus Croissant (Rechtsanwalt), Georgette Dee, Albert Eckert (MdA, AL), Etszeit-Kino, Marianne Enzensberger, EX-Kneipenkollektiv, Forschungszentrum-u. Chile/Lateinamerika (FDGL), Gesundheitsladen e.V., Gaby Gottwald (Grüne), Peter Grottian (FU), Hanna Hamisch (Sprecherin d. PDS), Angelika Hirschmüller (GA/AL), Informationsbüro Nicaragua e.V. (Wuppertal), Informationsdienst EL Salvador (IDES), Kill & Multi-Initiative, KOB, Konkret-Redaktion, Lateinamerika-Institut-Fachschaftsini, Lateinamerika-Nachrichten, Lateinamerikazentrum e.V., Mann-o-Meter, (Erweiterter Vorstand der) Neuen Gesellschaft f. Literatur, Geert Lovink (Radio 100, Amsterdam), Karin Lücker (Netzwerk), Prof. Urs Müller-Plantenberg (LAI), Olaf Münzberg (VS Berlin/IG Medien), Prinz Eisenherz Buchladen, Pressebüro Radio Venceremos, PROWO (Projekt Wochenzeitung), Zeitung f. d. Westberliner Linke, Radio Dreyeckland (Freiburg), Radio Panamericane (Uruguay), Volker Ratzmann (Netzwerk), Thomas Rautenberg (Sprecher d. Redakteursrates d. Rundfunks d. DDR), Carlos Rincón (LAI), Marianne Rosenberg, Schwarze Rösse Buchladenkollektiv, Dirk Schneider (AL), Schwuz, Prof. Dr. Helmut Spitzler (Uni Bremen), Sputnik-Kino, Squiton'n Squintch e.V., Volker Staub (Kabarettist), TAZ-Abo, Titanic Reisebürokollektiv, Dieter Telpe (MdA), Oliver Tolmein (Konkret), Tommy-Weissbecker-Haus, Klaus Traube (Atomphysiker), Umbruch, Falco Werkentin (Bürgerrecht & Polizei/Cilip), Werra-Black-Initiative, Harald Wolf (GA/AL), Zweidrittel-Kabarett, etc.

Solidaritätskonto: Jörg Schulze, Sonderkonto DUDELFUNK, Ktnr.: 5193 11-106, Postgiro Berlin BLZ 100 100 10
Mehr Inbformationen bei: **Pressegruppe des RADIO 100-Plenums, 216 40 85**

PRESSEERKLÄRUNG

der MitarbeiterInnen von Radio 100

Seit der letzten Presseerklärung von MitarbeiterInnen von Radio 100, UKW 103.4 MHz, vor einer Woche ist endlich die notwendige Diskussion über die Zukunft des Senders in der Öffentlichkeit in Gang gekommen.

Binnen weniger Stunden hatten sich über 70 MitarbeiterInnen dieser Erklärung angeschlossen, die sich vehement gegen den „Umbau" von Radio 100 zum Verlegerfunk ausgesprochen hat. Was hat sich inzwischen getan?
Der „Tagesspiegel" hat Kaufabsichten dementiert, das begrüßen wir!

Um so mehr hat es uns überrascht, daß unser Geschäftsführer im Presseinterview die Zahl von 7 „Verhandlungspartnern" nennt, darunter wohl weiterhin der „Süddeutsche Verlag". Die Gefahr des Verleger-Dudelfunks ist also nicht gebannt.

Wir, das MitarbeiterInnenplenum von Radio 100, haben beschlossen, jetzt selbst an die Öffentlichkeit zu gehen und fordern selbige auf, die Initiativen für ein linkes, unabhängiges und selbstverwaltetes Radio auch finanziell zu unterstützen. Wir wollen eine Debatte über das Projekt mit den Gesellschaftern und einer kritischen Öffentlichkeit in Berlin.

Wir selbst sind auch nicht untätig geblieben: Vorschläge zur Verbesserung des Programms und der Arbeitsstrukturen von Radio 100 existieren bereits und lassen sich nur in den bestehenden demokratischen Strukturen der Selbstverwaltung verwirklichen.

Gegen alle Versuche potentieller „Geldgeber", durch hierarchische Strukturen das Profil von Radio 100 zu zerstören, werden wir auch weiterhin Sturm laufen. Wir wollen stattdessen mit anderen ernstzunehmenden PartnerInnen ins Gespräch kommen, die nicht nur an der Frequenz von Radio 100 interessiert sind, sondern auch die Identität dieses konzernunabhängigen, selbstverwalteten, linken Projekts erhalten wollen. Dazu brauchen wir Luft – und die Unterstützung derer, mit denen/für die wir Programm machen.

Wie gesagt: Wir haben noch viel zu sagen. Unterstützt uns, damit wir das können!
Verabschiedet auf dem MitarbeiterInnenplenum von Radio 100 am 25.6.90
Unterzeichnet von 83 MitarbeiterInnen.
Für Rückfragen:
Marion Fabian
Jürgen Moritz
Harald Asel
Ahima Beerlage
Jörg Schulze
☎ (030) 216 40 85

GESCHICHTE UND BISHERIGE BETEILIGUNGEN

Am 1. März 1987 kam Radio 100 zum ersten Mal über den Äther, damals noch auf der Frequenz des Schamoni-Senders 100,6. Im Sommer 1987 brach der -Chaotensender- (Schamoni) an Meinungsverschiedenheiten der Gründungsgesellschafter fast auseinander, konnte sich aber wieder fangen, um ab 1. Dezember 1987 auf 103,4 Megahertz mit einem umstrukturierten Programm zu senden.

Seit September 1989 gibt es das »mitarbeiterInnenbestimmte Projekt mit linkspluralistischem Programm« (Eigendefinition) rund um die Uhr.

GesellschafterInnen der Radio 100-Betriebs-GmbH sind der MitarbeiterInnenverein mit 34%, ARB (Anderes Radio Berlin u.a. Netzwerk, Medienoperative, taz und KOB) mit 32%, NRB (Neues Radio Berlin, ehemaliger Anbieter im Kabelhörfunk) mit 26%, TOLLeranz e.V. (Programm-MacherInnen der Schwulen- und Lesbensendung ELDoradio) mit 5% und der PominentInnenverein Radioaktiv mit 3%.

Die Gesellschafter-Versammlung hat (bis jetzt) keine Entscheidungsbefugnis über das Programm. Personelle und Programm-bezogene Fragen entscheidet die Kernredaktion, die aus vier Frauen und drei Männern bestand, die aber aus Protest gegen die Änderungen zurückgetreten sind, oder das MitarbeiterInnenplenum. Die Kernredaktion wird auf der MitarbeiterInnenversammlung für mindestens ein Jahr quotiert gewählt. Im Redaktionsstatut ist die Autonomie der Redaktionen und die Garantie der Sendeplätze für Zielgruppen- und Minderheitenprogramme (Frauen-, Trikont-, AusländerInnen-, Schwulen- und Lesbenprogramme) festgelegt, ebenso der Einheitslohn für alle Beschäftigten. Sponsorenwerbung im Programm ist ausgeschlossen.

Die Gelder für die einzelnen Sendungen werden über einen Redaktionstopf vergeben, danach entscheiden die Redaktionen autonom über die Verwendung. Da Radio 100 unter chronischem Geldmangel leidet, ist es fast unmöglich, ausschließlich von dem Gehalt zu leben.

RADIOTREFFEN

AMARC 4: Weltweites Treffen freier Radios in Dublin

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Im August (12.-18.8.90) findet zum ersten Mal in Europa ein Kongress statt, der sich bislang immer in anderen Ecken der Welt getummelt hat.

Eine Woche soll kontinenteübergreifend über den Stand der Entwicklung und die Problemfülle der freien Radios debattiert werden. Die irischen GastgeberInnen haben die Tage aber gut vorbereitet, so daß die TeilnehmerInnen mit einem festen Programm rechnen können: Workshops wechseln mit Plenardiskussionen ab, Besuche bei Radiogruppen vor Ort sind ebenso eingeplant wie das Produzieren und Ausstrahlen einer Sendereihe anläßlich des Treffens. Neben den Sendern aus Europa, Nord-und Lateinamerika werden diesmal auch VertreterInnen aus Afrika und den Ost„block(?)"ländern anwesend sein.

Die veranstaltende AMARC (unabhängige Weltvereinigung der gemeinnützigen Lokalradios mit Sitz in Kanada) organisiert diese Treffen seit 1983 mit zunehmendem Erfolg: Nur so werden Austauschmöglichkeiten zwischen politischen Radioinitiativen möglich, die sonst kaum etwas voneinander hören.

Neben der Konferenz wird es auch noch ein Festival der Radiokunst geben, zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Wer mehr über AMARC 4 wissen will, sollte sich schleunigst nach Dublin wenden:
AMARC 4
7 Anglesia Street
Dublin 2, Ireland
☎ 353 1 679 96 73
FAX: 711 002

TV-PROJEKT AUS LEIPZIG

Kanal X: Endlich mal 'ne linke Glotze!!!

Auf dem jüngst vergangenen Medienforum NRW waren die unterschiedlichsten Leute zu treffen; die Veranstalter hatten nicht nur für tischplattenbrechende Bufetts gesorgt, sondern auch sehr illuster eingeladen: So zum Beispiel Joerg Seyde, einer der Macher vom Kanal X.

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Der Staunte allerdings Bauklötze über die glitzernde Wunderwelt, die dort selbstgefällig im Kölner Maritimhotel vom Landesvater Rau präsentiert wurde. So reich also ist der goldene Westen? Unter viel Glas und auf viel Marmor die Vision von der abgeschirmten Zweidrittel-Gesellschaft...?

Eine Neuheit für die offizielle Medienlandschaft war es schon, daß sich die Landesmedienanstalt (LfR) nicht hatte lumpen lassen und einen „waschechten" Piratenfunker einlud.

Dieser kam aber aus Leipzig und nicht aus der Hafenstraße und konnte deswegen als deutschdeutscher Exot gelten; früher hatten ja die feinen Herrschaften bei feierlichen Gelegenheiten auch immer einen „Edlen Wilden" zur Hand...

Mathias Lahmann sprach mit ihm über das Leipziger Projekt und dessen Zukunft.

Warum macht Ihr eigentlich gerade Fernsehen?

An Fernsehen hat natürlich niemand gedacht zuerst. Damals, im Oktober letzten Jahres, vor der Wende, war es erst einmal wichtig, überhaupt eine Stimme zu haben. Die Leute vom Neuen Forum und andere brachten immer wieder Flugblätter heraus, aber dann auch die DAZ, Die Andere Zeitung. Sowas entstand irgendwo in Wohnzimmern, privat und hat auch bis heute noch als regelmäßige Zeitung Bestand.

Wir wollten immer mehr und vielfältigere Inhalte transportieren, vor allen Dingen die politsche Entwicklung nach dem November gab großen Aufschub. Unsere Energie ging hauptsächlich in die Aktivitäten, die Zeitung immer größer und perfekter zu gestalten. Ein Freund von mir, Videokünstler aus der BRD, brachte mich auf den Gedanken, auch mal etwas mit Fernsehen auszuprobieren. Das hörte sich alles ganz toll an: Jeder Videorecorder ist ein potentieller Sender. Irgendwoher eine kleine Sendeanlage...und was läßt sich nicht alles in den Äther schicken.

Aus diesen eher schwärmerischen Anfangsüberlegungen heraus entwickelte sich eine Debatte unter den Neuen Forums-Leuten; Gerade Fernsehen hat in der DDR natürlich eine besondere Faszination und da müßte man einfach 'was machen.

Woher sollten die Mittel für solche Aktionen kommen?

So etwas verselbständigt sich schneller als man denkt. Die einen hatten schon mal hobbymäßig Hochzeiten aufgenommen, andere wußten, wer einen Videorecorder zur Verfügung stellen würde oder auch ein kleines Schnittpult.

Eine Geldspende aus den USA machte es endlich auch möglich, einen kleinen Sender zu kaufen. Und das haben wir dann alles im Haus der Demokratie installiert.

Hatte jemand fachlich Ahnung vom Medium?

Das war ein großes Problem! Im Haus der Demokratie, dem ehemaligen SED-Gebäude, waren zwar alle politisch aktiven Gruppierungen anzutreffen aber wer hatte schon wirklich mal redaktionell gearbeitet, wer hatte tatsächlich eine Videokamera aus der Nähe gesehen, geschweige denn, in der Hand gehabt? Ein harter Kern aus „mutigen" jünf, sechs Leuten fing dann einfach an, mit den Geräten zu experimentieren.

Wäre der Einstieg in die „elektronischen Medien" über Radio nicht einfacher gewesen? Vor allen Dingen: Billiger?

Na ja, ich hatte früher auch immer dei Vorstellung: Fernsehen, das ist ein Riesenhaus mit tausenden Beschäftigten – das war es natürlich bei uns nicht. Wir sind sozusagen ein Billigsender. Und Fernsehen ist einfach spannender für DDRler.

Woher habt Ihr Euren Sender bekommen?

Das war verhältnismäßig einfach. Mit der erwähnten Spende sind wir zu einer westdeutschen Firma gegangen, die Sendeverstärker bauen. So etwas haben wir einfach umfunktionieren lassen. Dazu kam noch eine Sendeantenne aufs Dach und schon war es geschehen.

Daneben haben wir uns eine Satellitenschüssel besorgt und zapfen jetzt internationale Nachrichten ab, die wir für unsere Sendungen einsetzen.

Was habt Ihr für ein Selbstverständnis?

Wir sind ein offenes Projekt, d.h. aber nicht, daß wir einen „Offenen Kanal" anbieten wollen. Wir sind offen für Mitarbeit: Jeder kann sich einbringen in die Sendungen und das soll auch so bleiben.

Es geht uns um verständliche Vermittlung von Inhalten, eine bloße Aneinanderreihung von Beiträgen, das bringt uns nichts.

Aufgrund der Grenzöffnung gibt es jetzt zunehmend kleine Home-Anlagen und alle versuchen, mit dem Medium umzugehen. Daraus entstehen neue Sichtweisen. Für uns ist das ein großer Reiz. Die Profi-Teams, die in Leipzig von den Anstalten untergebracht sind, die arbeiten völlig anders; so wollen wir eigentlich nicht werden.

Wenn also im ARD eine Profi-Sichtweise über die Zustände in Leipzig gebracht wird, ist das für unsere Leute eine Herausforderung, etwas dagegen zu setzen.

Wie sieht Euer technischer Standard aus?

Das ist eine lustige Geschichte: Ich bin vor ein paar Monaten bei Sony in Köln gewesen und habe denen unsere Lage und unseren Ansatz erklärt und bin auf jemanden gestoßen, der begriffen hatte, um was es uns ging. Prompt kriegten wir ohne irgendwelche Bedingungen eine regenerierte Anlage geschenkt. Das bringt uns natürlich technisch mächtig voran.

Ende letzten Jahres wurde jeglicher kritischer Inhalt sofort von den Menschen aufgenommen. Mittlerweile muß sich ein Inhalt auch durch die Qualität der Aufnahmetechnik tragen, sonst bleibt das Projekt stecken; die Ansprüche sind gewachsen, auch von uns heraus.

An dieser Stelle beginnt das Geldausgeben; Nicht nur die Technik, auch die kontinuierlich geleistete redaktionelle Betreuung von Beiträgen, die Bild- und Tonbearbeitung... das kostet Know-how, Zeit und Überblick.

Hat sich durch diese Ansprüche auch die Zusammensetzung Eurer Gruppe gewandelt?

Am Anfang bestanden wir hauptsächlich aus politisch Interessierten. Über das große öffentliche Feedback durch die unterschiedlichen Printmedien haben sich aber auch viele gemeldet, die die Bearbeitung des Mediums gereizt hat.

Täglich standen vier, fünf neue Leute im Studio, die einfach mal mitmachen wollten. Deren Interesse relativierte sich oft aus der Erkenntnis, daß es tatsächlich um zu leistende Arbeit ging, man aber „leider" kein Geld dafür bekommt... Die jetzige Gruppe, die viel Zeit investiert, ohne Geld zu verdienen, motiviert sich über die Inhalte. Das Interesse am Sender und die große zeitliche Präsenz wird materiell von vielen über Zeitungsaustragen und andere Jobs abgedeckt, manche bekommen auch schon Arbeitslosengeld.

Wie versteht Ihr Euro Piratenrolle?

Wir verstehen uns nicht als Piraten, sondern als eine Art Modellprojekt. Das haben wir auch unserem Medienkontrollrat als Konzeption vorgelegt. Wir wollen eine befristete Sendlizenz bis zur endgültigen Festlegung der Mediengesetze. Und damit kann man einfach mal zeigen, was lokal eigentlich alles an Bürgerinformation möglich ist, was es für eine Akzeptanz hat, welche Hürden es in der Entwicklung zu überwinden gilt. Und wenn sich dabei herausstellt, daß es nicht machbar ist, gut, dann eben nicht.

Wenn aber doch, soll es im Mediengesetz eine Berücksichtigung finden.

Wie sieht bei Euch die Strafverfolgung aus, wenn Ihr beim Schwarzfunken erwischt werdet?

Nehmen wir mal an, wir hätten hier im Westen unseren Sender aufgebaut: Wir säßen jetzt wahrscheinlich im Knast und niemand hätte uns hier aufs Mediumforum NRW geladen.

Die gleiche gesetzliche Situation besteht natürlich auch drüben. Bis zu fünf Jahren kann man ins Gefängnis wandern laut Gesetz. Bei der ersten Sendung, kurz vor der Volkskammerwahl, hatte die Post uns natürlich geortet, wir hatten unser Engagement ja auch in der Zeitung bekanntgegeben mit Orts- und Kanalangabe.

Zu erst passierte gar nichts. Ein paar Tage später kam ein Anruf vom Postdirektor aus Leipzig, der hat uns um ein Gespräch. Er hat uns sehr höflich auf die gesetzliche Lage aufmerksam gemacht; wir haben dann erst einmal über den allgemein bestehenden Freiraum diskutiert. Es half alles nichts; sie haben eine Klage eingereicht. Der Staatsanwalt merkte zu der ganzen Geschichte an, daß er das ja nun alles ganz toll fände, was wir da so machen und schlug das Verfahren „wegen Nichtigkeit" nieder. Das war es dann.

Viel härter traf uns die „deutsche Ordnungsseele" des Hausmeisters, der gehörte noch zur alten SED-Riege, die vorher in dem Haus residierte: Er riß einfach die Antenne vom Dach und zerstörte gleichzeitig den Frequenzpegler.

Trotz allen Ärgers war das für uns ganz günstig: erstens hatten wir damit eine Riesenpopularität, selbst BILD nahm uns wahr – und das ist bei uns in der DDR nicht unwichtig.

Zweitens konnten wir uns inhaltlich weiter auf neue Sendungen vorbereiten und das Programm richtig aufzubauen. Das haben wir genutzt.

Wie sieht Euer Konzept für die Zukunft aus?

Beantragt haben wir jetzt erst einmal fünf Stunden täglich im lokalen Bereich für Leipzig. Eine Stunde würde uns allerdings völlig ausreichen von der Arbeitsbelastung, das wär schon toll. Wir bereiten jetzt inhaltlich ganz unterschiedliche Beiträge vor, Berichte zu den akuten Probleme hier in Leipzig: Abfall, Währung, Touristen, Arbeitsplätze, Kultur- und Kunstszene...

Vorbilder sind da Beiträge von den unterschiedlichen Satellitenprogrammen, aber natürlich auch westliche Filmemacher.

Was versprecht Ihr Euch vom Westen?

Zu allererst einmal technische Unterstützung, Know-how im Verkabeln, in der Bedienung. Das waren unsere Überlegungen, und so kam es auch zu Kontakten wie zu KANAL 4.

Die haben ja über Pressemitteilungen die große Verbrüderung mit Euch in Leipzig angekündigt.

Das geht natürlich nicht; wir waren darüber enttäuscht. Obwohl KANAL 4 inhaltlich eine etwas andere Richtung verfolgt, ist er ein Kommerzielles Unternehmen.

Wir wollen nichtkommerziell bleiben. Die einzige Chance, daß wir in der Mediengesetz-Gebung etwas erreichen, ist, daß wir es unter uns im Osten ausmachen. Sobald wir ein „Joint-Venture" eingehen, klappt nichts mehr.

Bislang ist unser Antrag der einzige, wo kein „reicher Onkel" dahintersteht.

Ist das Interesse wirklich so stark?

Da gibt es zum Beispiel in Leipzig eine Firma mit dem Namen NEW CONCEPT; dahinter steckt eine große Frankfurter Werbefirma.Die haben einen Antrag auf Leipziger Lokalfernsehen gestellt und basteln fleißig mit der teuren BETACAM-Technik herum, stellen Bildschirme in die Schaufenster der Innenstadt und sind übermächtig präsent.

Wir bringen unsere Beiträge vor der offiziellen Sendegenehmigung nicht mehr über Antenne, sondern veröffentlichen sie im Haus der Demokratie. Da sitzen dann mal nur ein Dutzend, mal knapp hundert Leute und schauen sich unsere Geschichten an.

Gibt es politische Unterstützung für Euch aus dem Westen?

Bei uns im Haus sitzt zum Beispiel einer von der grünen Böll-Stiftung, der wies mich aber darauf hin, daß Bargeld für das Projekt nicht so einfach lockerzumachen sei.

Auf meinen Vorschlag, einen Beitrag über die DDR-Medienlandschaft zu machen, riet er mir, doch 'mal einen Antrag zu stellen. Das wird schon laufen; er sagte, das muß erst mal durch die Gremien durch.

Wie werdet Ihr Euch zukünftig finanzieren?

Neben der Vereinsebene mit seinen Mitgliedsbeiträgen versuchen wir, eine kommunale Trägerschäft durchzusetzen. Die Stadt muß ein Interesse an lokaler Information haben. Der „Runde Tisch" hat unserem Anliegen konsequent zugestimmt, nur CDU und DSU waren „leider" dagegen, klar.

Daneben müssen die Kommerzanbieter ihren Sendezeiten entsprechend eben Abgaben an alternative Sender zahlen... Die werden sich natürlich mit Händen und Füßen wehren; Ein Mediengesetz muß da knallharte Regeln aufstellen. ●

HÄUSERKAMPF IN HEIDELBERG

Enteignet gehört, wer Wohnraum zerstört

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Redaktion Heidelberg ● Ganze zwei Tage hielt der Traum vom kollektiven Leben und Selbstbestimmung für ca. 30 Leute an, die mit einer Hausbesetzung gegen die Heidelberger Praxis in der Wohnungs- und Baupolitik die Initiative ergriffen hatten.

„Sofortige Verhandlungen mit dem Stadtrat zur Ausarbeitung von Nutzungsverträgen" wurde gefordert und „wir wollen das Haus sinnvoll nutzen und als Wohnraum und Info-Café mit Leben füllen..." waren weitere Vorstellungen des BesetzerInnenkollektivs.

Doch selbst GAL-Stadtrat Christoph Nestor war ratlos, hatte doch seine Fraktion im Finanzausschuß dem Verkauf des seit zwei Jahren leerstehenden Gebäudes an das Studentenwerk zugestimmt. Das Studentenwerk will unter dem Begriff „Europa Haus" dort 47 Wohneinheiten für Studenten als Prestigeobjekt für Europa '92 errichten. Eine Abrißgenehmigung für das im Jahr 1802 erbaute Gebäude war auch schon erteilt und so kam es dann am Montagmorgen um 6 Uhr, pünktlich zum bürgerlichen Arbeitsbeginn, zum Aufzug der Herrschaften im khakifarbenen Anzug, mit Helm, Schild und Schlagstock bewaffnet. Nach der Aufforderung, das Haus innerhalb von drei Minuten zu verlassen, wurde die Eingangstür mit Brecheisen und Motorsäge bearbeitet und das Haus geräumt. Anschließend begann der Abriß. Im folgenden dokumentieren wir die Erklärung des BesetzerInnenkollektives nach dem Abriß:

-Wir haben am 23.6.90 das Gebäude Plöck 58 besetzt. Nach 2 Tagen, in denen das Haus für alle offen stand, und in denen wir begonnen haben, unsere Bedürfnisse nach kollektivem Zusammenleben zu verwirklichen, ist das Haus am 25.6.90 kurz nach 6 Uhr geräumt worden.

Obwohl angeblich nach Auskunft eines städtischen Beamten, den wir telefonisch privat erreichten, am Sonntag keinerlei Entscheidungen getroffen wurden, gelang es den Stadtoberen trotzdem, Strafantrag zu stellen und die Räumung zu veranlassen. Die Räumung ging Montag morgens in einem militärischen Einsatz der Bruchsaler Bereitschaftspolizei vonstatten. Am Tag davor war der Truppführer als angeblich interessierter Bürger bei uns im Haus.

Die Atmosphäre im Haus während der 2 Tage der Besetzung stand krass dem Bild gegenüber, das sich uns und wenigen ZuschauerInnen am Morgen der Räumung bot. Militärisch ausgerüstete polizeiliche Kampfeinheiten versuchten unsere Ansätze anderen Lebens zu zerschlagen. Die Abrißbagger begannen ihre Arbeit sofort nach dem Einsatz.

Wie kam es dazu, daß das bis vor kurzem unter Denkmalschutz stehende Gebäude abgerissen wurde? Der erste Bürgermeister Dr. Korz ließ verlauten, „... daß die Statik des Hauses so schlecht ist, daß es zum Aufenthalt von Menschen nicht mehr möglich ist. Es geht unmittelbare Gefahr für Leib und Leben aus." (Zitat, K.Korz, Rhein-Neckar-Fernsehen, 26.6.90).

Lügt der erste Bürgermeister Dr. Karl Korz? Oder warum wurde das Erdgeschoß des Vorderhauses bis zur Räumung teils gewerblich und teils als „Sozialraum" für Stadtreiniger genutzt, wenn Dr. Korz doch selbst sagt, „daß ein Gutachten die Unbewohnbarkeit des Hauses aus statischen Gründen testiert habe" (RNZ vom 26.6.90). Zwei uns bekannte Architekten hingegen haben uns bestätigt, daß die Bausubstanz des Hauses eine Sanierung ermöglicht.

Ein Gebäude, das sich zwei Jahre als Spekulationsobjekt nicht verkaufen ließ – „einen Interessenten für das Grundstück im privaten Bereich haben wir nicht gefunden" (Korz, RNZ vom 26.6.90) – wurde dem Studentenwerk zugeschustert. Das Land Baden-Württemberg stellte kurzerhand 2,2 Mio DM zur Verfügung und jetzt entsteht auf dem eingeebneten 500 qm Grundstück der Plöck 58 ein Europahaus mit 47 Wohneinheiten für Studierende, das durchaus als Prestigeobjekt im Rahmen von Europa 92 betrachtet werden kann.

Währenddessen wird das internationale Studierendenzentrum „Altes Schloßhotel" abgerissen, um in dieser begehrten Wohnlage Luxusterrassenwohnungen Platz zu machen.

„Die Sozialpflicht des Eigentums deckt nicht den Rechtsbruch einer Hausbesetzung" (Korz, RNZ 26.6.90). Handelt es sich nicht vielmehr um einen „Unrechtsbruch?" Oder kann mensch noch von Recht sprechen, wenn ein Haus, in dem 20 Leute wohnen könnten, über 2 Jahre leersteht und systematisch dem Verfall preisgegeben wird, nur um Profitinteressen zu bewahren?

Die Pläne von Stadt und Studiwerk standen fest. Das Projekt, das an der allgemeinen Wohnungsnot vorbeigeplant ist und für das die Gelder ja schon bewilligt waren, wird jetzt durchgezogen.

Die Besetzung und die damit verbundene Solidarisierung (am Tage der Räumung demonstrierten 500 Menschen) sind für die autoritären Stadtoberen im letzten Stadium zundelscher lobbyistischer Vertretungspolitik kein ernstzunehmender Faktor.

„Das Rathaus ist öffentlich, aber nicht für Euch". „So wie Sie aussehen..." (Bächstädt, Leiter des Zentralamtes, vor dem Rathaus). Mit solchen oder ähnlichen faschistoiden Äußerungen wie dem polizeilichen Befehl „Saubermachen hier" wurde uns der Zugang zum Rathaus verweigert, wo die Stadt ihre Pressekonferenz abhielt. Der Versuch der Stadt, uns zu kriminalisieren, wird uns nicht daran hindern, weiterhin unser Recht auf selbstbestimmtes Wohnen einzufordern und zu erkämpfen. Die absolute Solidarität der FSK (Fachschaftskonferenz der Studierenden), vieler Studies und vieler anderer Menschen macht deutlich, daß der Kampf gegen Spekulantentum und Wohnungspolitik von vielen getragen wird. Darüber wird die Stadt nicht hinweggehen können.

- Sofortiger Rückzug der Strafanträge!
- Sofortige Verhandlung mit dem BesetzerInnenkollektiv der Plöck 58 über ein Ersatzprojekt in der Altstadt!

Darüberhinaus fordern wir:

- Sofortige Vermietung aller leerstehenden Häuser und Wohnungen!
- Keine Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen und Geschäftsräume!
- Angemessenen und billigen Wohnraum für alle!!-

Das BesetzerInnenkollektiv

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BETRIEBSGRÜNDUNG ALS KONFLIKTLÖSUNG?

Kabale der Alternativen

Im Mai berichteten wir vom Streit um das Café Kabale der Göttinger Film- und Kinoinitiative (FKI). Die FKI hatte das gemeinsame Kulturprojekt Kino und Café für gescheitert erklärt und wollte das Café verpachten, um so einen Jahre währenden Streit um Mitbestimmungsrechte der Cafébelegschaft endgültig zu beenden. Mit der Trennung von Café- und Kinobetrieb wollte die FKI Einflußnahme auf ihre Filmpolitik verhindern – auf der anderen Seite aber als Verpächterin des Cafés die politische Außendarstellung des „Gesamtprojektes" unter Kontrolle behalten.

Jugendzentrum Innenstadt (Juzi)

Foto: Thomas Hardwig

Thomas Hardwig, Redaktion Göttingen ● Besonders verschärft hatte sich die Situation, nachdem die Cafégruppe öffentlich Stellung bezog: Bei einem Polizeieinsatz gegen eine Gruppe von AntifaschistInnen hatte das „Zivile Streifenkommando" am 17. November letzten Jahres Conny W. in den Tod getrieben. Nach Ansicht der FKI gefährdet das politische Engagement der Cafébelegschaft jedoch die erfolgreiche Filmarbeit. Nach verschiedenen Zensurversuchen und einigem Streit reagierte die FKI mit der Verpachtung des Cafés. Der Belegschaft wurde zwar ein Vorpachtrecht eingeräumt, dennoch war klar, daß die Verhandlungen eine Menge Zündstoff bieten würden. Fraglich war auch, ob die Belegschaft des Cafés überhaupt in der Lage sein würde, den Betrieb in eigener Regie zu übernehmen. Inzwischen wird zudem deutlich, daß die politischen Ereignisse in Göttingen für eine Reihe von Projekten, die von städtischer Unterstützung abhängig sind, noch Folgen haben werden: „Staatsfeindliche" Positionen sollen nicht städtisch unterstützt werden, heißt es im Rathaus.

VOLLSTÄNDIGE KONTROLLE DURCH DIE FKI

Die Verhandlungen um die Pachtbedingungen standen ganz im Zeichen verhärteter Fronten. Der von der Geschäftsführung der FKI vorgelegte Entwurf eines Pachtvertrages ließ deutlich erkennen, daß es ihr nicht nur um ein finanzielles Melken des Cafés ging, sondern auch um eine vollständige ökonomische und politische Kontrolle ihrer künftigen Pächterin: kurze Pachtdauer, vielfältigste Kündigungsmöglichkeiten, Einsichtsrechte in die Geschäftunterlagen bis hin zum teilweisen Zugriff auf die Finanzen, zudem ein Nutzungsrecht für die Räume durch die Kinoinitiative und eine Genehmigungspflicht für Veranstaltungen der Cafégruppe sowie dem Verbot selbständiger Innenraumgestaltung des Cafés. Regelungen und Bedingungen, die sich nicht einmal in kapitalistischen Rechtsverhältnissen als legitim bezeichnen lassen, wurden mit entwaffnender Kaltschnäuzigkeit präsentiert. Dennoch hatte die Cafébelegschaft zunächst erstaunlich große Schwierigkeiten für ihre zu den Verhandlungen aufgestellten Minimalforderungen Unterstützung zu finden. Nach zähen Verhandlungsrunden wurden sie dann aber nach und nach erfüllt (Verlängerung der Pachtdauer auf zwei Jahre; Pachtrecht als e.V., nicht als GbR; keine Übernahme alter Verpflichtungen Einzelner durch die Gruppe), die vierte Forderung (eine geringere Pachthöhe) wurde der resigniert oder wütend abziehenden Cafégruppe noch aus dem Fenster nachrufend erfüllt. Gescheitert ist die Verhandlungsrunde dann nicht am ökonomischen Teil des Vertrages, sondern am politischen: Die Innenraumgestaltung sollte der Pächterin nicht zugestanden werden. In der Öffentlichkeit war bald die Rede davon, daß sich die streitenden Parteien „wegen einer Wand" nicht einig würden. Das erscheint tatsächlich kleinlich. Jedoch verbirgt sich dahinter das Recht, Plakate, Wandzeitungen bis hin zu Ausstellungen veröffentlichen zu können, eine Angelegenheit, die üblicherweise Vermieter nichts angehen. Die FKI kannte da keine Kompromisse und blieb somit ihrer politischen Linie treu. Schon lange zuvor hatte ihre Geschäftsführung für die Entfernung einer Wackersdorf-Ausstellung gesorgt, weil sie die Gefährdung städtischer Subventionen füchtete. Auch der Versuch einer Ausstellung zum Hungerstreik der Gefangenen aus dem Widerstand wurde vereitelt oder jüngst sich bemüht, die Trauerbekundung zum Tode von Conny zu entfernen. Es genügt dem Vorstand der FKI auch jetzt noch nicht, die gegnerischen Positionen aus dem Projekt auszugrenzen, er will ihre Veröffentlichung am liebsten ganz verhindern: Geschäftsführer der Alternativbewegung.

DISKUSSION UNERWÜNSCHT

Nach dem Scheitern der ersten Verhandlungsrunde trat die Belegschaft in den Streik und rief zur Blockade des Kinos Lumiere, dem Kino der FKI, auf. Bereits am folgenden Tag zog der Konflikt dann weitere Kreise: Der Förderverein „Junges Theater" tagte. Er ist Besitzer der ganzen Anlage, Vermieter der FKI (Kino Lumiere und Café Kabale) und betreibt selbst den „Theaterkeller". Neben Förderern gehören SchauspielerInnen des Jungen Theaters und die Beschäftigten der Vereinskneipe zu ihren Migliedern. Der Theaterkeller ist Treffpunkt der Göttinger Politszene. Über eben diese diskutierte der Förderverein, genauer über ein Transparent an der Außenwand der Kneipe: „Wir trauern um Conny. Von den Bullen in den Tod getrieben." Es wurde psychologolisiert, von pubertärem Verhalten gesprochen oder als liberale Variante der Ausgrenzung des Potentials an Gegenöffentlichkeit behauptet, der Sachverhalt sei hinreichend bekannt, das Transparent sei keine Zierde mehr und überhaupt leide der Außeneindruck, das Transparent könne also abgenommen werden. Um sicherzugehen, daß das nicht als Spaß aufgefaßt wird, fallen Nebenbemerkungen, die als Ankündigung einer eventuellen Schließung verstanden werden. Nicht zufällig engagiert sich der Förderverein auch für die Aufhebung des Lokalverbots gegen dié beiden GeschäftsführerInnen der FKI. Die Thekenbelegschaft des Kellers hatte Front gemacht gegen einen Aufruf „Gegen die Eskalation der Gewalt in der Stadt", der umstandslos faschistische Angriffe und linke Gegengewalt gleichgesetzt hat. Die FKI Geschäftsführung hatte ihn an die Öffentlichkeit gebracht, nachdem bei einer bundesweiten Demonstration zum Tode von Conny im Dezember die Polizei gewaltsam versuchte, die Demonstration vorzeitig aufzulösen und dabei an widerstandserprobtere Teile der Demo geraten war. Der Versuch der Theaterkellerbelegschaft, eine Debatte über die Politik der Kinoinitiative zu führen, stieß auf das gesammelte Schweigen der FKI. Auch der Förderverein wich der Diskussion aus.

Während der Förderverein ungewollt die Szene auf die Beine bringt, nimmt die FKI Streik und Kino-Blockade zum Anlaß, Café und Kino zu schließen und das Personal zu entlassen. Komplett zur Aussperrung der Belegschaft führt das Auswechseln der Schlösser am Freitag, den 25. Mai. Für den Montag darauf wird an geheimen Ort eine Versammlung der FKI einberufen. Öffentlichkeit mobilisiert die Cafégruppe zur gleichen Zeit in den Theaterkeller. Weit über 200 Menschen drängeln sich, um die Informationen der Cafébelegschaft zu diskutieren. Sie hören auch von anderen Initiativen, die von städtischer Kohle abhängig sind, daß seit dem Mord an Conny und ihrem Protest dagegen finanzieller Druck auf sie zunehmend spürbar wurde. Die Cafébelegschaft sucht immer noch Unterstützung, um doch noch eine Eingigung mit der FKI zu erzielen. Den Vorschlag, das Café als Antwort auf die Aussperrung zu besetzen, verwerfen sie zunächst. Denn eine Einigung könnte gefährdet werden. Die Gruppe ist auch unsicher ob der Unterstützung durch die Szene und fühlt sich überfordert und ausgepowert. Als die Nachricht durchsickert, daß die FKI mit großer Mehrheit die Verpachtung des Cafés an andere Pächter beschlossen hat, wird die Veranstaltung im Theaterkeller unterbrochen, die Cafégruppe geht in Klausur.

CAFE-BESETZUNG

Als sie zur Veranstaltung zurückkommt, hat sich das Blatt gewendet, sie stimmt einer Besetzung des Cafés zu. Ihr Ziel bleibt weiterhin die Pachtung des Cafés. Unter Beifall wird das Schloß des Cafés geöffnet, die Massen nehmen die Räume in Besitz. In den ersten Nächten übernachten UnterstützerInnen noch im Café. Schnell wird in den folgenden Tagen deutlich, daß die Cafégruppe endlich einen Trumpf in der Hand hat. Mehr als eine Woche lang wird der Betrieb im besetzten Kabale durch UnterstützerInnen aufrechterhalten, unterhält ein Kulturprogramm die BesucherInnen, regelmäßige Plena finden statt. Die Unterstützung ist breit, die Besetzung unübersehbar. Die lokalen Medien denunzieren. Bewegung in die offene Lage kommt erst am Mittwoch, den 6. Juni. Die GAL lädt beide Konfliktparteien zu sich ein, UnterstützerInnen für beide Seiten finden sich unter den GAL-Mitgliedern. Die Sympathien schlage sehr zugunsten der BesetzerInnen aus. Wenige Tage später findet im Gewerkschaftshaus eine Art runder Tisch statt, zu dem die Cafébelegschaft Öffentlickeit und FKI geladen hat. Im Vorfeld bereits gibt's Gemunkel, angeblich sei die städtische Förderung der FKI infragegestellt worden. Sicher ist aber, daß der Förderverein Junges Theater vermittelnd interveniert hat. Die FKI signalisiert ein Einlenken. So verläuft die Veranstaltung im Gewerkschaftshaus anders als geplant: Anstelle einer öffentlichen Aussprache über die Politik der FKI, die engagierten Projekte gegenüber der Stadt auszuspielen, um ihre Förderung nicht zu beeinträchtigen, erklärt diese ihr Einlenken, die Forderungen der Belegschaft werden erfüllt.

Zwei Wochen nach der Besetzung wird der Cafébetrieb wieder aufgenommen, die Verhandlungen fortgesetzt. Dabei geht es nur noch um Einzelheiten. Die Mühen der Berge sind bald geschafft, es folgen die Mühen der Ebene. Denn das erst im Kampf gewachsene Kollektiv, das ursprünglich nicht die Pacht des Cafés wollte, sondern den Status quo plus Mitbestimmung, sieht sich nun mit der Aufgabe konfrontiert, einen Betrieb zu gründen: Aufbringen von Kapital, Rechtsformfragen, Betriebsorganisation, Problem der juristischen Verantwortung, der Aufgabenverteilung im Projekt usw.. Eine Fülle von Grundsatz- und Datailfragen sind in kurzer Zeit zu entscheiden. Überdies steht die Kino-Sommerpause ins Haus, eine Durststrecke für's Café. Wie Betriebsgründung und Startphase aussehen, werden die nächsten Monate erweisen.

Café Kabale, Theaterkeller, Lumiére

Foto: Thomas Hardwig

MAULKÖRBE FÜR DIE GEGENÖFFENTLICHKEIT

Bereits bei der Informationsveranstaltung im Theaterkeller zeigte es sich, daß auch für die anderen Göttinger Projekte mindestens ein Diskussionsbedarf entstanden ist: Die Projekte, die von städtischen Zuschüssen abhängig sind, sehen sich zunehmend finanziellen Schwierigkeiten gegenüber. So berichtete das Frauenhaus, daß nach Veröffentlichung eines Flugblattes, das den Tod Connys als politischen Mord bezeichnete, die Stadt den Haushalt für ihr Projekt um 30.000 DM gekürzt hätte, mit der Begründung, sie unterstützten keine staatsfeindlichen Positionen. Nach öffentlichem Druck wurden inzwischen 20.000 DM wieder freigegeben. Die restlichen 10.000 DM, so wurde jovial erklärt, stellten keinesfalls einen Maulkorb dar, aber es fehle einfach das Geld.

Auch das Jungendzentrum Innenstadt (Juzi) hat sich seit langem mit der Streichung von Geldern und Stellen auseinanderzusetzen. Bundesweit bekanntgeworden ist es durch eine illegale Razzia im Jahre 1986, bei der über 400 BesucherInnen einer Diskussionsveranstaltung zum Häuserkampf von der Polizei eingeschlossen und erkennungsdienstlich behandelt wurden. Inzwischen droht dem Juzi eine Kündigung zum Jahresende. Der politische Wille der SPD, das Juzi unter politische Kontrolle zu bringen, ist deutlich. Schließlich hat sie an dieser Frage den Haushalt mit der GAL platzen lassen und ihn stattdessen zum zweiten Male mit der CDU verabschiedet. Deren politische Option war schon seit jeher die Schließung des Juzi. Um endgültige Schließung dürfte es aber auch bei der Vertragskündigung nicht geht. Versucht werden soll vielmehr die Selbständigkeit des Juzi zu beenden, die SozialarbeiterInnen weisungsabhängiger zu machen und direkte Zugriffsrechte in das Projekt zu schaffen. Die Reaktion der Juzi-Leute ist scharf: „Wir verhandeln doch nicht mit Euch Heuchlern über die Zerstörung unserer Selbstbestimmung!!! Wir werden den Vertrag behalten, so wie er ist! Wir machen weiter, was wir wollen!! Wir werden weiterhin gemeinsam mit allen solidarischen Menschen unsere erkämpften Zusammenhänge verteidigen: Das heißt für uns: Erwerbslosenzentrum, Frauen- und Lesbenzentrum, Astoria, Frauenhaus, Theaterplatz 9, Leinestraße 5, Theaterkeller, Café Kabale... verteidigen!!"

SELBSTDISZIPLINIERUNG DER ALTERNATIVEN

Ein rauher Wind weht den Projekten, die sich nicht auf sozialintegrative Arbeit beschränken lassen, sondern politisch Stellung beziehen, ins Gesicht. Aber das ist nichts Neues. Neu ist höchstens der augenblickliche Versuch, dieser Strategie etwas entgegenzusetzen, sich stärker zu organisieren. Ein Grund für die breite Unterstützung der Kabale-Belegschaft ist sicher das gewachsene Bewußtsein in der Szene, daß die gegenkulturellen und selbstbestimmten Räume offensiv verteidigt werden müssen. Nachdenklich stimmt die willige Bereitschaft der Geschäftsführer der Alternativbewegung – wie in unserem Fall der FKI – die Politik der Ausgrenzung und Disziplinierung der Politszene an vorderster Front zu betreiben und die nicht geringe Zustimmung, die sie dafür zunächst (noch?) im liberalen und alternativen Spektrum finden. ●

EREIGNISSE IM ZUSAMMENHANG MIT DEM KONFLIKT

Ein weiteres Opfer der Polizeitaktik

In den letzten Jahren haben sich die faschistischen Aktivitäten in und um Göttingen enorm verschärft. Immer häufiger kam und kommt es zu Übergriffen gegen Linke, AusländerInnen oder gegenüber NormalbürgerInnen, häufig zu Angriffen auf „Institutionen", sei es ein Ausländerwohnheim oder das Jugendzentrum Innenstadt (Juzi) in Göttingen. Die Polizei duldet diesen faschistischen Terror faktisch, die Presse lügt oder berichtet nicht. Ein breites Umfeld trägt inzwischen Selbsthilfeaktionen, die verhindern sollen, daß sich Skins oder andere organisierte Rechtsradikale in der Öffentlichkeit darstellen oder zusammenrotten können.

In diesem Zusammenhang stehen die Ereignisse am 17. November: Eine Auseinandersetzung zwischen AntifaschistInnen und Skins ruft die Polizei auf den Plan. Zivile Streifenkommandos (ZSK) sichten in einem anderen Teil der Stadt eine Gruppe militanter AntifaschistInnen, die mit der Auseinandersetzung nachweislich nichts zu tun haben, und nimmt die Verfolgung auf. Die Gruppe versucht sich zu entziehen, will sich im Unibereich zerstreuen. Ein größeres Aufgebot Polizei stellt sie schließlich und greift an einer stark befahrenen Straße mit Schlagstöcken, Tränengas und Hunden an. Zweck angeblich: „Feststellung der Personalien". Conny W. weicht in die einzige mögliche Richtung aus auf die Straße, wird von einem Wagen erfaßt und stirbt sofort.

Während Polizei und Presse vom „bedauerlichen Verkehrsunfall" sprechen wird bald klar, daß es sich um einen polizeitaktischen Mord handelt. Einen Beleg dafür stellen die Äußerungen der ZSK-Einsatzleitung unmittelbar vor dem Angriff dar: „Sollen wir sie plattmachen?" Nur der Polizeichef kann diesen Ausspruch „flapsig" finden. Auch die Rekonstruktion der konkreten Umstände des Polizeieinsatzes und die Erfahrungen mit anderen Einsätzen des ZSK beweisen die Verantwortung der Polizei für Connys Tod.

Mitte Juni sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Die Proteste verstummen deshalb noch lange nicht: Monatlich am 17. abends wird zu Mahnwachen aufgerufen, die Resonanz ist groß. Nach mehrmonatiger Zurückhaltung zeigt die Polizei inzwischen wieder aggressive Präsenz: Am 17.6. suchte sie die Menge mit Knüppeleinsatz zu zerstreuen. ●

NEONAZIS IN DER DDR

Zunehmender Terror der Rechtsradikalen

Nachstehende Berichte verdeutlichen, daß die DDR neues Aufmarschgebiet neonazistischer Gruppierungen geworden ist und daß auch die Rechte in der DDR-Jugend Fuß gefaßt hat. Die Beschreibung der brutalen Übergriffe aus Dresden könnten beliebig fortgesetzt werden: Inzwischen erfolgten weitere nächtliche Überfälle – auf das Büro der Vereinigten Linken und immer wieder auf die Neustädter Szenecafés. Drahtzieher dieser Aktionen waren samt und sonders westdeutsche Faschos. Es bleibt zu hoffen, daß aktive Antifas und Fantifas in der DDR und der BRD es schaffen, dem etwas entgegenzusetzen. Die eine Seite ist die Verteidigung vor Terrorangriffen der Rechten, die andere eine öffentliche Aufklärung und Diskussion über die Problematik, um eine weitere Eskalation zu stoppen.

Gregor Kunz, Redaktion Dresden ● Am 26.5. gegen 10 Uhr 30 rotteten sich ca. 30 Rechtsradikale und Skinheads vor dem Szenecafé „Stillos" zusammen. Die Rechtsradikalen sind mit Helmen ausgerüstet und mit Knüppeln bewaffnet. Der Angriff auf das Café selbst mißlingt, auf der Straße werden zwei Cafébesucher krankenhausreif geprügelt (Messerstiche in Augennähe, ein gebrochenes Jochbein). Die Angreifer kommen, den Autokennzeichen nach, aus Dresden, Großenhain und der BRD.

Am 1.6. gegen 1 Uhr sammeln sich Rechtsradikale und Skinheads vor dem Café „Stillos". Ein Besucher, der Hilfe holen will, wird auf dem Bischofsweg von vier behelmten und vermummten Rechtsradikalen mit Baseballschlägern angegriffen. Resultat: doppelter Schädelbasisbruch und eine schwere Augenverletzung. Der Schwerverletzte wird zufällig von einer Frau gefunden. Allein diesem Umstand verdankt der junge Mann sein Leben, er wäre anderenfalls verblutet. (Wenigstens diesmal kann mit der Ergreifung der Täter gerechnet werden, da die Autonummern bekannt sind)

Am 2.6. gegen 13 Uhr 30 werden drei Ausländerinnen auf der Prager Straße von Skinheads angegriffen. Dabeistehende Bürger kommentieren den Überfall beifällig („Ausländer in die Gaskammer"). Zwei der Frauen werden verletzt.

Am 3.6. gegen 1 Uhr rotten sich 50 Rechtsradikale in der Hechtstraße zusammen. Anschließend beginnt eine regelrechte Hetzjagd auf „Andersaussehende", also vermutlich auch Andersdenkende, durch die Buchwitzstraße. Resultat: ein Leichtverletzter. In der gleichen Nacht werden sämtliche Fenster des Cafés „100" eingeworfen.

Wann gibt es die ersten Toten?

Ähnliche Vorfälle werden aus Berlin, Magdeburg, Gera und Gräfenhainichen gemeldet. So gab es in Berlin, bei einem Überfall auf das Kulturzentrum in der Oranienburger Straße, 6 Verletzte. Eine junge Frau wurde mit einer Eisenstange bewußtlos geschlagen. Ein junger Maler erlitt schwere Verbrennungen und droht zu erblinden.

Die Aufzählung läßt sich erweitern. Fälle „politisch" motivierter Gewalt gibt es kontinuierlich seit Dezember des letzten Jahres – Angriffe gegen besetzte Häuser, alternative Kulturzentren, Jugendclubs, Café's, gegen Linke, Homosexuelle, Punks und Ausländer. Gleichfalls kontinuierlich nehmen Brutalität und Grad der Bewaffnung zu – Springmesser, Eisenstangen, Molotowcocktails, CS-Gas und Pistolen kommen immer häufiger zum Einsatz. Wer einem Menschen mit einer Eisenstange über den Kopf schlägt, nimmt dessen Tod in Kauf! Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann es den ersten Toten gibt.

Gefährliche Verharmlosung

„Die Gruppierungen liefern sich einen Kleinkrieg...", so äußerte sich sinngemäß ein Sprecher der Magdeburger Polizei nach den Pfingstereignissen. Eben das ist falsch. Die organisierten Angriffe Rechtsradikaler und Skinheads gegen Andersdenkende, Andersaussehende (im Grunde gegen alle, die anders sind, nicht in ihr totalitäres Weltbild passen) lassen sich nicht als Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendgruppen abtun und damit verharmlosen.

Sie sind vielmehr ein Zeichen dafür, wie gut es rechtsradikalen und faschistischen Gruppen und Parteien bereits gelungen ist, in der DDR Fuß zu fassen. Und wie sehr das innenpolitische Klima in diesem Land dies begünstigt. Ende Dezember waren es noch wenige, im Januar wurden schon zwischen 70 und 200 unter der Reichkriegsflagge beobachtet. Jetzt im Juni arbeiten mindestens zwei rechtsradikale Parteien in Dresden, die DVU und die „Republikaner". Daß auch die FAP und andere rechtsextreme Gruppierungen mit von der Partie sind, ist sehr wahrscheinlich. Die DVU zählt derzeit 180 Mitglieder, die Zahl der eingetragenen „Republikaner" ist nicht bekannt. Aufkleber wie „Ein Herz für Deutschland" (NPD), „Deutschland ist Trumpf" (JN), „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein" bzw. das schrägstehende, unten offene D ohne Unterschrift (DVU) sind im Straßenbild häufig zu sehen. Nun mag mancher, der dergleichen auf sein Auto klebt, die Herkunft der Aufkleber gar nicht kennen – aber es zeigt doch, wie erschreckend niedrig die Akzeptanzschwelle ist – das ist doch ganz harmlos – und wie schnell man sie senken kann.

In Leipzig operieren die „Mitteldeutschen" Nationaldemokraten, ein Ableger der NPD und die „Republikaner", in Berlin die „Nationale Alternative" (eingetragen ins Parteienregister), ein Zusammenschluß aus FAP, militanten Neonazis und Skinheads aus beiden Teilen Berlins. Ihre Terrorbilanz kann sich wahrhaftig sehen lassen – 25 verletzte Polizisten, republikweit sind es rund 50, zerstörte Cafés, Jugendclubs, die Zahl der bei Überfällen teils erheblich Verletzten dürfte 200 schon überschritten haben.

Was ist zu tun?

In anderen großen, aber auch in einer Reihe von kleineren Städten sieht es ähnlich aus. Dazu kommen diverse Dunkelmännervereine der „Neuen Rechten" wie der „Bund gegen Anpassung" oder die „Deutsche-Europäische-Gemeinschaft der Verfolgten totalitärer Systeme", Veranstalter eines Vortrags mit David Irving am 5.6.90 im Kulturpalast Dresden. „Dachau ist eine von den Amerikanern gebaute Attrappe..." und „Hitler hat seine Hand schützend über die Juden gehalten... die Gaskammern sind eine Lüge, die von den Engländern in Umlauf gesetzt wurde...", so seine Kernsätze. Und: „Ich bin gekommen, eine Saat in einen fruchtbaren Biden zu säen!"

Was tun? Mehr Polizei, mehr Verurteilungen, verdeckte Arbeit? So nötig der Schutz von Leben und Gesundheit ist, der Ruf nach mehr Polizei, gar der nach einer politischen, ist ein zweischneidiges Ding. Die Terrorangriffe der Rechtsradikalen sind kriminell und müssen verfolgt werden. Aber das ist nur das eine. Ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger ist Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung über Faschismus und Rechtsradikalismus, über Geschichte, Methoden, Ziele, Äußerungsformen. Die Erkenntnis, daß es den organisierten Neofaschismus bereits gibt, hier in der DDR, und nicht erst seit heute. Ein gemeinsamer Konsens aller Demokraten, seine weitere Ausbreitung nicht weiter hinzunehmen. Sollte ein neudeutscher „antisozialistischer Opportunismus" (L.d.M.) dies verhindern, wäre dies eine Tragödie für uns alle, die verführten Schläger eingeschlossen. ●

Aus: „Die geheimen Organisationsprinzipien der FAP"

... Wer in das Umfeld der FAP gerät, hat sich zunächst in den Augen der Führer zu bewähren, um dazuzugehören. Diese Bewährungsproben finden in Form von sich steigernden, in der Gruppe begangenen kriminellen und terroristischen Delikten statt. In den Schwerpunktstadtteilen der FAP entsteht ein Klima der Einschüchterung und der Gewalt. Drohbriefe und Telefonterror gegen Linke und Ausländer, zerschlagene Fensterscheiben, nächtliche Aufmärsche und Schlägereien gehören zum Alltag. Nach einer gewissen Zeit gehen die Neonazis dann zu öffentlichen Provokationen über... Aufmärsche im Stadtzentrum, gewaltsame Störung von linken Veranstaltungen, Informationsständen und Demonstrationen.

Volkszeitung 1979

PFINGSTEN IN OSTBERLIN

Neue Überfälle von Nazis und Hooligans

Zu Pfingsten waren Faschisten-Aktivitäten in Ostberlin angekündigt. An diesem Wochenende lief das letzte Fußballspiel der Saison, das Pokalendspiel Schwerin-Dresden

Es waren Gerüchte im Umlauf, die sich auf zwei bestehende Häusergruppen bezogen. Natürlich überhaupt kein Grund für die anderen besetzten Projekte, ruhig abzuwarten. Und daß die Faschisten nicht nur am Fußball-Samstag losschlagen, sollte sich auch herumgesprochen haben. Aber scheinbar sind daraus noch keine Konsequenzen gezogen worden, wie die Vorkommnisse am 1. Juni zeigen. Die Faschisten hatten keine große Mühe, die Café-Tür im Tacheles-Gebäude (ehem. Camera-Kino) aufzubrechen und brutal gegen die BesetzerInnen vorzugehen. Eine Frau wurde von einem Molotow-Cocktail getroffen und liegt derzeit im Krankenhaus. Die Gefahr der Erblindung besteht. Offenbar ist es jetzt bei den Faschisten Doktrin, auch gegen Frauen vorzugehen („feministische lesbische Frauen aufzumischen" – Zitat der NA-Weitlingstraße).

Die „undurchsichtige" Strategie der Polizei wurde vor dem Tacheles überdeutlich: zwei Tonis warteten, ohne einzugreifen, während des Faschistenüberfalls auf Verstärkung, die lange auf sich warten ließ, da angeblich niemand zur Verfügung stand (einen Tag später, Samstag 22.00 Uhr, hielt ein voller Polizei-LKW am Kollwitzplatz, um einer Anzeige wegen Ruhestörung nachzugehen).

Wegen des schlampigen Wachdienstes konnten sich in der gleichen Nacht in das besetzte Haus in der Kastanienallee 86 offensichtlich einige Nazis einschleichen, die Gashähne in einer leerstehenden Wohnung aufdrehten und die Wände mit „Juda verrecke!" beschmierten.

Am Samstag, den 2. Juni, versuchten die Faschisten und Hooligans, scheinbar ermuntert durch die „Erfolge" in der Nacht, das Straßenfest in der Kreuzinger Straße anzugreifen. Als die BesucherInnen des Straßenfestes die Hooligans in die Flucht schlugen, ging die Polizei dazwischen und lud einige Kinder-Hooligans und einige StraßenfestbesucherInnen aus den besetzten Häusern auf die LKW's und brachte sie zur Personalienfeststellung in eine Schule (denen könnten auch mal neue Orte einfallen). Und das las sich dann in der Tagespresse als Straßenschlacht zwischen Polizisten und Faschisten.

Am Samstag nachmittag wurde dann eine antifaschistische Demonstration durch Lichtenberg, vorbei an der Weitlingstraße bis zu den Wohnheimen der AusländerInnen durchgeführt. Beim Plenum vor der Demo war es, wie ein Beitrag in der Westberliner Zeitschrift „Interim" kritisiert, teilweise zu „stalinistischen" Verhaltensformen gekommen, Überbewertung der eigenen Meinung, daraus folgende Geringschätzung anderer, autoritäres Führungsprinzip. Vielen war der Charakter der Demo nicht klar, deshalb gingen auch nicht alle mit nach Lichtenberg.

Die Demonstration war aber als Antwort auf die Faschisten-Überfälle notwendig und wichtig. Die von Nazis besetzten Häuser in der Weitlingstraße und der Parteizentrale der Nationalen Alternative, stellten als Symbolik faschistischer Ideologie und deren Institutionalisierung eine besondere Gefahr dar. Die vielfältigen Aktionen auf der Weitlingstraße, Flugblätter, Plakate, Sprühereien, Buttersäureanschläge, Demonstrationen, machen klar, daß viele nicht mehr gewillt sind, die faschistischen Überfälle hinzunehmen. Die NA muß und wird beseitigt werden. Das Wie und Wann setzt politische Diskussionen unter einem größtmöglichen politischen Spektrum voraus. Der Faschismus kann natürlich nicht militärisch beseitigt, sondern höchstens können gewalttätige Überfälle zurückgeschlagen und eingedämmt werden. Neben praktischen Aktivitäten aller Art kann nur eine breite linke und radikaldemokratische Bewegung etwas Dauerndes entgegensetzen.

Aus: telegraph 11/90

Foto aus: PROWO 21/06/90

MISSBRAUCH DURCH FASCHISTEN

Skinhead heißt nicht gleich Nazi!

Ein Red-Skin protestiert in eigener Sache.

Nicht in England ist die Skinheadbewegung entstanden, sondern auf Jamaika. Schwarze Red-Skins sind es gewesen, die in Kingston aufstanden und sich als Schutztruppe der Streikenden bewährt haben. Noch heute stehen die englischen Red-Skins mit den Arbeitern vor den bestreikten Betrieben und bilden fliegende Einsatzkommandos, die Streikbrecher abwehren. Ska, Soul, Reggae und Oi, das ist die ursprüngliche Musik der Skins.

Ende der 60er Jahre wurde in England eine Bewegung junger Arbeiter daraus, mit besonderem Einfluß in den Elendsvierteln von Liverpool und unter jungen Arbeitslosen. Sie protestierten gegen die staatliche Unterdrückungsmaschinerie und das Kapital und suchten, trotz ständigem Geldmangel, nach einem eigenen, unverwechselbaren Lebensstil. Oi ist so etwas wie ein Weg für uns. Oi ist Zusammenhalt.

Anfang der 80er Jahre tauchten in der BRD die ersten Skinheads auf. Nach einer gewissen Zeit kamen die Nazieinflüsse. Warum? Die Nazis waren leider nun mal die ersten Leute gewesen, die sich um die Skinheads gekümmert haben. Die Nazitreffs waren die einzigen Clubs, die den Skins offenstanden. Da wurde dann erst mal ein Kasten Bier spendiert und ihnen dann regelrecht eingetrichtert: „Die Deutschen, Blähblöh-bluff", usw...

Heute wie damals werden Skins von faschistischen Elementen unterwandert. Wenn Nazis behaupten, daß sie Skins sind, mißbrauchen sie unsere Bewegung als Deckmantel und waren meistens schon Faschisten, bevor sie sich als Skins ausgaben. Das Schlimme ist, daß sie als kleine Idioten von den faschistischen Parteien ausgenützt werden wie seinerzeit die Saalschläger Hitlers.

Die Skinhead-Bewegung beruht ursprünglich auf der Musik der Schwarzen. Mir erscheint es sehr absurd und paradox, wenn rassistische Skinheads zu „Negermusik" tanzen und anschließend „Sieg Heil" brüllen. Es ist einfach ein schlimmer Mißbrauch unserer Bewegung!

Noch einige Worte an die linke Szene: Leider beurteilt ein Großteil von Linken Menschen hauptsächlich nach dem Outfit und hält jeden Red- oder Oi-Skin automatisch für einen Nazi. Statt nachzufragen, wird im Zweifelsfall zugeschlagen. Mit Linken Inhalten hat das wohl wenig zu tun. Mir ist auch nicht entgangen, daß eine Vielzahl von Linken trotz gesinnungsmäßig einwandfreier Kleidung und Haarschnitt vielfach dogmatisch, undifferenziert und sexistisch denkt und redet.

Richtige Skins sind meiner Ansicht nach niemals Faschisten gewesen und werden es auch nicht sein. Und ich als Skinhead lasse mich niemals von Faschisten mißbrauchen, denn sie sind Verbündete von Staat und Kapital und die Todfeinde der arbeitenden Menschen.

Oi! Ein Red-Skin
Aus: telegraph 10/90

Foto aus: telegraph 11/90

DRESDEN: DIE BUNTE REPUBLIK LEBT!

15.000 feiern mit der Bunten Republik Neustadt

Zahllose DresdenerInnen und Auswärtige, unter ihnen auch tausende Wessis, erlebten ein zweitägiges alternatives Stadtteilfest mit ernstem Hintergrund. Schwarzmieter und BesetzerInnen der Dresdener Neustadt hatten gemeinsam mit EinwohnerInnen und Projekten des Stadtteils zur Bunten Republik Neustadt aufgerufen. Ihr Motto: „Wir bleiben hier und wehren uns täglich!"

Von Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg ● „Die Provisorische Regierung der Dresdener Neustadt gibt bekannt..." hieß es in etlichen Presseerklärungen und Pamphleten des vergangenen Monats. Am 23. und 24. Juni wurde Wirklichkeit, was eigentlich einmal als Kneipenulk ausgesponnen war. Die NeustädterInnen umriegeln ihr Stadtteilgebiet mit einer symbolischen Grenze, verkünden ihre eigene Machtübernahme („...aus der Provisorischen Regierung wird per Akklamation eine Ordentliche Regierung...") und legen ihre eigene Währung auf.

Die Neustadt-Mark kann an der Staatsbank und ihren Außenstellen für 1 DDR-Mark oder 2 DM erworben werden und erfreut sich gleich großer Beliebtheit. Phantasievolle Motive von Marx mit Bakunin beim Armdrücken über Charlie Chaplin bis zu Kohl als Krümelmonster zieren die für 1, 3, 5, 10 oder 20 Neustadtmark ausgezeichneten Geldscheine. Das ebenfalls abgebildete Staatswappen mit Mickey-Mouse im Ährenkranz bringt den/die BesitzerIn auch gleich wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurück: Monkey-Money! Nicht umsonst steht auch auf jeder Banknote der warnende Hinweis „Wer Panknoten nachläuft oder verfällt wird mit Umsiedlung nach Gorbitz nicht unter fünf Jahre bestraft". Und Gorbitz ist eine jener Neubauruinen verfehlter Stadtplanung – die häßliche Dresdener Trabantenstadt, in der es gestandene NeustädterInnen nun einmal partout nicht aushalten könnten.

Trotzdem entsteht alsbald ein Run auf die neue Währung. Als sich am Samstagabend vorm Kulturzentrum Scheune die Massen drängeln, um Karten fürs Konzert zu kaufen, wird der CONTRASTE Büchertisch daselbst unversehens auch einmal zu einer Art Bank. Gezahlt werden konnte fast im ganzen Viertel nämlich ausschließlich in Neustadt-Mark und die KonzertbesucherInnen müssen deshalb eilends noch ihre 12 Märker eintauschen, um „Blech" aus Westberlin zu hören. Für eine kurze halbe Stunde entspricht daher das Bilanzvolumen der CONTRASTE-„Banker" nahezu dem der Ökobank.

Knete, Kneipen und Kultur

Die Bunte Republik Neustadt ist zunächst einmal ein gelungener, vorweggenommener Währungsschnitt, der die Verhältnisse des Staatsvertrages auf den Kopf stellt. Die autokratisch im Rahmen einer „Rätemonarchie" verfügte Devisenbewirtschaftung („Zurückgetauscht wird nix") pumpt Knete in ein pulsierendes Wirtschafts- und Sozialleben des Stadtteils. Allein zur Aktion eröffnen verschiedene neue Kneipen und das Remmidemmi um Trödel- und Bauernmarkt und die diversen Kulturangebote auf den Straßen währt Tag und Nacht.

Das Staatstheater im vom Neustädter Projekttheater besetzten Fabrikgebäude wartet mit einer Gala auf, die sich sehen lassen kann und betreibt ganz nebenbei ein Straßen- und Theatercafe. Vor der Scheune findet ein rauschendes Kinderfest mit zahlreichen Happenings statt. Bald macht sich Festivalstimmung breit und so etwas wie ein neues Wir-Gefühl entsteht: Wir in der Neustadt können gegen den Spekulantengeist und Schalck-Golodkowskismus der Währungsschieber anstinken. Wir können zusammenhalten und selber etwas auf die Beine stellen.

Untermauert wird dies durch zahlreiche Transparente, die überall im Kiez angebracht sind. Die Neustadt-Szene bekennt Farbe. An der Scheune verkünden überdimensionale Dekrete die Hoffnungen einer Bunten Republik auf eine andere Gesellschaft... ohne Waffen und Insignien von Staat und Konzernen, aber mit Lebensfreude und Solidarität. Da heißt es z.B. im „Dekret über das Sitzungswesen", daß solche prinzipiell im Stehen stattzufinden haben und - sollte es nur irgendwie machbar sein - Sitzungen per se auf der Straße abzulaufen hätten. Oder, daß Werbung prinzipiell zu verbieten ist, außer für Kunst und Literatur...

Ein anderes Dekret wiederum erwirkt einen diplomatischen Protest der Botschafter befreundeter Republiken in Lummerland und Entenhausen. Dekret Nr. 4 fordert für alle BürgerInnen der Bunten Republik die Verlängerung der Schulpflicht und für alle, die aktiv an Wahlen teilnehmen, besondere Ausbildung in Politik- und Gesellschaftswissenschaften. Insbesondere Lehrer, Journalisten und Politiker seien viermal jährlich einer Prüfung zu unterziehen.

Da gewisse Ausländer des diplomatischen Corps jedoch prinzipiell gegen die Schulpflicht protestierten, muß Fremdeinmischung mit daraus resultierenden möglichen Risiken für die junge Republik (geredet wurde gar vom Staatsstreich) schleunigst in Strömen von Bier ertränkt werden. Dies gelingt offensichtlich, denn der Botschafter von Entenhausen wird nach seinem ersten Protest nur noch bei Freibier gesehen und der andere – von Lummerland – ist ohnehin abgebrannt.

Nachgerade karnevalesk wird der Sonntag der Bunten Republik eingeläutet. Vorbei an Grüppchen von Punks und Freaks, die sich im Rasen vor der Scheune von den Strapazen der Nacht erholen, formiert sich ein förmlicher Aufmarsch hinter einem Spielmannzug von Mädels des Deutschen Turnerbundes und ein wildes Sammelsurium von SED-Losungen nebst überlebensgroßem Bild von Erich Superstar folgt in einer Art anachronistischem Zug. Späte BesucherInnen des Freiluftkino-Filmfestivals auf dem Heimweg mögen sich durchaus gefragt haben, welcher Film denn da schon wieder läuft.

Was bleibt von der Bunten Republik?

Der ganze Klamauk, mit der das Küchenkabinett der NeustädterInnen seine Bunte Republik aufgezogen hat, ist als weitaus mehr zu werten als eine einmalige Spaßguerillaattacke oder sonstige Eintagsfliege. Es sollte nämlich keineswegs nur den Verantwortlichen und einer Öffentlichkeit klargemacht werden, daß hier ein Stadtteil voller Leben ist, der zur Kahlschlagsanierung verurteilt war.

Die ganze Aktion hatte durchaus auch verschiedene auf den Stadtteil selbst bezogene Intentionen, die teilweise auch erste Ergebnisse zeitigten.

Da ging es zunächst einmal darum, mit allem Charme, zu dem sich diese bunte Szene überhaupt aufraffen kann, Gemeinsamkeiten im Stadtteilbezug der Einwohnerschaft herzustellen. Auch in der Neustadt dominierten wie überall in Dresden bislang die Flaggen in schwarz-rot-gold und grün-weiß (für Sachsen) und die linke Politszene stellt neben der Normalo- und der „Tätowierten"-Szene eine – wenn auch lautstarke – Minderheit dar. Durch das Stadtteilfest konnte Sympathiewerbung betrieben werden, und der Stadtteil ist insgesamt noch bunter geworden.

Geblieben sind daher nicht nur ein paar mehr Kneipen, die das Neustädter Nachtleben noch aufregender machen werden, und ein paar neue Presseartikel, die die Probleme im Kiez bekannter machen:

- Geblieben sind auch über 300 Sträucher, verschiedene Kletterpflanzen, 2 Ginkgobäume und eine Blutbuche, die im Rahmen einer Aktion „Grün in die Äußere Neustadt" von der örtlichen Bürgerinitiative kostenlos zur Anpflanzung ausgeteilt wurden.
- Geblieben ist vor allem ein Mut, der vielen angesichts täglicher Skinrandale und der Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Zukunft nach der Währungsunion bereits abhanden gekommen war. Profitieren können davon die ca. 30 Wohngenossenschaften in Gründung, die bestrebt sind, Übernahmemodelle für ihre Häuser zu entwickeln und mehrere hundert Schwarzmieter, die auf Solidarität angewiesen sind, wenn sie ihre Wohnung behalten wollen.

Die Aktivitäten zur Bunten Republik Neustadt sind optimal dokumentiert worden. Eine örtliche Medienwerkstatt hat mit massiver logistischer und personeller Unterstützung durch eine Studiengruppe der Gesamthochschule Kassel die wichtigsten Ereignisse, aber auch Hintergründe zu den Problemen des Stadtteils, auf Video aufgezeichnet. Desweiteren soll eine Broschüre erstellt werden, die zur weiteren politischen arbeit vor Ort nutzbar gemacht werden kann.

Vielleicht wird sie auch weiterleben, die Bunte Republik... ●

HUNGERSTREIK VOR DEM RATHAUS

In ihrer vorletzten Ausgabe berichtete CONTRASTE aus der Dresdener Neustadt, einem Sanierungsgebiet in der Nordstadt, welches von der SED dem Verfall preisgegeben war. In zahlreichen der dort angeblich leerstehenden Wohnungen sind seit Jahren Schwarzmieter eingezogen. Verschiedene Häuser wurden unlängst besetzt – auch ein leerstehendes Fabrikgebäude soll von einem Projekttheater zum soziokulturellen Zentrum gemacht werden. Die Aktivitäten der Bürgerinitiative IG Äußere Neustadt richten sich dagegen, daß aus dem Gebiet – immerhin dem größten erhaltenen Stadtgebiet aus der Gründerzeit – ein Banken- und Vergnügungsviertel gemacht wird. Spekulanten und westdeutschen Firmen zum Trotz wurde dieses Stadtgebiet zum „Milieuschutzgebiet" erklärt. Nutzung und Verkauf von Liegenschaften sollten nach einem mit den EinwohnerInnen abgestimmten Sanierungskonzept vorangetrieben werden.

Nach der Kommunalwahl und mit der Währungsunion stellen neue politische Mehrheiten den Vollzug solcher Konzepte zur Disposition. Eine große Koalition von DSU bis Bündnis 90/Grüne muß erst einmal Tritt fassen und mehr werden als eine Koalition gegen die zweitstärkste Partei, die PDS. Oberbürgermeister Wagner (CDU) verfügte noch vor der Währungsunion einen Verkaufsstopp für kommunalen Besitz. Dieser richtet sich auch gegen eine Reihe von vertragsreifen Projekten aus dem Gebiet der Neustadt.

Unmittelbar vor den Aktivitäten zur Bunten Republik Neustadt muß sich Wagner am Rathaus vor 2.000 aufgebrachten BürgerInnen rechtfertigen. Eine Gruppe von verschiedenen Menschen aus Neustadt-Projekten tritt in einen mehrtägigen Hungerstreik am Rathausplatz. Ihr gemeinsames Anliegen: Mit dem Verkaufsstopp der Stadt wird wieder einmal zuungunsten der geplanten Projekte und zugunsten des städtischen Haushalts entschieden. Die Stadt soll nicht mit dem Wertgewinn der Immobilien durch die Währungsunion spekulieren, da sie den finanziellen Entwicklungsaufwand der Projekte so nur künstlich in die Höhe treibt...

Einige Tage später entschieden die Stadtverordneten, den Verkauf zu den bisher günstigen Bodenpreisen in DM an Eigentümer privater Ein- und Zweifamilienhäuser auf volkseigenem Grund und Boden zu gewährleisten.

Die Stadt behält sich im Falle eines geplanten Wiederverkaufs ein Vorkaufsrecht vor. Nach Angaben der Stadt sind bislang neunzehn Grundstücke verkauft worden.

Anzeige

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Plenen, Föderationen, Kulturinitiativen etc) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.35, 11.Jg.!!

Rede bei der Antinationalismus-Demo
von Michael Wilk und Susanne Schröter
Nationalismus-Diskussion
Leserzuschriften
Wer bezahlt den Anschluß?
von Wolfgang Haug
Flüchtlingspolitik und Ausländergesetz
von Rainer Hammerschmidt und Manfred Lontke
500 Jahre Kolonisation
von Herby Sachs
Subsistenzproduktion contra Weltmarkt
von Veronika Bennholdt-Thomsen
Märzrevolution von 1920
von Erhard Lucas
Interview mit Laid Thénardier
frz. Rock Alternatif-Gruppe
von Frank Sparing

Außerdem: Beiträge über Traven-Marut, Argentinien und die aktuelle anarchistische Bewegung dort, Triest-Konferenz der AnarchistInnen, Carrara: Angriffe aufs Germinal-Zentrum, Nachruf auf Georg Usinger, 10 Jahre SF, AFD-Initiative u.v.a.

★

Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Feminismus: 6.-DM (2.erweiterte Auflage)
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sonderdruck: Nr.0-12 (Auszüge): 10.-DM
ABO (4 Nrn.): 20.-DM
Förderabo (8 Nrn.): 50.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1
07033/44273

SELBSTHILFE WOHNPROJEKT IN KARL-MARX-STADT

Kontakte gesucht!

Mit dem Ziel, Selbstverwaltung für ihr Wohngebiet umzusetzen, wurde in Karl-Marx-Stadt das Selbsthilfe Wohnprojekt Further Straße e.V. gegründet. Die Realisation der Vorhaben wird jedoch durch Behörden und Gebäudeverwaltung gebremst.

Redaktion Heidelberg ● Schon vor den Veränderungen des Herbstes '89 war eine kleine Gruppe von Personen in Überlegungen vertieft, wie die Misere des Wohnungswesens in der DDR, speziell in Karl-Marx-Stadt, zu verändern sei. Schon relativ kurz nach den Novemberentwicklungen '89 war sich eben diese Gruppe einig, für sich selbst eine langfristige Perspektive in der DDR und insbesondere in Karl-Marx-Stadt zu finden.

Ein grundsätzliches Problem war der fehlende Wohnraum für viele Gruppenmitglieder, aber auch das Bedürfnis nach Orten der Kommunikation, des Autausches sowie Formen des Miteinanderlebens in überschaubaren Größen, so daß Einflußnahme auf direktem Weg gegeben ist. Man wählte in Karl-Marx-Stadt ein Wohngebiet aus, welches die besten Möglichkeiten für das geplante Gemeinwesen bot. Man kam auf die Häuser im oberen Bereich der Further Straße mit Mittelpunkt des Hauses Further Str. 30.

DER VEREIN

Recht schnell wurde der Gruppe das politische Wohlwollen vieler aktiv am demokratischen Umwandlungsprozeß der DDR beteiligten Kräfte zuteil. Um besser und vor allem stärker in die Verhandlungen mit Behörden und besonders der GWK (jetzt GGG.m.b.H., Grundstücks-und Gebäudewirtschafts-GmbH Chemnitz) zu gehen, wurde ein Verein gegründet. Die Vereinsarbeit des Selbsthilfe Wohnprojekt Further Straße e.V. (SFW e.V.) versteht sich als Kommunikationshort der drei tragenden Säulen seiner Arbeit: dem Handwerk und der Wohnumfeldversorgung; der sozialen Aufgabe im Bereich der Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie von Alten und Kranken; der kulturellen Aufgabe als Mittel der Kommunikation untereinander und nach außen.

Grundlagen dieser Säulen ist die Überlegung, daß ein Gemeinwesen auf den Grundelementen Wohnen, familiäre Lebenseinheiten, Arbeit und den kommunikativen Beziehungsgeflechten innerhalb und zwischen diesen Elementen basiert. Dies funktioniert umso besser, je höher die Beteiligung an dem Gemeinwesen ist, und umso offener es sich nach innen und außen für Entwicklung und Bewegung und somit Veränderung gestalten läßt. Es ist nicht möglich, auf eine dieser Säulen zu verzichten, da nur durch ein Zusammenwirken das Optimum zu erreichen ist. Obwohl deutlich ist, daß einige Bereiche derzeitig vorrangig zu behandeln sind. Das absolute Ziel des Vereins ist die Selbstverwaltung des Wohngebietes. Wir wollen insgesamt ein Wohngebiet schaffen, in dem sich die Menschen unterhalten und nicht unterhalten lassen. Der Verein möchte die Kommunikation der Personen, die im Projekt wohnen, untereinander fördern und darüber hinaus kulturell nach außen wirken.

Aus diesem Grund will der Verein eine Begegnungsstätte betreiben, in Form eines Cafés, welches tagsüber und abends geöffnet ist. Weiterhin möchte sich der Verein langfristig darum kümmern, Räumlichkeiten für die Entwicklung von Eigenkreativität zu fördern. Unter anderem sollen so Auftrittsmöglichkeiten vor allem für Nachwuchskünstler geschaffen werden.

Es ist natürlich verständlich, daß mit Stand der Dinge im Februar 1990 die Wohnungssicherung einen gewissen Vorrang hat, aber insgesamt entsteht nur eine lebenswerte Wohnkultur, wenn auch das Wohnumfeld einen anschaulichen und freundlichen Eindruck erweckt. Daher ist es auch im Interesse des Vereins, Aktivitäten zu fördern, die zur Verbesserung des Wohnumfeldes beitragen.

SOZIALE ARBEIT

Eine Finanzierung würde dem Ausbaubereich angeglichen sein. Dafür ist es notwendig, materielle und maschinelle Ausstattung bereitzustellen. Darüber hinaus wird Eigenleistung von den Bewohnern gefordert. Die Arbeiten, die nicht durch befähigte Personen des Projektes oder nur durch zu hohen Werkzeugaufwand zu erledigen sind, sollen fremdvergeben werden.

Die soziale Arbeit wird vom Verein als wichtiger Punkt eines funktionierenden Gemeinwesens betrachtet. Wie schon ausgeführt ist der Verein der Auffassung, daß das Gemeinwesen sich nur dann im Gleichgewicht hält, wenn ein ausgewogener Querschnitt der Bevölkerung im Projekt wohnhaft ist.

Weiterhin ist der Verein auch der Meinung, daß eine Gemeinschaft in der Lage sein sollte, gegenüber Personen, die aufgrund spezieller Problematiken ihrer Sozialsituation in Schwierigkeiten geraten sind oder die durch Erkrankung oder Alter nicht in der Lage sind, z.B. im Bereich des Aufbaues ihrer Wohnungen mitzuarbeiten, in Form einer Selbstverständlichkeit Hilfe zu gewähren.

Nur sollten die Aufgaben nicht nur auf den oben angeführten Personenkreis beschränkt bleiben. Vor allem auch den Kindern und Jugendlichen der im Projekt Wohnenden gilt ein besonderes Interesse des Vereins. Aus diesem Grunde soll ein Kinderspielhaus eingerichtet werden, ebenso besondere Räumlichkeiten für die Jugendlichen.

Die Finanzierung dieser Arbeit soll durch die öffentliche Hand erfolgen. Nach zähen Verhandlungen mit der GWK ist es uns gelungen, für ein Haus einen Nutzungsvertrag abzuschließen. Dieses reicht aber bei weitem noch nicht. Uns kommt es so vor, als würden wir nicht ernst genommen. Um mehr Vertrauen im Wohngebiet zu erreichen, haben wir begonnen, den vorhandenen Spielplatz „wieder aufzubauen".

ERFAHRUNGSAUSTAUSCH

Obwohl wir unsere Tätigkeiten streng nach den gültigen Rechtsvorschriften durchführen, haben wir den Eindruck, illegal zu arbeiten. Immer wieder werden wir in unserem Handeln durch die GWK und die Behörden, bewußt oder unbewußt, behindert und gebremst. Deshalb würde es uns interessieren, wie andere Wohngemeinschaften und Projekte funktionieren, wie sie den Umgang mit staatlichen Stellen praktizieren. Wir sind der Meinung, daß wir unsere Erfahrungen austauschen sollten, um stärker in die Verhandlungen mit den staatlichen Stellen gehen zu können und auch das vorhandene Mißtrauen bei Teilen der Bevölkerung abzubauen.

Deshalb an alle Hausbesetzer, ähnliche Projekte oder Wohngemeinschaften: Wir suchen Kontakt. ●

Die Mitglieder des SWF

Anschrift: SWF e.V., Further Str. 30, DDR 9003 Karl-Marx-Stadt
Unser Spendenkonto: Genossenschaftskasse 6214-36-42236

OST-WEST-BEGEGNUNG IN DER DDR

4 Tage Kommune-Atmosphäre

Ost-West-Begegnung: Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften vom 14. bis 17. Juni in Kleinmachnow (DDR)

Foto: Thomas Buschmann

Von Elisabeth Voß (Informationsdienst Ökodorf e.V.) ● Die Idee zu diesem Treffen entstand Anfang des Jahres nach einer Veranstaltung mit Rudolf Bahro im Rathaus Schöneberg, wo er unter anderem auf die Chance hinwies, die nun veränderte Situation in der DDR mit der dringenden Notwendigkeit einer ökologischen Umgestaltung zu nutzen, um dort Siedlungsmodelle mit umweltverträglichen Lebens- und Arbeitsformen aufzubauen.

Beim anschließenden Essen mit einigen Freunden kam fast Kommune-Gründungseuphorie auf, als Isolde Bräuner von den Grünen von ihren Kontakten zur (damals noch) SED sprach, in der es die Bereitschaft zu geben schien, Land und Gebäude für solche Projekte zur Verfügung zu stellen. Wir hatten die Idee, z.B. befristete Pachtverträge für einige Objekte abzuschließen, und diese dann an Gruppen, die auf einem Ost-West-Treffen im Sommer gebildet werden sollten, weiterzugeben.

Kurz darauf gab es ein erstes Vorbereitungstreffen in einer ehemaligen Parteihochschule in Kleinmachnow (wo nun auch die Begegnung stattfand), bei dem auch VertreterInnen einiger BRD-Kommunen anwesend waren (Uwe Kurzbein von der Kommune Lutter erwähnte die Einladung zu diesem „seltsamen Treffen" in seinem Beitrag „Wir sind weder Missionare noch Propagandisten" in CONTRASTE 66/März '90). Die Stimmung dort war teilweise gereizt, uns wurde vorgeworfen, Werbefeldzüge für Kommunen in der DDR unternehmen zu wollen, zentralistisch vorzugehen usw.. Leider konnte ich nicht die ganze Zeit dabei sein, und mir ist bis heute nicht klar (anderen, die alles mitbekommen haben, allerdings auch nicht), was der Kern dieser Differenzen war. Unsere Idee der „Objektsicherung" ging dort jedenfalls unter, was im nachhinein bedauerlich ist, denn bei uns wäre ein Teil des Eigentums der PDS wohl besser aufgehoben gewesen als jetzt unter staatlicher Treuhandschaft, auch wenn zur Gründung einer Gemeinschaft sicher andere Dinge sehr viel entscheidender sind als das Vorhandensein eines Platzes.

Die Idee einer großen Ost-West-Begegnung überlebte – wenn auch nicht unumstritten. Diese Begegnung hat nun stattgefunden, nicht als einmalige Großveranstaltung, sondern als Beginn einer Reihe weiterer größerer und kleinerer Treffen mit dem Ziel der konkreten Projektgründung.

Was war los in Kleinmachnow?

Über 400 Menschen (sehr viele Kinder waren auch dabei und fühlten sich offensichtlich sehr wohl) kamen zusammen: Bestehende und entstehende Gemeinschaften, geladene Prominente und viele Interessierte, überwiegend (etwa zu zwei Drittel) aus der DDR.

Es begann am Donnerstag mit einem Vortrag von Fritz Vilmar, Professor für Politologie an der Freien Universität Berlin (West), der sich seit vielen Jahren mit Selbsthilfegruppen und kommunitären Strukturen hierzulande und mit den israelischen Kibbuzim beschäftigt. Er versteht sich nach wie vor als Sozialist, und rief – nicht zuletzt mit Blick auf den Durchmarsch des Kapitalismus in der DDR – dazu auf, nicht auf die große Revolution oder Veränderungen durch parlamentarische Mehrheiten zu hoffen, sondern den Weg von der „besitzindividualistischen Leistungs- und Konsumgesellschaft" hin zu einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft zu wagen. Ganz konkret soll dies geschehen durch den Aufbau von Gemeinschaftsprojekten, die die große gesellschaftliche Utopie in kleinerem Rahmen leben, was er nun auch für sich persönlich mit einer Gruppe Entschlossener im Umland von Berlin realisieren möchte. Dies immer mit Blick auf die Gesamtgesellschaft, auf die – auch durch Vernetzung vieler Gruppen – politisch Einfluß genommen werden soll.

Anschließend gab der 68-er Kommunarde Rainer Langhans zu bedenken, daß letztlich die Psychologie entscheidend ist, und daß heute vorrangig eine „Neuaushandlung des Geschlechtervertrages" ansteht. Am wichtigsten ist für ihn die Frage „was rechtes Tun sein könnte", dieses wäre dann eigentlich Politik, das Individuelle, Psychologische, während das, was wir vordergründig unter Politik verstehen, im Grunde keine Politik sei, „weil die Herzen dort nicht sind". Seiner optimistischen These, „daß wir längst gewonnen haben und es immer noch nicht wissen", würde ich mich gerne anschließen, allein, mir fehlt der Glaube...

„Wollen wir leben?"

Demgegenüber betonte Rudolf Bahro am Freitag, „daß der Kapitalismus das gottferne Zeitalter ist. Wir haben die Wahrheit verfehlt, der Westen sucht sie gar nicht mehr". Die wichtigste Aufgabe sieht er darin, zur Wahrheit zurückzufinden, wozu Kommunitäten keine Endziele sind, sondern Mittel, bei denen die Selbstveränderung der Mitglieder entscheidend ist.

Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften sind für ihn eine Möglichkeit, nach einer geistig fundierten Ordnung zu suchen, die mit den Gesetzen des Lebens übereinstimmt. Sie sollen „modellhaft vorwegnehmen, wie der Mensch auf der Erde leben könnte". Für ihn stellt sich nicht in erster Linie die Frage, wie wir überleben, oder wie wir leben wollen, sondern: „Wollen wir leben?". Für kommunitäre, subsistenzwirtschaftliche Strukturen in der DDR sieht er unter anderem deswegen Chancen, weil die drohende Massenarbeitslosigkeit es auch auf Regierungs- und Verwaltungsebene interessant machen könnte, statt langdauernder Arbeitslosenunterstützung Hilfen zur Existenzgründung für solche Projekte zu geben („Kooperative mit Staatshilfe").

Am Freitag und Samstag fanden dann, parallel zueinander, viele Kleingruppen statt, in denen sich bestehende und entstehende Gemeinschaften vorstellten. Aus dem Westen waren vertreten: UFA-Fabrik Berlin (mit ihrer hervorragenden Samba-Gruppe und Charly dem Chaplin), Kommune Niederkaufungen, Sozialistische Selbsthilfe Köln/SSK, Lebensgarten Steyerberg, Basisgemeinde Wulfshagenerhütten, Neue Wege Weikersheim, Lernwerkstatt Niederstadtfeld und Emmaus Zentrum Dachsberg, außerdem die entstehenden Gruppen Selbstversorgung als Selbstbestimmung (Jörg Sommer), Selbstversorgung, Therapie und Meditation (Erich Scheurmann), Gemeinschaft von Verrückten und Normalen (Hans Luger), Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung (Projekt Meiga), Tao Oasis (Antinous e.V.) und Psychotherapeutische New Age Kommune (Klaus Stelzer), außerdem wurde das Konzept der Permakultur vorgestellt, und der indianische Geschichtenerzähler Manitonquat sprach.

Aus der DDR stellte Reinhard Schade die seit 60 Jahren (!) bestehende biologisch-dynamisch wirtschaftende Hofgemeinschaft Marienhöhe vor, VertreterInnen einer nach indianischen Grundsätzen lebenden Gemeinschaft natürlicher Menschenwesen waren anwesend, sowie einige Menschen, die konkret am Aufbau von Projekten in der DDR arbeiten. Einen wichtigen Raum nahm dabei der „Dachverband Öko-Dorf e.V." der DDR ein, der gemeinsam mit der Initiative „Ökologische Siedlung Ost-West" (Arbeitsgruppe innerhalb des „Informationsdienst Ökodorf e.V.") den Aufbau von Ökodörfern in der DDR anstrebt. Sloma aus Polen, aus dem entstehenden Ökodorf in Dabrowka (nahe der sowjetischen Grenze) kam mit seinen Trommeln; überhaupt gab es erfreulicherweise viele TeilnehmerInnen, die kulturelle Beiträge beisteuerten (Musik, Gedichte...), damit ein Stück Freude und Entspannung vermittelten, was ein angenehmer Ausgleich zu dem mit Gesprächen und Vorträgen prall gefüllten Programm war.

Auf alle Gruppen einzugehen ist hier nicht möglich (wir hoffen, für eine geplante Nachbereitungsbroschüre viele spannende Beiträge zu bekommen), darum nur einige Aspekte, die mir besonders wichtig erscheinen.

Politische Einflußnahme

Eine Frage, die immer wieder auftauchte, war die nach der materiellen Beziehung zwischen Gemeinschaftsprojekten und Gesellschaft. Die BefürworterInnen einer möglichst weitgehenden Selbstversorgung verstehen den damit praktizierten Konsumverzicht als politische Aktion, als tägliche Absage an die zerstörerische Industriegesellschaft. Andere werfen ihnen vor, sie würden sich damit von der Gesellschaft abkoppeln, in Nischen verkriechen und keinen Einfluß mehr nehmen. Abgesehen davon, daß größere Selbstversorgungsmodelle bisher nicht existieren – am radikalsten versucht es meines Wissens das SSK – ist mir dabei nicht klar, warum der Austausch mit der Gesellschaft und der politischen Einflußnahme auf diese über Warenbeziehungen vermittelt sein sollte. Um ein gewisses Maß an materiellem Austausch kommt sowieso keine Gemeinschaft herum; wenn sich dieser über Waren vollzieht, die auch eine message beinhalten (wie z.B. das Einsammeln von Küchenabfällen durch's SSK, die Seminare über Spiritualität und Politik in Niederstadtfeld, das hochwertige Holzspielzeug der Basisgemeinde Wulfshagenerhütten) – umso besser. Aber das ist nicht die eigentliche politische Aktion, die findet jenseits des Verkaufs von Waren und Dienstleistungen statt (z.B. AKW-Blockaden durch Mitglieder der Basisgemeinde Wulfshagenerhütten). Interessanterweise werden die Auseinandersetzungen über diese Frage am heftigsten von noch nicht in Gemeinschaften Lebenden geführt; bestehende Gruppen scheinen mir viel gelassener damit umzugehen, vielleicht weil die Realität weniger Wahlmöglichkeiten läßt als die theoretische Erarbeitung von Konzepten.

Interessant war auch die in einem Podiumsgespräch aufgeworfene Frage, warum sich so wenige Menschen wirklich einer Gemeinschaft anschließen. Viele Kommunen könnten ohne weiteres noch mehr Miglieder aufnehmen, werden auch gerne von Interessierten besucht, aber den endgültigen Schritt in eine andere Lebensform wagen nicht viele. Eine Ausnahme ist z.B. der Lebensgarten Steyerberg, der die vielen Einzugswilligen gar nicht mehr aufnehmen kann. Dort gibt es allerdings weder eine gemeinsame Ökonomie, noch kommunitäre Wohnformen (sie verstehen sich nicht als Kommune). Das Verbindende sind Toleranz und Spiritualität, die nicht auf eine bestimmte Glaubensrichtung festgelegt ist. Da „richtige" Kommunen (Niederkaufungen, SSK, Wulfshagenerhütten usw.) sowohl die Sehnsucht nach Geborgenheit als auch Ängste vor einem Verlust individueller Freiheiten ansprechen und ihren Mitgliedern viel mehr Veränderung ihrer Lebensgewohnheiten abverlangen als „unverbindlichere" Gruppen (z.B. Lebensgarten Steyerberg, Neue Wege Weikersheim), scheint mir die unterschiedliche Anziehungskraft der Gruppen verständlich (ich seh' bei mir auch eine Menge Ängste vor dem, was ich „eigentlich" will und für notwendig halte). Nur darf dies, denke ich, nicht dazu führen zu bewerten, zu meinen, eine Gemeinschaft mit großem Zulauf sei „besser" als eine andere, die sich mehr bemühen muß, neue Mitglieder zu finden. Wie weit sich jedeR Einzelne von der Gesellschaft entfernen mag, ist eine sehr individuelle Entscheidung, die sicher viel mehr von der persönlichen Lebensgeschichte und dem jeweiligen Erfahrungshintergrund abhängt als von theoretischen Einsichten, wie fundiert sie auch sein mögen. Darum bin ich skeptisch gegenüber Versuchen – die von verschiedenen Seiten auch in Kleinmachnow anklangen – Kriterien festzulegen, an denen Gemeinschaften gemessen werden sollten. Viel wichtiger scheint mir, daß Alternativen zum System wachsen und entstehen. Wenn wir es schaffen, größere Gemeinschaftsprojekte (ökologische Modellsiedlungen, Ökodörfer, oder wie auch immer sie sich nennen werden) aufzubauen, könnten sich innerhalb solcher dörflichen Strukturen unterschiedliche Gruppen ansiedeln und in guter Nachbarschaft miteinander leben. So ein soziales Umfeld könnte vielleicht auch manche Gruppenkonflikte entschärfen, die sich aus einer starken Abhängigkeit der Projektmitglieder untereinander ergeben können, wenn sie relativ isoliert in einer „normalen" Umgebung leben.

Insgesamt war die Atmosphäre der Begegnung trotz unterschiedlicher Vorstellungen sehr angenehm, überwiegend geprägt vom Wunsch nach Gespräch und Austausch. Sicher trugen auch die allmorgendlichen Angebote für Körper und Seele (Meditation, Chanting usw.) dazu bei. Die Freude, ja Dankbarkeit vieler TeilnehmerInnen, von denen einige in einer Abschlußrunde betonten, wie wichtig die Erfahrung dieses verlängerten Wochendendes für sie gewesen sei, war eine echte Belohnung für uns oft reichlich gestreßte OrganisatorInnen. Ich glaube, wir haben mit diesem Treffen für viele Menschen einen Anstoß geben können, sich nun selbst auf die Suche nach anderen, gemeinschaftlichen Lebensformen zu machen. Als zum Abschied die japanische Gruppe um Akira Ito spielte – der auch die Musik zu dem Film „Die Prophezeiung der Hopi" gemacht hat, der von einem Vertreter von „Land und Leben e.V." gezeigt wurde – , war etwas von der großen Sehnsucht spürbar, die wohl jedeN umtreibt, auf der Suche nach Nähe, Eins-Sein, Weite, Freiheit...

Sind wir «Missionare und Propagandisten»?

Was in Kleinmachnow gelaufen ist, war ein Angebot an Interessierte. Das, was in den Nischen der Marktwirtschaft an Gemeinschaftspraxis und -theorie entwickelt werden konnte, nun auch denen verfügbar zu machen, die diese Möglichkeiten bisher nicht hatten, halte ich für legitim und notwendig, zumal ja die Privilegien der „Westler" nicht zuletzt auch auf Kosten der „Ostler" entstanden, mensch denke z.B. an die ungleiche Verteilung der Folgen des 2. Weltkrieges. Wenn nun das Kapital massiv in die DDR und die anderen osteuropäischen Staaten eindringt und damit weltweit fast unangefochten das Wirtschaftsleben dominiert, was eine massive Bedrohung auch der letzten ökologischen und kulturellen Ressourcen bedeutet, ist es eigentlich höchste Zeit, dem im Rahmen unserer Möglichkeiten etwas entgegenzusetzen. Und da reicht es meiner Meinung nach nicht, aus kommune-individuellen Kuschelecken das Geschehen zu beobachten. Das soll keine Kritik an bestehenden Gruppen sein (die mir als noch immer allein Lebende ja auch nicht zusteht); Uwe Kurzbein hat vollkommen recht, wenn er schreibt, daß „in Kommunen Politik zu leben" bedeutet, „seine politischen Inhalte durch seine Tat, durch sein Leben darzustellen". Nur das zählt wirklich, das gelebte Leben, nicht das Propagieren der großen Ausstiegsutopien. Wahrheitskrämer laufen genug herum, und manchmal zieh' ich auch die schreibende Hand zurück, wenn ich merke, daß mir die Worte zu groß geraten; erinnere mich daran, daß Schweigen und bei mir selbst mit der Veränderung beginnen wohl der richtigere Weg wäre (den ich schon im Moment, wo ich dies aufschreibe, nicht gehe). Mich drängt aber auch die Expansion des profitorientierten Industriesystems, angesichts dessen ich eine möglichst breite Gegenbewegung für ganz wichtig halte. Ich habe 2 Kinder und finde es – wenn ich mich wirklich auf die Dimension des Geschehens einlasse, die ja eigentlich jede menschliche Fantasie sprengt – unerträglich, sie in einer Welt zu wissen, die ihnen vielleicht nicht mehr erlauben wird, selbst Kinder zu haben, ihre Zukunft zu erträumen, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Manchmal wird mir apokalyptische Panikmache vorgeworfen. Ich frag' mich aber, ob nicht – auch in der Szene – eine permanente Verdrängung der ganz realen Bedrohung stattfindet, einfach weil es zu schmerzlich ist, ihr ins Auge zu sehen und auch den eigenen Anteil, die Mitverantwortung für die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zu akzeptieren (als ersten Schritt zur Veränderung).

Begegnung und solidarische Lebensgestaltung

Darum unser „Eindringen" in die DDR mit dem Ziel, dort größere ökologische Modellsiedlungen aufzubauen, die eine politische Wirkung auch über die Projektgrenzen hinaus haben sollten. Vornehme Zurückhaltung würde bedeuten, bedingungslos vor dem Siegeszug der Marktwirtschaft zu kapitulieren. Und das große Interesse, auf das wir in der DDR trafen, bestätigt unser Vorgehen. Zumal ja aus der DDR selbst – unabhängig von uns – Impulse zur Gründung von Ökodörfern kommen. Natürlich ist die DDR – im Weltmaßstab – ein kleines Land, ein Ökodorf, selbst wenn es ein paar hundert Hektar umfasst, weniger als der Tropfen auf dem heißen Stein. Ich glaube aber mit Rudolf Bahro daran, daß eine Rettung – wenn sie denn noch möglich sein sollte, aber Pessimismus ist mit Sicherheit tödlich – letztlich nicht materiell, sondern durch eine weltweite Veränderung der Bewußtseinsenergien vorstellbar ist. Das hat nichts zu tun mit diesen vielen schönfärberischen, entpolitisierenden New-Age-Versprechungen, die – käuflich wie Ablaßbriefe – das Gewissen entlasten. Bewußtsein drückt sich immer auch materiell aus. Nicht das Beschwören der Erdverbundenheit, sondern die Arbeit in der Erde mit den eigenen Händen – nicht die Behauptung der Einheit mit allen Lebewesen, sondern die Begegnung und solidarische Lebensgestaltung mit ganz konkreten Menschen ist entscheidend. Dazu könnten Ökodörfer einen Beitrag leisten, wenn sich genug Menschen finden, die bereit sind, ihr Leben den Erfordernissen der Erde anzupassen, gerade hier, mitten im Herzen des Moloch „Zivilisation". ●

Die Vorbereitungsbroschüre dieser Ost-West-Begegnung (150 Seiten DIN-A-4) mit theoretischen Beiträgen zu Kommune, Politik, Landwirtschaft, Selbstversorgung usw., Projektbeschreibungen und -adressen könnt Ihr für 12,- DM bestellen beim
Buchversand des Informationsdienst Ökodorf e.V.
Ginsterweg 3, D-3074 Steyerberg.

STIMMEN UND STIMMUNGEN AUS DER ABSCHLUSSRUNDE

»Ich hab' mich gefreut, wieviel Kultur zum Schluß gekommen ist. Ich war am Anfang etwas traurig, daß es nur so ein Diskussionstreffen war, aber ich hatte auch gehofft, daß viele etwas Eigenes – Ideen, Musikinstrumente, Lieder – mitbringen!«

Ingrid, Dresden

»Ich fand das Treffen hier sehr interessant als ein erstes, mit diesem Charakter des Marktes, wo viele Ideen sich einfach vorstellen. Wenn so etwas öfter stattfindet, würde ich mir wünschen, daß aus dem, was die Bürger der DDR sind, also was sie sich wünschen, daß da auch mehr mit reinkommt.«

Angelika, West-Berlin

»Ich hab' mich hier sehr wohl gefühlt und bin ziemlich ergriffen von der Gesprächskultur, die hier stattgefunden hat. Es ging keineswegs darum, sich Argumente an den Kopf zu schleudern und sich zu streiten. Ich habe in den Gruppen erlebt, daß eine größere Möglichkeit entstanden ist, Ideen aufzunehmen und einander zuzuhören, und daß wir auf diese Weise zu einem stärkeren Verständnis finden können und gefunden haben. Und ich bin durch viele kleine Dinge hier bereichert worden. Ich hab' äußerlich keinen weiteren Schritt in Richtung Kommune getan, aber Kommune muß im Herzen wachsen und da merke ich sehr stark, daß ich weitergekommen bin, und das ist für mich ein realer Schritt.«

Matthias, Kassel

»Ich hatte, bevor das hier stattfand, bevor ich ein bißchen was wußte, was man tun kann, um dieser ganzen Entwicklung etwas entgegenzusetzen, eine ziemliche Krise, und die hab' ich so nach und nach für mich überwunden. Daran hat diese Veranstaltung einen großen Anteil.«

Frau, Ost-Berlin

»Ich wollte als erstes als Mutter sagen, ich glaube, Andreas hat sich hier unheimlich wohl gefühlt, und damit hab' auch ich mich wohl gefühlt. Ich hab' ihn noch nie so gelöst und frei erlebt, und ich glaub', daß das so ein Vorausblick war, falls wir wirklich mal in eine Kommune einsteigen können. Zunächst hab' ich mir mehr Begegnung gewünscht und war enttäuscht, habe dann aber begriffen, daß ich mit kommunewilligen Leuten auch gleich kommunereife Leute erwartet habe, also Leute, die schon in der Lage sind und perfekt beherrschen, miteinander zu kommunizieren. Ich habe dann den Weg gewählt, auf Leute privat zuzugehen. Daran, wie schwer es mir fällt, hier heute abzufahren, merke ich, daß ich mich doch sehr wohl gefühlt habe.«

Doris, DDR

»Ich bin hier so ein bißchen wie ein Fremdkörper rumgeschwirrt; ich hab' ein bißchen schmerzlich empfunden, wie wenig gemeinschaftsfähig ich eigentlich bin, wie ganz groß die Sehnsucht natürlich ist, aber wie schwer es mir überhaupt fällt, mich auf eine gemeinsame Fröhlichkeit einzulassen, wie sehr ich mich doch an meiner individuellen Traurigkeit festhalte.«

Mann, Braunschweig

CHANCEN FÜR KOMMUNITÄRES LEBEN IN DER DDR

„Gottvertrauen" in die sozialistische Idee

„Es ist die Hoffnung auf die Möglichkeit guten Lebens". Ein Interview mit Rudolf Bahro.

CONTRASTE: Du bist einer der Ideengeber für diese:„Ost-West-Begegnung selbstorganisierte Lebensgemeinschaften" gewesen. Was sind deine Erwartungen?

Rudolf Bahro: Bei diesem Treffen habe ich gedacht, daß dies ein intensiver Erfahrungsaustausch werden wird, ein Versuch, die doch sehr unterschiedlichen Psychologien miteinander in Kontakt zu bringen. Ich glaube, daß das existenzielle Engagement von kommunitären Projekten in der DDR anders akzentuiert ist als in der Bundesrepublik.

Inwiefern anders?

Konzepte von „anders leben" waren in der DDR – so seltsam es auch klingen mag, und selbst wenn die jüngeren Leute oft schon sehr weit davon entfernt waren – doch irgendwie auf der Jagd nach sozialistischen Idealen, die von der Partei nicht realisiert wurden. Die Idee des Kommunismus, des Sozialismus, war hier bis zur Phase des Umbruches alles andere als antisozialistisch.

Bei diesem Treffen hier in der DDR fühle ich mich an die Kommune-Bewegung, die Hippie-Bewegung in der Bundesrepublik vor 15 Jahren erinnert. Was ist eigentlich der eigene Anteil der Menschen in der DDR, die hier kommunitäre Strukturen aufbauen wollen? Aus welcher Identität und Erfahrung können sie schöpfen?

Ich denke, daß zum Beispiel bei den Menschen in der DDR, die sich auf die indianische Szene beziehen, schon seit langer Zeit der staatssozialistische Gedanke überwunden war. Bei denen, die sich erst seit dem Zusammenbruch der „Staats-Kommune" mit kommunitären Ideen beschäftigen, ist dies natürlich anders, obwohl Sozialismus und Staats-Sozialismus in den Köpfen der Menschen doch nie ganz dasselbe gewesen ist. Man wußte, daß die sozialistische Idee in dieser Staatsform entfremdet ist. Es ist wirklich kein Zufall, daß gerade die Bewußteren mit SED-Hintergrund – egal ob PDS oder Ausgetretene – in Wirklichkeit unter Sozialismus und Kommunismus viel eher Kommune als Staat verstanden haben. Ich entsinne mich, während meines vierten Studienjahres 1958, als von China her diese Volkskommune-Idee aufkam, wußte mindestens die Hälfte von uns, daß es in diese Richtung gehen müßte, ohne viel Wissen um das, was in China wirklich passierte. Es ist komisch: Wir waren von der Landauer'schen Formel „aus dem Kapitalismus austreten, heißt aus der Fabrik austreten" wirklich weit entfernt. Aber daß der Sozialismus keine Fabrikgesellschaft sein sollte, keine Wirtschaftsgesellschaft, und daß die wachsende Rolle des Staates die des Teufels ist, das haben die meisten Leute, der denkende Teil, immer gewußt. Die Übertragung auf eine sozialistische Idealität, verstärkt dadurch, daß der ökologische Gedanke immer mehr durchdringt, immer mehr an die erste Stelle tritt gegenüber der sozialen Seite, das kommt natürlich diesem geistigen Prozeß zugute. Ich könnte mir vorstellen, daß hier in der DDR in bestimmter Hinsicht die Kommune-Idee einen solideren Charakter bekommt. Solide heißt vielleicht auch „erdhafter", weil die DDR auf einen sozialen Engpaß erster Ordnung zuläuft. Der Zwang der Umstände führt auch jene Leute dahin, die schon mal dran gedacht haben, daß es nicht unbedingt der Job sein muß um an die Brötchen heran zukommen.

Gestern bei Deinem Vortrag und der anschließenden Diskussion war allgemeiner Konsens, daß man zum Beispiel bewußter leben soll...

Das war gebongt.

Es war allen Leuten klar, daß die ökologische Krise kommt. Und dann kam zum Beispiel so ein Wort wie Gottvertrauen in die Diskussion. Da denke ich erstmal „hoppla". Wir haben und hatten immer unsere Leitbilder, unsere Apokalypsen, der schreckliche, ausbeutende Kapitalismus z.B. usw.. Jetzt haben wir die Apokalypse des ökologischen Todes dieser Erde – da Gottvertrauen auf die eigene Kraft zu bauen, das kommt mir doch seltsam vor.

Das ist ein westliches Problem...

Das mag ja sein, aber trotzdem empfinde ich es so.

Da bin ich froh, daß dieses Problem in der DDR so nicht existiert. Das hängt wirklich damit zusammen, daß dieses Gefühl, da bin ich ziemlich sicher, daß dies nicht mein privates ist, wenn ich sage: Wir haben die Wahrheit verfehlt, und sie wird noch nicht einmal gesucht, was die Gesamtgesellschaft betrifft, und dies bezieht sich nicht auf das Individuum. Dieses Gottvertrauen ist nicht das Vertrauen dem bärtigen Vati gegenüber, sondern das ist eine bessere Formulierung für Optimismus. Wenn nicht in einen möglichen guten Ausgang, dann darin ,daß der Weg gut ist, egal ob man gewinnt oder nicht.

Warum sind hier in der DDR bessere Bedingungen als in der Bundesrepublik, Kommunen und Lebensgemeinschaften aufzubauen? Ich höre oft von Leuten, daß die Bedingungen in der DDR für solche Unternehmungen besser sein sollen, und zwar in dem Sinne, daß sie hier gesellschaftlich eingreifen können.

Wir werden jetzt die Diskussion nicht korrekt hinkriegen, weil sie sehr viele Facetten umfaßt. Ich will als erstes etwas sagen, was vielleicht seltsam klingt: Es steckt darin, daß die Kommune-Perspektive eine Rückzugsmöglichkeitkeit für die sozialistischen Ideen hier in der DDR ist. Eine Rückzugsmöglichkeit gar nicht so absolut, nicht defätistischer oder pessimistischer Art. Ich habe 1974 ein Gedicht geschrieben über Lenins Gleichnis vom Besteigen hoher Berge. Das Gleichnis bezog sich auf die „Neue ökonomische Politik". Es besagte, daß ,wenn man versucht einen Gipfel zu besteigen und sieht, daß dort eine Steilwand ist, es da nicht hoch geht, dann muß man unter Umständen weit zurück gehen, um von woanders aus denselben Berg zu besteigen. Ich habe einmal Franz Alt ungeschützt geantwortet, als es darum ging, was ich eigentlich hier in der DDR will. Ich habe gesagt: Kommunismus oder Ökologie oder Ökologie und Kommunismus. Das zweite ist besser. Es ist deshalb besser, weil Kommunismus sich auf soziale Gerechtigkeit bezieht, auf soziale Kämpfe. Diese müssen jetzt eingeordnet werden in die Frage nach der Naturgerechtigkeit_ menschlicher Ordnung. Gewissermaßen an zweite Stelle treten, nicht im Sinne der Abwertung : Also Ökologie und Kommunismus. Und sobald diese Perspektive auf Stämme hingedacht wird, ist völlig klar, daß dies eine Wiederkehr von urgemeinschaftlichen Zuständen am anderen Ende der Geschichte sein muß. Johan Galtung geht davon aus, daß self-reliance (Selbstregulation, Anmerkung d. R.) die einzige Form ist, in der viele Milliarden Menschen auf dieser Erde leben können, ohne sie kaputt zu machen. Das bedeutet nicht, daß es überhaupt keine zentralen Institutionen mehr gibt, weil auch ein Haufen Kommunen weit über die Erde verteilt einen kommunitären Output haben, der zerstörerisch sein kann. Man muß sich schon begrenzen, man braucht dann Institutionen. Aber der Schwerpunkt wird in dieser Richtung liegen, also self-reliance auf eine doch allgemeinere Lebensform hin zu verfolgen. Wenn aber die stammesmäßige Perspektive von Interesse ist, dann wird dies natürlich auch verbunden sein mit einer Wiedervereinigung unserer psychischen Fakultäten. Das heißt, dann werden Körper und Geist zusammenhängen und Verstand und Seele zusammenkommen in einem Wesen, das über uns hinaus liegt. Etwa im Sinne von Pascal, der sagt: Der Mensch übersteigt nun endlich den Menschen. Was man soziologisch, statistisch feststellen kann, das sind Richtigkeiten, aber das ist noch nicht die Wahrheit über den Menschen, der vielleicht erst den halben Weg gemacht hat. Der Punkt ist ja der, daß in diesen Großgesellschaften der Mensch als Ganzheit so entmutigt ist, daß sich das Zusammenkommen dieser Kräfte nicht richtig äußern kann. Aber schon in Hinblick auf kleine Gemeinschaften drückt sich die Äußerung dieser Tendenz in dem Wort Gottvertrauen aus. Man kann es auch mit Feuerbach sagen: Da ist vom Menschen die Rede, der sich dann zutrauen kann, in dieser Gefängnishaftigkeit der Zustände, die wir uns gemacht haben – je bequemer desto besser –, nicht verloren zu gehen. Es ist die Hoffnung auf die Möglichkeit guten Lebens, die sich in diesem Gottvertrauen ausdrückt. Und wenn ich höre, wie manche aus der DDR darauf hinweisen, wer überall inzwischen Objekte wegkascht, die wir nicht kriegen – das ist genau die konkrete Alternative zu diesem Gottvertrauen. Wer jetzt sagt, „Es wird bestimmt nichts", wer davon aus geht, der wird es nicht schaffen. Es wird von denen kommen, die den Optimismus haben, daß es selbst in dieser Totalkrise Möglichkeiten gibt.

von links: Waldemar Schindowski, Elisabeth Voß, Rudolf Bahro

Foto: Thomas Buschmann

Es ist aber auf der anderen Seite so, daß hier Tafeln und Zettel aushängen, wo Projekte angeboten werden. Diese Angebote hängen aus und trotzdem finden die Menschen nicht zusammen.

Das sind vordergründig logistische und geografische Probleme, aber dies ist es nicht in Wirklichkeit. Der letzte Kommuneschub in der Bundesrepublik hängt ja doch mit 68 zusammen, mit diesem Selbstbestimmungskonzept, das aber noch in vieler Hinsicht von Rückwärts bestimmt ist. Es kam aber kaum zu einer Gemeinschaftlichkeit, wie sie mit dem Begriff des Stammes verbunden ist. Tendenziell fällt Kommune in der Bundesrepublik immer wieder zurück in Wohngemeinschaften, in ein Zusammenspiel von Individualisten. Und hier in der DDR besteht natürlich die Gefahr, daß man im Kollektivismus stecken bleibt. Das ist hier der Sumpf.

Glaubst du nicht, daß eine große Sehnsucht nach individueller Freiheit in der DDR besteht und eher Angst vor Kollektivismus?

Natürlich ist die Sehnsucht da und auch die Angst, aber der Wunsch, es mögen gute elterliche Instanzen da sein, die das für uns regeln, ist natürlich tiefer drin.

Das merkt man manchmal hier bei Diskussionen und Gesprächen. Als gestern eine Frau an den Staat appellierte: Die sollen uns doch unterstützen, die sollen uns doch Land geben. Das sind Dinge, wo du im Westen vielleicht garnicht von ausgehst. Mit einer bestimmten Erfahrung gehst du einfach davon aus, daß der Staat dir nicht groß hilft.

Es kommt natürlich auf das Individuum an. Da mag manchmal jemand sein, der jetzt einfach von den neuen Instanzen erwartet, was man von der SED nicht erwarten konnte.

Wie schätzt Du die ganze politische Auflösung in Osteuropa ein ? Welche Einflüsse werden auf den Westen wirken, da auch in Rußland und den anderen osteuropäischen Regionen und Ländern eine reiche Geschichte von Gemeinschaft und Spiritualität besteht.

Was auf der geistigen Ebene die Stunde schlägt, das ist, daß die vom Imperialismus ihrer Kultur beraubten Völker sich fundamentalistisch organisieren werden, mit allem Dreck, der damit hochkommt. Aber man muß erstmal begreifen, welche Notwendigkeit darin steckt. Da sie auf alte, im Grunde genommen – zumindest in ihrer Normalforn – verbrauchte Formen von Spiritualität zurückgreifen werden, zu asiatischen Verhältnissen, und zwar nicht im geografischen Sinne, sondern zu vormodernen Verhältnissen. In Osteuropa ist die Explosion von Individualität im Individualismus noch nicht passiert und zugleich fehlt kollektive Befangenheit: „Der Himmel ist hoch, der Zar ist weit". Der Kapitalismus ist für diese Länder nur Chaos, er zerstört die elementarsten Lebenszusammenhänge und dann steigt halt der Fundamentalismus auf. Das passiert nach der unvermeidlichen Enttäuschung von einen Sozialismus, der mit der Konzeption „wir holen den Kapitalismus auf und dann mal kurz über und dann auch noch vorbei" gescheitert ist. Ich würde aber sagen, daß dies sehr wenig ein DDR-Problem ist.

Wie weit bist du mit Deiner eigenen Kommune, mit der Wisssenschaftskommune?

Meine Kommune ist erstmal Niederstadtfeld. Die Kommune in Niederstadtfeld ist wiederum nicht meine, denn es gab sie vor mir. Sie ist erstmal eine Bildungsstätte, die „Lernwerkstatt". Im vorigen Jahr haben wir zum Beispiel jeden Donnerstag ein Thema zu den Grundlagen einer neuen Kultur des Menschen in dieser Gegend angeboten. In diesem Jahr steht im Mittelpunkt „Grundlagen ökologischer Politik". In Ostberlin mache ich erstmal das Gleiche. Ich hätte das in Niederstadtfeld bisher aber nicht Wissenschaftskommune genannt. Meine persönlichen Bindungen sind in Niederstadtfeld, dort habe ich mein kleines Kind, meine Frau, dort ist die Gruppe, mit der ich lebe. Zugleich geht es an der Universität in Ostberlin halt darum, einfach ein Institut anzusiedeln, an der Grenze der akademischen Seminarform und vom Denken als themenzentrierte Interaktion, wo der Körper beteiligt wird. Der Kern der Sache ist, wenn die Wissenschaft schief geht, dann muß das doch etwas mit den Wissenschaftlern zu tun haben. Dann muß es doch damit zu tun haben, wie wir mit unseren Erkenntnisorganen in der Welt umgehen. Wenn es also etwas damit zu tun hat, daß wir unseren „Computer", unseren „Bio-Computer" reduziert haben, wenn das der Mensch ist, dann muß es schief gehen. Es geht also um eine Bereinigung, Berechtigung der Begriffe. Das setzt voraus, daß das ganze Organ gereinigt wird, und dies bedeutet, daß Therapie und noch mehr Meditation der Zugang ist. Das ist Kant vom Rationalismus befreit, nicht von der Rationalität, von dieser Einschränkung auf aufgeklärten Verstand. Die jetzige Periode ist eigentlich die, daß der Mensch als Ganzer zu sich zurückkehrt und von dort aus Aufklärung betreibt. Das bedeutet primär Aufklärung nach innen, weil die Weltbilder, einschließlich die der Physik und Biologie, eigentlich davon abhängen, wie der Erkennende in der Welt ist. ●

Das Interview führten Elisabeth Voß und Waldemar Schindowski

ÜBER RUDOLF BAHRO

Rudolf Bahro ist ein Kind der DDR – oder, wie er selbst einmal in einen Interview gesagt hat: «Soviel auch davon die Rede ist 'SED tut weh!', ich muß doch erst einmal bekennen, so wie ich gebaut bin, wäre ich nicht ohne die SED. Selbst meine Kritik an ihr, die «Alternative», setzt die Partei voraus». Der berufliche und politische Werdegang des heute 55-jährigen, ist bestimmt durch den Aufbau der DDR, die Karriere eines mittleren SED-Kaders in den fünfziger und sechziger Jahren: Abitur, Studium der Philosophie von 1954-59 an der Humboldt-Universität in Ostberlin. Parallel dazu seit 1952 Kandidat, 1954 Mitglied der SED. Die berufliche Stationen waren Mitarbeit an einer Dorfzeitung beim Einsatz für die Kollektivierung der Landwirtschaft, danach bei der Universitätszeitung in Greifswald. Von 1962-65 arbeitete er als Referent beim Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft in Berlin und stieg dann zum stellvertretenden Chefredakteur der FDJ-Zeitschrift «Forum» auf. Beendet wurde die journalistische Arbeit beim «Forum» durch die Publizierung des Stückes «Kipper Paul Bausch» von Volker Braun, welches die Partei als schädlich befand. Rationalisierung und Organisation waren die weiteren beruflichen Schwerpunkte, zuerst in einen Ingenieurbüro, später beim Berliner Gummi-Kombinat. Die Realität in der DDR war des öfteren für Rudolf Bahro Anlaß sich zu Wort zu melden. Sei es 1956, während des Ungarn-Aufstandes, oder 1967, wo er in einem Brief an dem damaligen SED-Chef Walter Ulricht sich kritisch mit der «sozialistischen Demokratie und der Arbeiterselbstverwaltung unter den Bedingungen der DDR-Wirtschaftsorganisation» auseinandersetzte. Ergebnis war eine «warnende mündliche Belehrung». Höhepunkt der Kritik an der SED war der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im August 1968. Während dieser Zeit reifte auch der Gedanke, die Kritik fundiert in Form eines Buches darzulegen. In Nachtarbeit ist «Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus» entstanden. Den SED-Apparat bezeichnete er hier als «eine total vom Volk, von den Massen isolierte Maschine, von der unmöglich eine Inspiration ausgehen kann». Das 1977 in Westdeutschland herausgegebene Buch hatte Verhaftung und eine Verurteilung im Juni 1978 zu acht Jahren Freiheitsentzug zur Folge. Durch Solidaritätsaktionen im Ausland wurde er im Rahmen einer Amnestie zum 30. Jahrestag der DDR in die Bundesrepublik entlassen. Bahro schloß sich in Westdeutschland den «Grünen» an, deren Bundesvorstand er zwischen 1982-1984 angehörte, doch bereits 1985 verließ er die Partei. Daneben wissenschaftliche Arbeit an der Universität Bremen und Gastvorlesungen an der FU Berlin. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre wandte sich Bahro mehr und mehr meditativen Gedanken zu, führte in Worms ein Meditationshaus und zog schließlich in das Eifeldorf Niederstadtfeld, wo die Gemeinschaft «Lernwerkstatt» ist. Hier entstand auch sein Buch «Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik». In diesem 450 Seiten starken Werk geht es Bahro unter anderem um die Veränderung des Bewußtseins und nicht um das Kurieren von Symptomen, um das Zur-Kenntnis-Nehmen der ungebremsten Fahrt in die weltweite ökologische Katastrophe und um eine «Neuinstitutionalisierung» der Gesellschaft. Er fordert eine neue «spirituelle Autorität», eine «unsichtbare Kirche». Prompt riefen diese Thesen auch scharfe Kritik hervor. Robert Jungk schrieb, er habe «seit Jahren kein zeitgenössisches Werk gelesen, das mir so gefährlich erschienen ist». In Folge des Umbruchs in der DDR kehrte Bahro Ende letzten Jahres nach Ostberlin zurück. Dort trat er auch gleich Mitte Dezember auf dem SED-Parteitag als Redner auf und weckte mit seinen Gedanken bei den anwesenden GenossInnen eher Unmut und Ablehnung als Zustimmung aus. Neben seiner weiteren Arbeit in Niederstadtfeld soll Rudolf Bahro als einen Akt der «Wiedergutmachung» eine Professur an dem eigens für ihn eingerichteten «Sozialökonomischen Zentrum» der Humboldt-Universität in Ostberlin erhalten. Auch wurde mittlerweile das Urteil von 1978 gegen ihm aufgehoben. Während der Verhandlung im Juni diesen Jahres, wo ihm sein ehemaliger und jetziger Anwalt Gregor Gysi – im Nebenberuf PDS-Vorsitzender – zur Seite stand, ging Bahro auch mit seiner eigenen Rolle ins Gericht. Beim Verfassen des Buches «Die Alternative» hatte er nicht «vor der Verhaftung Angst, sondern davon, erwischt zu werden, bevor ich berühmt geworden bin». ●

Waldemar Schindowski

INTERVIEW

Das ist indianische Art: Die offenen Hände

Der Versuch, als Naturmensch in Mecklenburg zu leben

Georg: Ich wollte aussteigen aus der Gesellschaft, weil ich mich durch jede Arbeit, die ich gemacht habe, mitschuldig an der Umweltzerstörung gefühlt habe. Das Ziel war es, sich selbst zu ernähren und selbst zu versorgen. In Mecklenburg habe ich dann ein Gelände gefunden und mit den Bauern Kontakt aufgenommen.

CONTRASTE: Ich stelle mir die Situation in der DDR so vor, daß es in der Vergangenheit sehr schwer war, an bestimmte Informationen heranzukommen und die Reisemöglichkeiten waren doch auch sehr eingeschränkt. Was war der konkrete Anlaß, mit dieser Zielrichtung zu leben?

Das kommt von innen heraus, von der Mentalität. Wir sind halt nicht solche Typen, die sich was sagen lassen und dies zu ihrer eigenen Meinung machen. Wir haben selbständig über die Natur, den Menschen nachgedacht, haben später Bücher über Indianer gefunden und festgestellt, daß die die gleichen Ansichten haben wie wir.

Waren das westliche Bücher?

Unterschiedlichste Bücher, es gab auch welche bei uns. Später haben wir auch Bücher von drüben bekommen, es gingen immer wieder welche über die Grenzen. Der Unterschied besteht darin, daß wir nicht die Indianerbücher gelesen und es dann genauso gemacht haben, sondern wir haben festgestellt, daß wir parallele Meinungen haben.

In der DDR bestand ja bisher der Zwang zur Arbeit. Wie konntet Ihr Eure Ideen eigentlich umsetzen? Seid Ihr einfach aufs Land gegangen und habt Euch dort hingesetzt...

Erstmal muß du ziemlich selbstbewußt sein, vor nichts Angst haben. Du mußt deinen Weg suchen und dann gehen. Und wenn du dann gehst, dann stellen sie dir Hindernisse in den Weg. Wir hatten erstmal genügend Land, um uns zu ernähren. Wenn die dann kamen und fragten, warum wir nicht arbeiten gehen, dann habe ich halt gesagt: „Weil ich mich selbst ernähren kann". An sich ist das ein geistiger Guerillakrieg. Du mußt mitspielen, um auszusteigen, besser spielen als die anderen.

Wie zum Beispiel ist so ein Spiel abgelaufen?

Du mußt denen sagen, was sie hören wollen. Dann sind sie beruhigt, und du kannst deinen eigenen Weg gehen. Zum Beispiel unser Camp, eine abgeschiedene Ecke, die keinem gehört, das ist ein Russen-Übungsplatz. Auf dieser Stelle machen wir unsere Camps. Davon wußte keiner – wahrscheinlich ist das mittlerweile anders – aber bis die das mitkriegen, sind wir wieder weg. Wir fahren dort mit Pferdewagen hin, und die können mit ihren Autos nicht so schnell dorthin, weil es ein Sandgebiet ist.

Wie lange gibt es euch eigentlich als Gruppe?

Ich bin seit 13 Jahren dabei. Wir sind schon seit langem zusammen, weil wir die gleichen Grundlagen haben, das gleiche Ziel. Wir haben diese Revolution, die jetzt stattgefunden hat, ausgenutzt. Vorher hat es viel Zeit gekostet, bis wir viele Familien auf einem Raum vereinigen konnten. Nur dann kannst du als Gemeinschaft zusammenwachsen, wenn du zusammen lebst. Damit wir zusammenziehen konnten, haben wir dieses Durcheinander, dieses Vakuum der Revolution, ausgenutzt. Wir sind einfach zusammengezogen und konnten durch Umstände ein Bauernhaus kaufen. Desweiteren konnten wir unser Land erweitern, früher durfte man pro Person nur einen Hektar haben, und jetzt haben wir 10 Hektar. Das Wichtigste ist für uns Land, eigener Boden, wo wir unsere Selbstversorgung verwirklichen können, unsere Pferde und Schafe züchten können.

Wieviel Leute seid Ihr denn insgesamt als Gruppe?

Unser harter Kern sind insgesamt acht Männer, vier Frauen und sechs Kinder.

Wollt Ihr Euch vergrößern?

Wir als Kern müssen erst zusammenwachsen, damit wir uns erweitern können. Wir wollen nicht massenweise Leute, bunt durcheinander gewürfelt. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß das nicht gut geht. Dieser Kern muß erstmal gären, das ist wie ein Gärungsprozeß, zusammenwachsen im Alltag. Wenn Probleme bei uns auftauchen, dann werden die gleich auf den Tisch gelegt und ausdiskutiert. Und wenn dieser Kern gefestigt ist, durch alle Gefahren, durch alle Kämpfe, dann kann man sich erweitern.

Du hast gerade gesagt Kämpfe. Was für Kämpfe werden das denn sein ?

Politische Kämpfe. Wir haben uns informiert, über die westlichen Gruppen, was auf uns zukommt, über die westliche Kultur. Wir hatten diesen Kommunismus, wir konnten ihn einschätzen, haben erfolgreich gegen ihn gekämpft und sind jetzt als Gemeinschaft zuversichtlich. Ein Beispiel: Wir leben jetzt in Tipis, das ist im Westen verboten. Eine Zigeunerin hat mir erzählt, daß die noch nicht mal in ihren Wohnwagen leben dürfen. Der Staat übt eine ziemliche Diktatur aus, der will eben bestimmen, wie man zu leben hat, der hat ein bestimmtes Schema, in das du reinpassen mußt. Wir wollen im Sommer weiterhin in Tipis leben, und das werden sie uns vielleicht verbieten wollen. Das sind dann diese Kämpfe, wo wir dagegen angehen müssen, entschieden, auch wenn sie uns unsere Kinder wegnehmen wollen, weil sie vielleicht in ihren Augen „milieugeschädigt" sind. Das betrachten wir als Kämpfe, daß wir als Männer, als Familien, dies nicht zulassen werden.

Ihr lebt von der Landwirtschaft?

Wir sind dabei einen Kreislauf zu finden und uns von Landwirtschaft selbst zu versorgen. Weil wir noch im Aufbau sind, müssen wir noch etliche Sachen kaufen. Aber wir haben unsere Bedürfnisse dermaßen weit zurückgeschraubt, daß wir mit ganz wenig Geld auskommen und das meiste Fleisch und Gemüse selbst haben.

Ihr schlachtet auch selber?

Ja, natürlich. Wir verarbeiten selber, wir trocknen Gemüse, legen es ein und konservieren.

Ihr sagt, daß ihr religös seid. In welche Richtung denn, christlich fundamental, oder was?

Foto: Thomas Buschmann

Mit Christentum haben wir nichts zu tun. Wir fühlen uns als Naturmenschen, als natürliche Menschenwesen, wie Indianer, wie die Negerstämme, wie die Lappen in Finnland. Das heißt, wir orientieren uns an der Kultur der nordamerikanischen Indianer, weil unsere eigene Kultur der Germanen ausgelöscht worden ist. Da gibt es keine Beziehungspunkte mehr. Wir betrachten die Erde als unsere Mutter, Pflanzen, Tiere und die anderen Völker als unsere Brüder. Wir versuchen mit denen im Einklang, in Harmonie zu leben, sie nicht nur als Rohstoffquelle zu benutzen. Unsere Religon ist die der Naturvölker, wir versuchen uns an denen zu orientieren, unsere eigene Identität in diesem Land zu finden. Gerade die nordamerikanischen Indianer haben eine Beziehung zu uns und wir zu ihnen. Wir fühlen uns zu denen hingezogen, haben viele gemeinsame Gesichtspunkte. Wir doubeln die natürlich nicht, wir übernehmen keine Pfeifenzeremonie von denen.

Wie wirken eigentlich auf Euch hier die westdeutschen Gruppen, dieses Angebot der verschiedensten Richtungen?

Wir haben festgestellt, daß die westdeutschen Gruppen nicht auf gewisse materielle Sachen verzichten wollen, aber trotzdem für die Ökologie sind. Das beißt sich irgendwie, das ist eine halbe Sache. Wir haben noch keine Gruppe getroffen, die sich direkt der ökologischen Zeitfrage stellt.

Hier auf diesem Treffen wird viel von Ökologie geredet und auch, daß eine ökologische Krise kommt, die man über die verschiedensten Wege versucht zu verhindern. Ihr seid ja sehr nah an die Umwelt, den Tieren und Pflanzen. Habt Ihr auch solch eine Angst?

Wir sehen das nicht als Umweltkatastrophe wie die zivilisierten Menschen, die es als Katastrophe betrachten, wenn ihre Zivilisation zusammenbricht. Die Naturmenschen und auch wir betrachten es als Reinigung der Erde, denn keine Zivilisation – ob das die östliche oder westliche ist – hat es bisher geschafft, daß die Menschen in einem vernünftigen Einklang mit der Natur leben. Wir haben keine Angst, sondern wir bereiten uns praktisch darauf vor.

Ich stell mir das ganz schwer vor, wie Ihr so lebt, wo doch die anderen ringsherum ganz anders leben.

Wir leben ja nicht herausgelöst aus dieser Gesellschaft. Wir lösen uns innerlich heraus , äußerlich sind wir auf dem Weg dazu. Wir haben erstklassige Beziehungen zu Bauern, wir werden in unserer Kleinstadt geachtet. Natürlich haben wir auch unsere Indianer-Hasser, unsere Rassisten, aber mit der großen Masse kommen wir in Harmonie aus. Zum Bespiel haben wir uns draußen im Gelände eine Schwitzhütte gebaut. Es gibt verrückte Mopedfahrer, die da rumfahren, aber es gibt auch Erwachsene die ihren Kindern erzählen, daß dies eine indianische Schwitzhütte ist, die sie mit Respekt behandeln müssen. Unsere Kinder gehen mit denen auch in die Schule. Natürlich werden sie von manchen etwas komisch angeguckt, aber die Kinder müssen da selber durch. Wir wollen auch nicht unseren Kindern unsere Gedanken aufzwingen. Unsere Kinder sollen selbst entscheiden, welche Welt für sie richtig ist. Wir wollen sie nicht absolut abschotten von der Zivilisation. Sie sollen sie kennenlernen und vergleichen. Wir zwingen auf jeden Fall keins unserer Kinder, so zu werden wie wir, wir lassen ihnen diese Entscheidung frei. Das ist indianische Art: Die offenen Hände. ●

Das Gespräch führte Elisabeth Voß und Waldemar Schindowski

WEG ZUR GEMEINSCHAFT

Das Feuer nicht ausgehen lassen

Das Treffen in Kleinmachnow war mehr als eine Begegnung – es könnte der erste Schritt auf dem Weg zur Erprobung einer Gemeinschaft gewesen sein.

Dieter Halbach, Ökodorf e.V. ● Gemeinschaft entsteht, wo Gemeinschaft sich ereignet... das war für mich und viele andere das Erlebnis von Kleinmachnow. Viele haben einen großen Schritt auf dem Weg in eine Gemeinschaft getan, denn ihre mögliche Kraft war überall spürbar. Hätte die Möglichkeit bestanden, in Kleinmachnow zu bleiben, viele wären geblieben.

Könnte so der Beginn eines Ökodorfes aussehen? Ohne deutsche Gründlichkeit, ermüdende theoretische Trockenübungen, fertige Konzepte? Wann ist der richtige Zeitpunkt für einen Sprung ins Wasser, ohne darin unterzugehen?

Ursprünglich war ich sehr skeptisch, was so ein großes Treffen für den Aufbau eines Ökodorfes bringen kann. Es schien mir unmöglich, das Chaos der unterschiedlichen Hintergründe und Erfahrungen zu sinnvollen und praktikablen Wegen zusammenzufügen. Und sicherlich ist der Weg auch noch weit und nie für alle gleich. Doch er wird gar nicht gangbar sein, wenn wir versuchen, im luftleeren Raum uns über gedankliche Konzepte zu einigen. Die zerbrechen spätestens im Moment der Realisierung, meistens kommen sie gar nicht so weit. So viele mögliche Wege zur Gemeinschaft werden angeboten und gegeneinandergestellt, warum erproben wir sie nicht in der Gemeinschaft? Die Auseinandersetzung der Köpfe braucht den realen, lebendigen Nährboden, die gemeinschaftliche Erfahrung.

Und dafür war Kleinmachnow ein Anfang. Es gab eine konstruktive Gesprächskultur, getragen vom Erleben der Begegnung, Ahnungen der Einheit von Kopf, Bauch und Herz und (noch wenig) Hand. Wir sollten das angezündete Stammesfeuer nicht mehr ausgehen lassen und einen geeigneten Ort finden, wo wir tiefer in das gemeinschaftliche Leben hineinwachsen können. Das bedeutet: länger zusammenbleiben, Selbstorganisation des Alltags statt unserer einsamen Arbeit als Ökokongreßmanager, gemeinsame Arbeit an den zentralen Themen statt Zersplitterung in einem Markt von Angeboten, Rundreise statt zentralisierte Veranstaltungen, Einbindung der Auseinandersetzung ins Leben, weniger und dafür klarere Kopfarbeit und mehr Kultur, Bewegung, Meditation, Arbeit. Die geeignete Form dafür wäre unsere Idee eines Zeltlagers in den letzten drei Augustwochen. Aber warum sollte das nicht möglicherweise weitergehen und auch schon am richtigen Ort für das richtige Dorf stattfinden?!!

Für diese Herangehensweise der „offenen Werkstatt" und des „kreativen Chaos" gibt es allerdings Voraussetzungen:

- die gebotene Offenheit bedeutet für den Einzelnen Disziplin, nämlich die Selbstbefragung, inwieweit er ernsthaft interessiert ist, damit die Diskussion nicht ins Praktisch-Unverbindliche ableitet
- die bestehenden Initiativgruppen sollten sich als Kerngruppen mit ihren Konzepten einbringen, auch die Unterstützung durch bestehende Projekte und Praktiker aus allen Bereichen wäre wichtig
- der Ort für eine Siedlung muß groß genug sein für eine Vielfalt von Lebensformen, so daß auch unterschiedliche Konzepte (z.B. Selbstversorgung und marktorientierte Produktion) sich im gegenseitigen Austausch verwirklichen lassen
- die materiellen Voraussetzungen für ein solches gesellschaftliches Experiment müssen durch eine gesellschaftliche Aktion geschaffen werden, d.h. durch eine günstige Pacht oder schlimmstenfalls Kauf durch eine Ökodorfstiftung. So kann der Aufbau, befreit vom Zwang zur künstlichen Vor-Einigung von Menschenmengen zwecks Sammlung von Geldmengen zum Landkauf, ohne äußeren Druck stattfinden, entsprechend dem inneren Wachstum der Gruppe.

Das Dorf entstände aus der lebendigen Praxis der Gemeinschaft, die die Arbeit macht. Sie entscheidet aus der Arbeit heraus und jedes Problem beinhaltet seine Lösung... nur das angezündete Feuer nicht ausgehen lassen. ●

DDR-Kontakt: Dachverband Ökodorf e.V.
Wilhelm-Pieck-Str. 72, 1054 Berlin
BRD-Kontakt: Initiative ökologische Siedlung Ost-West
Elisabeth Voß
Friedbergstr. 1, 1000 Berlin 19
Kontakt zum Aufbau eines **Ökodorf-Fonds** vorläufig über:
Isolde Bräuner
Konradin-Kreuzer-Str. 3, 7570 Baden-Baden

OST-WEST-BEGEGNUNG

Austausch oder Missionierung?

Die bei dem Ost-West-Kommunetreffen wahrgenommene Harmonie lag sicherlich auch darin begründet, daß ein detailliertes Befassen mit den vorhandenen Differenzen in diesem Rahmen nicht möglich war.

Uli Barth, Kommune Niederkaufungen ● Mit großer Skepsis bin ich mit Rolf am 15.6.90 nach Kleinmachnow gefahren. Zwei Kaufunger KommunardInnen hatten bereits an einem Vorbereitungstreffen teilgenommen, daß in seltsamer Erinnerung geblieben ist. Ging es doch wieder einmal um eine Stellvertreterveranstaltung. Damals saßen ein gutes Dutzend Wessis in der ehemaligen SED-Bezirksparteischule zusammen und überlegten sich eine Veranstaltung um die Kommunebewegung in der DDR anzuschieben. Eine Überlegung war damals, vor dem 18.3., dem Wahltermin, einigen Spekulanten zuvorzukommen und „Objekte" in der DDR für Kommunen o.ä. zu sichern. Für was für Kommunen? Und wer würde mal über die „gesicherten = gekauften" Objekte verfügen, bestimmen, welche Kommunen da hinein kämen – eine spirituelle, christliche oder anarchistische? Unangenehme Fragen.

Hoffnung auf den Westen

Innerhalb der Kommunebewegung sollte nicht die „große Politik" kopiert werden, wo die Wessis den Ossis zeigen, wo's lang geht, notfalls auch mit 'ner kleinem Erpressung. Austausch ja, aber keine Missionierung!

Die Skepsis hat sich nur begrenzt als begründet erwiesen. Es hat sich gezeigt, wie fremd uns die Situation in der DDR eigentlich ist. Gegen Ende der Veranstaltung habe ich mehrere Leute aus der DDR angesprochen, ob ihnen das Treffen nicht auch zu westdominiert vorgekommen ist. Die Antworten waren alle verneinend. Es wurde begrüßt, daß die Wessis da waren und ihre Erfahrungen vermittelt haben, gezeigt haben, was es bisher in der BRD in der Kommunebewegung gibt. Für sie war es wichtig, so eine freie, undogmatische Veranstaltung zu erleben, zu sehen, daß fremde Menschen zwanglos zu einem intensiven Austausch kommen können.

Problematisch wurde es für mich an dem Punkt, wo die Wessis nicht mehr auf der Ebene der Information geblieben sind und auf die Ebene der Einflußnahme gesprungen sind. Extremster Auswuchs sind Westgruppen, die als Konkurrenten zur Ostbewegung auf dem Immobiliensektor auftreten. Wenn es dahin führen sollte, daß die Objekte, die für Kommunegründungen in der DDR geeignet, finanzierbar und erreichbar sind, von Wessis gekauft werden, dann wird's faul. Dies ist nicht innerhalb der Begegnung, aber auf anderen Ebenen bereits normal: West GmbH kauft ein Objekt einer Ostgruppe vor der Nase weg, Westerben treiben Besetzer aus Häusern, von deren Existens sie bis vor kurzem gar nichts wußten. Mich berührt es seltsam, wenn ich höre, daß der Ökodorf e.V. i.G. Ost keine Westbürger als Mitglieder aufnimmt, der Infodienst Ökodorf dann eine Arbeitgruppe bildet und diese Arbeitsgruppe dann Mitglied im Ost e.V. wird. Andererseits fühle ich, wie unsicher ich in meiner Kritik werde, wenn ich aus Ostmündern höre, daß ohne Westgelder auch in der Bewegung im Osten nichts läuft, wenn ich mitbekommen, wieviel Hoffnung in Westler gesetzt wird, die nach drüben gehen, um dort Kommunen mitzugründen.

Unbehagen mit der Harmonie

Die „Podiumsdiskussion" am Freitagabend war ein gut gemeinter, aber vom Ansatz her zum Scheitern verurteilter Versuch. Es ist nicht möglich, einem Publikum, das in seiner großen Mehrheit die auf dem „Podium" vertretenen Gruppen nicht kennt, die unterschiedlichen Standpunkte zu vermitteln, insbesondere dann, wenn acht Gruppen vertreten sind und nur zwei Stunden Zeit ist. Natürlich wäre es schön, die Gruppen direkt gegenüber zu stellen, um dadurch Differenzen zu erkennen, die Bedeutung der Unterschiede werden aber erst bei genauerem Hinsehen klar, wenn man sich mit den Details befaßt. Der Ursprung der Differenzen liegt in einem massiv abweichenden Weltverständnis. All das läßt sich nicht in 10 oder 15 Minuten Gesamtredezeit klären. Absichtserklärungen von Ein-Mann-Kommunen bzw. von Leuten die vorhaben, eine Kommune zu gründen, sind immer flüssig und gut anzuhören. Die berechtigte Kritik an den Mängeln real existierender Gruppen liegt aber auf einer anderen Ebene.

Der erste Kritiker, der sich bei der sonntäglichen Abschlußveranstaltung zu Wort meldete, hatte recht, als er sein Unbehagen mit der Harmonie benannte, die das Treffen beherrschte. Es waren viele Gruppen vertreten, die absolut nicht miteinander harmonieren, hier wurde den DDR-Teilnehmern eine Gemeinsamkeit von politischen und spirituellen Projekten dargestellt, die m.E. nicht der Realitität entspricht. Dies soll kein „Anpinkeln" der VeranstalterInnen sein. Die Möglichkeit zu bieten, verschiedene Gruppen kennenzulernen, war ein gutes Vorhaben. Die Resonanz auf das Treffen hat mir aber gezeigt, daß es nicht möglich ist, in diesem Rahmen die Parallelen und die Gegenläufigkeiten der Gruppen deutlich zu machen.

Ich möchte nicht behaupten, Projekte, in denen die Spiritualität im Vordergrund steht, seien automatisch unpolitisch. Die Kräfte, oder noch weltlicher, die verfügbare Zeit ist aber endlich. Ich kann nicht meditieren und gleichzeitig politisch aktiv handeln. Natürlich kann ich mit Kunsthandwerk und Psychoveranstaltungen viel Geld verdienen. Der Beweis, daß eine Kommune durch Produktion lebensnotwendiger Güter ökonomisch überleben kann, ist mir aber wichtiger. Die Lebensform Kommune muß ihre Konkurrenzfähigkeit beweisen können, sie darf nicht nur in Systemnischen überlebensfähig sein! Wobei hier nicht einer kultur- und kunstlosen Gesellschaft das Wort geredet werden soll, ich befürworte die selbstgemachte Alltagskultur, halte aber wenig von einer käuflichen Massenkunst, ganz zu schweigen von Luxusprodukten für eine elitäre Schicht.

Chance für eine solidarische Auseinandersetzung

Selbstversorgung – ein anderes beherrschendes Schlagwort des Treffens – ist zunächst mal positiv besetzt, aber wie sieht sie konkret aus, wenn sie nicht mit Askese und Rückzug gekoppelt sein soll? Die Aneinanderreihung von Idealen macht noch kein realisierbares Projekt.

Kommunen, die einen ausschließlich politischen Ansatzpunkt haben, waren in Kleinmachnow nur schwach vertreten. Die Abstinenz dieser Gruppen begründet sich sicher zum Teil darin, daß diese Veranstaltung als eine Westeinmischung in DDR-Angelegenheiten angesehen wurde. Das Kommunetreffen in Heiningen eine Woche vorher hat gezeigt, daß es wesentlich mehr politische Kommunen gibt, als in Kleinmachnow vertreten waren. Sollte es ein Folgetreffen zur Ost-West-Begegnung geben, sollten die Gruppen, die diesmal nicht dabei waren, ihre Kritik überwinden und die Chancen eines solchen Treffens nutzen. Für mich war die Ost-West-Begegnung, trotz der angesprochenen Kritik ein guter Beginn für einen Austausch und vielleicht auch für eine intensivere, solidarische Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Kom-

ZUKUNFTSAUSSICHTEN DER LPGs

Noch behindern die Strukturen des Kalten Krieges

Zu Beginn der rasanten Veränderung in der DDR schien der landwirtschaftliche Sektor ein stabiler Faktor zu sein. Die heutige Beurteilung fällt wesentlich pessimistischer aus: Die meisten ostdeutschen LPGs haben nur geringe Überlebenschancen.

Wolfgang Beywl, Redaktion Genossenschaften ● Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften der DDR erwirtschafteten bisher 90% des landwirtschaftlichen Nettoproduktes auf 95% der landwirtschaftlichen Fläche. Die rund 3.500 Betriebe sind ein bedeutender volkswirtschaftlicher Faktor, der – bei erheblichen ökologischen und ökonomischen Mängeln – immerhin so funktionierte, daß er die Versorgung der Bevölkerung sicherte und fast 1 Mio. Menschen Beschäftigung bot. Ob sie dies auch in Zukunft leisten werden, ist zweifelhaft: Ihnen fehlt Kapital, Land müssen sie infolge der veränderten Eigentumsnutzungsrechte teuer anpachten, und weder in Westdeutschland noch in der EG gibt es Förder- und Unterstützungsstrukturen, die sie als Produktivgenossenschaften beim Übergang in die Marktwirtschaft stützen.

Bisher beabsichtigen die meisten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR, sich in bäuerliche Produktivgenossenschaften umzuwandeln. Viele wollen den dörflichen Wirtschaftszusammenhang wieder aufbauen. Dabei sollen die heutigen großen Bewirtschaftungseinheiten von durchschnittlich 4.000 ha entflochten werden. Als Ziele lassen sich nennen: überschaubarere Betriebsgrößen von ca. 1.000 ha, integrierte Tier- und Pflanzenproduktion, moderne Managementkonzepte z.B. in Form absatzorientierter und teilautonomer Arbeitsgruppen sowie sozial- und umweltverträglichere Bewirtschaftungskonzepte.

Weiterhin bevorzugt wird die genossenschaftliche Organisationsform von den meisten heutigen LPGs, weil auf diese Weise

- die durch jahrelange Arbeitsleistung und unentgeltliche Zurverfügungstellung von Boden erworbenen Anrechte der Mitglieder leichter abgegolten werden können;
- qualifizierte und motivierte Beschäftigte sich so eher im ländlichen Wirtschaftsraum binden lassen;
- die genossenschaftliche Selbsthilfe als notwendiges Element der Kapitalaufbringung betrachtet wird;
- produktivgenossenschaftliche Formen es erlauben, differenzierte Anreizformen für die Beschäftigten einzuführen;
- befriedigende Existenzbedingungen im Rahmen einer bäuerlichen Landwirtschaft entstehen können, indem privates Engagement in den Rahmen einer gemeinschaftlichen Unternehmensstruktur integriert wird.

Andere Rechtsformen wie die der Aktiengesellschaft oder der GmbH sind als rechtlicher Rahmen nicht für die Verwirklichung dieser unternehmerischen Zielsetzungen geeignet.

UNGELÖSTE EIGENTUMSPROBLEMATIK

Entscheidendes Problem für die Umsetzung dieser Ziele sind jedoch die Eigentumsverhältnisse. Entgegen weit verbreiteten Annahmen gehört nur ein Bruchteil der von den LPGs bewirtschafteten Flächen diesen selbst. Auch wird es ihnen nach den neusten Gesetzvorhaben zum Verkauf „volkseigenen" Bodens nur im Ausnahmefall möglich sein, diesen zu erwerben – auch wenn er bisher durch Nutzungsverträge an die LPGs gebunden war. Mit der Wirtschafts- und Währungsunion, spätestens aber mit der Vereinigung beider deutscher Staaten, werden diese Verträge ungültig.

Etwa ein Drittel bis zur Hälfte aller Genossenschaftsmitglieder sind auch Landeigentümer. Der größte Teil des bewirtschafteten Bodens aber gehört Personen, die nicht Mitglieder der Genossenschaft sind – oftmals nicht einmal in der jeweiligen Region leben. Viele der beschäftigten, vor allem aber die nicht beschäftigten Landeigentümer werden nicht bereit sein, ihre oft mehrere tausend bzw. zehntausend Mark wertvollen Grundstücke in das genossenschaftliche Gruppeneigentum einzubringen.

Hinzu kommt die überalterte Ausrüstung der Genossenschaften: Sie gelten nach hiesigen Maßstäben als abgeschrieben. Dies betrifft zwar nicht die oftmals relativ neuen Betriebsgebäude. Für die zukünftige Betriebsgröße sind diese jedoch überdimensioniert. Sie stehen zudem nur selten auf genossenschaftseigenen Grundstücken. Verschärfend wirkt die finanzielle Situation der meisten LPGs. Lediglich ein kleiner Teil verfügt über liquide Mittel, während der größere hochverschuldet ist. Fazit: Die Vermögenssituation wird es nur 10 bis 20 % der LPGs ermöglichen, sich aus eigener Kraft in eine beleihungs- und wirtschaftsfähige Genossenschaft umzuwandeln. Die übrigen haben bei ihrem Überlebenskampf wenig Aussichten, aus dem Westen Unterstützung zu erhalten.

«ANTI-PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTLICHES SYNDROM»

Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik zeichnen sich durch starken Widerstand gegenüber einer Umwandlung der bisherigen DDR-Zwangsgenossenschaften in freie Genossenschaften aus, auch wenn diese auf den Prinzipien der Selbsthilfe, der Selbstverantwortung und der Selbstbestimmung beruhen. Der westdeutsche Bauernverband, der Rat der Sachverständigen zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage, ein im Auftrag der DG-Bank erstelltes Gutachten und andere mehr raten davon ab, Produktivgenossenschaften aufzubauen. Dabei hat keiner dieser „Ratgeber" vor Abgabe seines Votums die ökonomische und soziale Situation in der Landwirtschaft ausreichend analysiert. Voreilig wird davon ausgegangen, daß in der DDR sich ähnliche Strukturen entwickeln könnten wie in der Bundesrepublik.

Hintergründe dieses Verhaltens gibt es viele. Sicherlich spielt die zeitgeschichtliche Frontstellung beider Wirtschaftssystem eine Rolle. Je mehr Produktivgenossenschaften in der DDR erzwungen wurden, desto weniger durfte es sie in der marktwirtschaftlichen Ordnung der BRD geben. Ein Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern, in denen sie in vielfältiger Form existieren, spricht hier Bände. Niedergeschlagen hat sich dies in der Struktur des westdeutschen Genossenschaftswesens. Vom Selbstverständnis, von der Organisation und den fachlichen Erfordernissen sind wenig Anknüpfungspunkte für Produktivgenossenschaften vorhanden.

Außerdem ist die Landwirtschaft in der Bundesrepublik gänzlich anders strukturiert. Dominiert wird sie noch immer von kleinen Betriebsformen. Dies hat Folgen für die öffentliche Förderung. Größere Unternehmen sind davon ausgeschlossen, auch wenn sie – wie im Falle der bäuerlichen Produktivgenossenschaften – von den Bauern selbst getragen werden.

Damit wird nicht behauptet, Produktivgenossenschaften seien immer die geeignete Form für neue oder umgewandelte Betriebe auf dem Lande. Oft kann es betriebswirtschaftlich sinnvoll sein, bestehende Großunternehmen in mehrere kleinere Genossenschaften oder GmbHs aufzuspalten. Nur wenn Produktivgenossenschaften eine von mehreren gleichbereichtigten Wahlmöglichkeiten darstellen, werden sie eine Zukunft haben. Sie müssen dann von ihren Trägern als Selbsthilfeeinrichtung verstanden werden, deren wirtschaftliche Erfolge – aber auch Verluste – sie voll tragen.

Verkürzt lassen sich folgende Faktoren als Ausdruck des „antiproduktivgenossenschaftlichen Syndroms" in der Bundesprepublik zusammenfassen:

- Produktivgenossenschaften stoßen noch immer – regional unterschiedlich stark ausgeprägt – auf erhebliche Barrieren bei den Prüfungsverbänden.
- Beschwerden kleiner produktivgenossenschaftlicher Betriebe verdeutlichen, daß es den Prüfern an erforderlichem Sachwissen fehlt. Die für hilfsgenossenschaftliche Zusammenschlüsse angemessenen Prüfungsverfahren laufen ins Leere, indem viel Geld für einen hohen Prüfungsaufwand gezahlt wird, der den Geprüften unverhältnismäßig wenig nützt.
- Aus der Lehre und Forschung der genossenschaftswissenschaftlichen Institute sind produktivgenossenschaftliche Themen weitgehend ausgegrenzt. Sie geben insofern für die Praxis keinerlei Anregung oder Unterstützung.
- Öffentliche Förderungen für Produktivgenossenschaften fehlen. Umgegründete Gewerbebetriebe in der DDR erhalten keine Mittel aus agrarpolitischen Finanzierungsprogrammen.
- Auch steuerlich sind bäuerliche Produktivgenossenschafen gegenüber Privatbetrieben benachteiligt.
- Für andere Unternehmensformen schon übliche Formen der Kapitalbeschaffung werden für produktivgenossenschaftliche Betriebe nicht angeboten.

ERFOLGSVERSPRECHENDE UNTERSTÜTZUNGSVORSCHLÄGE

Weder die Agrarpolitiker noch die bäuerlichen und genossenschaftlichen Organisationen haben bisher den vollen Umfang der Zwangslage wahrgenommen, in der sich die DDR-Landwirtschaft mit gegenwärtig 800.000 Beschäftigten befindet. Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens in Bonn hält deshalb eine umfassende Diskussion der Lage und Zukunft bäuerlicher Produktivgenossenschaft für erforderlich. Konkret sollen nach seiner Auffassung folgende Überlegungen diskutiert werden:

1) Aufnahme der Förderwürdigkeit landwirtschaftlicher Produktivgenossenschaften in die Verfassungen der noch in diesem Jahr entstehenden Bundesländer auf dem Territorium der heutigen DDR.
2) Vorbereitung einer Umwandlungsverordnung, die die Teilung und Aufspaltung von LPGs problemlos ermöglicht.
3) Behandlung der Produktivgenossenschaften als Vereinigung bäuerlicher Produzenten in den agrarpolitischen Förderprogrammen und ihre Gleichstellung mit bäuerlichen Familienbetrieben. Beitrittswillige Genossenschaftsmitglieder sollen die Möglichkeit erhalten, individuelle Eigenkapitalhilfen zu bekommen, teilweise in Form von Zuschüssen, teilweise als langfristiges Darlehen, gegebenenfalls abhängig von der Dauer der Betriebszugehörigkeit.
4) Im Rahmen der für die Landwirtschaft üblichen Regelungen sollen Einkommensübertragungen auch für Mitglieder von Produktivgenossenschaften erfolgen, insbesondere in Form von Zuschüssen für die Sozialversicherung.
5) Besondere Belange kapitalschwacher LPGs sind zumindest für eine Übergangsfrist in der Steuergesetzgebung zu berücksichtigen, beispielsweise über Absenken der Steuern bei Zuführung von Gewinnen in die Rücklagen.
6) Regeln für die Entschuldgung der teilweise durch unsinnige staatliche Auflagen in die Ineffizienz gezwungenen Produktivgenossenschaften.
7) Überprüfung des Genossenschaftsgesetzes auf Anpassungserfordernissen für große Produktivgenossenschaften zum Beispiel bei der Eigenkapitalbeschaffung, den Kündigungsfristen von Geschäftsanteilen und dem Namensproblem.
8) Einrichten staatlicher Fonds zur Spitzenkreditierung und zur Eigenkapitalhilfe speziell für produktivgenossenschaftliche Unternehmen.
9) Unterstützen überbetrieblicher Kooperationsformen von Produktivgenossenschaften über Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Bürgschaftsbanken, Pensionskassen, Bildungseinrichtungen u.ä..
10) Hilfen beim Aufbau eines Prüfungsverbandes bäuerlicher Produktivgenossenschaften.

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Hilfe für DDR-Genossenschaften

Für die Gründung und Umgründung von Genossenschaften bietet sich der Berliner Genossenschaftsverband als Beratungspartner an:
Bundesallee 82, 1000 Berlin 41
☎ (030) 851 80 97.

Vorrang für genossenschaftliches Eigentum?

„Beim Neubau in der DDR sollte man unbedingt dem genossenschaftlichen Eigentum Vorrang einräumen", dies vertritt Dr. Eckard Pahlke, Vorsitzender des seit 100 Jahren bestehenden Hamburger Mietervereins. „Und das muß besonders gefördert werden, weil das Wohnen in der Genossenschaft die Mitbestimmung der Mieter weitgehend verwirklicht", so Pahlke weiter in einem Gespräch mit dem Journalisten Axel Kintzinger. Nachdenklich stimmt es dabei, daß diese Forderung nicht so lautstark auch in der Bundesrepublik erhoben wird.

Alternative zur genossenschaftlichen Rechtsform

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat einen Gesetzentwurf verabschiedet. Mit diesem will sie eine neue Rechtsform für selbstverwaltete Betriebe, Belegschaftsunternehmen, Frauenbetriebe sowie selbstverwaltete soziale, kulturelle und Beschäftigungsinitiativen vorantreiben. Der Entwurf soll in den Bundestag eingebracht werden und noch vor der Sommerpause in die erste Lesung gehen. Die Grünen wünschen noch Rückmeldungen von Betrieben und Projekten. Der Entwurf (Entwurf eines Gesetzes betreffend demokratische Betriebskooperativen (DBK)) kann als Drucksache 11/72101 bei den GRÜNEN im Bundestag, z.H. Ursula Brockner, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, bestellt werden.

Perspektiven der Genossenschaften

Unter dem Titel „Perspektiven der Genossenschaften. Impulse für eine demokratische Marktwirtschaft" ist ein neues Buch erschienen, das sich vor allem mit dem Thema Produktivgenossenschaften auseinandersetzt. Es enthält u.a. Beiträge zur Vergenossenschaftlichung Osteuropas, zur Rolle der Prüfungsverbände bei der Gründung, zur Novellierung des Genossenschaftsgesetzes, zum Arbeits- und Sozialrecht in Produktivgenossenschaften sowie zum Thema Genossenschaften und Wirtschaftsdemokratie. Bestellt werden kann das Buch beim Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1, für 14,- DM.

Forschungsvorhaben „Die Gründung neuer Wohnungsbaugenossenschaften"

Die Hans-Böckler-Stiftung fördert ein Forschungsvorhaben mit dem Thema „Die Gründung einer Wohnbaugenossenschaft". Durchgeführt wird dies von dem gemeinnützigen Forschungsinstitut „Gesundes Bauen und Wohnen im Ruhrgebiet e.V." mit Sitz in Bochum. Exemplarisch sollen Gründungsprobleme an zwei Beispielen aufgearbeitet werden: der „Genossenschaft gesundes stadthaus i.G." in Bochum und der „Bau- und Wohnungsbaugenossenschaft Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e.G." Unter anderem werden folgende wohnungs- und sozialpolitische Problemstellungen berücksichtigt:

- gemeinschaftliche Wohnungsbauinitiativen als Beitrag zur Überwindung der Mängel in der Wohnraumverordnung;
- Bildung- und Bindung von sozialem Eigentum;
- Fragen der Sozialpflichtsbindung im Zusammenhang mit Erbaurechten;
- Sonderfinanzierungsmöglichkeiten;
- die Genossenschaft als Rechts-, Struktur-, Sozial-und Kulturform

Selbsthilfe und Kooperativen in Deutschland

Unter dem Titel „Self-help and Co-operative in Germany" ist eine Veröffentlichung von Klaus Novy in englischer Sprache erschienen. Sie kann bestellt werden beim Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Entwicklungsländerforschung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2 (vermutlich umsonst). Das Buch ist eine eher populärwissenschaftliche Schrift, in der verschiedene Formen der Soldaritätsökonomie vorwiegend historisch dargestellt werden. Unter anderem geht Novy auf die Selbstorganisiation der Konsumenten und der Produzenten ein, die er als erste und zweite Form der Selbsthilfe charakterisiert. Novy schließt mit einem kurzen Plädoyer für die soziale Ökonomie, zu der er keine Alternative sieht.

VEB in Genossenschaft umgewandelt

Freitag, den 8.6.1990 fand die Gründungsversammlung der Produktivgenossenschaft TIGENO e.G. i.G. in Leuna bei Halle statt. Dies war die erste Rückverwandlung einer Genossenschaft aus einen VEB-Betrieb in der DDR. Aus der VEB Holz Naumburg ausgegliedert wird der Tischlerhandwerksbetrieb zukünftig selbständig am Markt agieren. Fachliche Unterstützung erhielt die TIGENO durch das Regionalbüro von INNOVA in Dessau. Als nächstes ist die Umwandlung des VEB Parkett- und Rolladenbau Halle in eine Produktionsgenossenschaft geplant.

Weitere Kurzmeldungen auf Seite 12

Anzeige

LEGEN SIE SICH AN MIT UNS

Wir suchen **AnlegerInnen**, die sich in Form der **Stillen Gesellschaft** an unserem selbstverwalteten Großhandel beteiligen wollen.

10 Jahre eigensinniges Beharren auf kollektiven Eigentums- und Arbeitsbedingungen

= 10 Jahre SELBSTVERWALTUNG

Großhandel mit Produkten (Nicaragua-Kaffee, Tee, Kräuter, Säfte,...), die bestimmten Kriterien genügen, wie
- ökologische Verträglichkeit
- gesellschaftliche Nützlichkeit
- möglichst direkter Bezug von ProduzentInnen und AnbauerInnen

Aufklärung über Strukturen und Abhängigkeiten des Handelns mit "Kolonialwaren"

Unterstützung von sozialen und politischen Projekten mittels Spenden hier und anderswo.

Mit Euch und Euren Beteiligungen · Auf in die nächsten 10 Jahre!

Informationen bei:
ÖKOTOPIA GmbH
Gneisenaustr. 2a · 1000 Berlin 61 · 030-6913064

DOKUMENTATION EINES STREITGESPRÄCHS

Pro und Kontra zur Ökobankpolitik

Entwicklungen und Politiken der Ökobank werden auch in den nächsten Jahren noch die (Selbstverwaltungs-)Gemüter bewegen. Nachfolgend sind Ausschnitte aus einer Gesprächsrunde beim Nürnberger Radio Z wiedergegeben. Zwei konträre Positionen daraus stehen als Erläuterung (Jutta Schwengsbier, Mitarbeiterin der Ökofinanz Nürnberg) und Kritik der Ökobankpolitik (Kurt Regenauer, Projektberater und Redakteur bei CONTRASTE) einander gegenüber.

Radio Z: Inwiefern arbeitet die Ökobank mit anderen Geldinstituten zusammen, die nocht dem entsprechen, was sie sich an Maximen gesetzt hat?

Erläuterung: Wir arbeiten mit anderen Geldinstituten zusammen, soweit dies erforderlich ist: Dies gilt beispielsweise beim Mindestreservesatz, der an die Bundesbank abgeliefert werden muß. Darüber hinaus gehen die Verbindungen zu anderen Geldinstituten, die nicht den Maximen der Ökobank entsprechen, gegen Null. Verbindungen bestehen nur im Geschäftskontenbereich, wenn ein Kunde, der einen Kredit bei uns aufnimmt, über sein Konto bei einer anderen Bank bedient werden muß. Bei den überschüssigen Geldern, die nicht über Kredite vergeben werden, arbeiten wir ausschließlich mit Instituten wie der Bank für Sozialwirtschaft zusammen.

Kritik: Ein abgeschotteter Geldkreislauf ist im Kapitalismus nicht möglich. Das Geld fließt weiter. D.h. die mittel- und langfristigen Anlagen der Ökobank stecken auch in Pfandbriefen und Kommunalobligationen und werden entsprechend genutzt. Für jemand, der solche Pfandbriefe und Kommunalobligationen kauft, besteht keine Kontrolle darüber, ob diese Kommunen eine ökologische Politik betreiben oder nicht sogar die Atomkraft fördern. Ich würde mir wünschen, daß der Zusatz „Öko" nicht – vielleicht noch in Zusammenarbeit mit anderen Banken – verwendet wird, um sich besser gegenüber Gutgläubigen zu vermarkten. Probleme, die ökologische Investitionen mit sich bringen, sollten gesehen werden.

Außerdem bin ich der Auffassung, daß die Ökobank professioneller arbeiten muß. Als Kunde und Mitgenosse der Ökobank habe ich den Eindruck, daß man dort bisher auf den Geldsäcken saß. Kunden wurden, wenn sie Konten einrichten wollten, nicht zügig bedient, Kreditanträge nicht bearbeitet und die, die bearbeitet wurden, nicht professionell abgewikkelt. Daß 10% des Eigenkapitals der Ökobank eventuell „durch den Schornstein gejagt wurden", weil gewährte Kredite nicht getilgt werden konnten, ist bedenklich.

Nicht weniger bedenklich ist allerdings die generelle Kreditvergabepolitik der Ökobank. Sie war bisher enormen Restriktionen unterworfen, so daß sie nur einen Bruchteil dessen vergeben konnte, was andere Banken mit einer ähnlichen Kapitalausstattung laut dem Kreditvergabegesetz vergeben dürfen. Trotzdem hat die Ökobank nur einen Bruchteil ihres potentiellen, schon sehr engen Kreditvolumens ausgeschöpft. Eine Bank lebt aber davon, Kredite zu vergeben und nicht davon, eine gigantische Sparbüchse zu bilden und Ökologie zu vermarkten.

Erläuterung: Üblicherweise ist die Kreditvergabe das absolut schwierigste Geschäft. Für die Ökobank, die am 2. Mai 1988 gegründet wurde, sind die verflossenen zwei Jahre kein langer Zeitraum, um auf diesem Gebiet Erfahrungen zu sammeln, Nur mit den entsprechenden Erfahrungen ist es möglich, dem Willen der Sparer und Genossen Rechnung zu tragen und das Geld gezielt in die gewünschten Bereiche zu lenken. Dazu gehören Professionalität, was die Kreditvergabe angeht, aber auch politische und ökologische Kenntnisse. Denn mancher ökologische Betrieb, der sich als Aushängeschild darstellt, entpuppt sich schließlich als Wolf im Schafspelz. Insofern sind hier auch zukünftig noch enorme Erfahrungen zu sammeln, um den Wünschen und berechtigten Anliegen der Sparer gerecht zu werden.

Radio Z: Die Ökofinanz berät die Ökobank zu Projekten und Betrieben in den Regionen. Dies soll durch regionale Beiräte, in die soziale Gruppen eingebunden sind, weiterentwickelt und vertieft werden. Wie arbeitet Ihr in Nürnberg und was ist für die Ökobank eine soziale Gruppe?

Erläuterung: In Frankfurt gibt es schon so etwas wie regionale Beiräte. Dort wurden verschiedene sozial relevante Gruppen angesprochen wie Frauenprojekte, Gruppen aus dem ökologischen Bereich, Friedensgruppen usw.. Denen wurde das Angebot gemacht, in diesen Beirat zu gehen. Andere Gruppen, die nicht angesprochen wurden, haben sich gemeldet und sind hinzugekommen. So hat sich ein regionaler Beirat gebildet, der sehr kompetent ist. In ihm sitzen Fachleute, die entscheiden, welche Projekte förderkreditwürdig sind und welche nicht. In einer Sitzung, in der alle Regionen und die entsprechenden Firmen vertreten waren, wurde vor kurzem darüber diskutiert, ob es möglich ist, eine solche Struktur bundesweit aufzubauen.

Kritik: Die Ökobank muß es endlich schaffen, mit den in den Regionen bereits professionell arbeitenden Einrichtungen Kontakt aufzunehmen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Vor der Sammlungsbewegung dieses ökologischen Kapitals wurden in den Regionen bereits Direktkreditvermittlungen von Beratungseinrichtungen aufgebaut. Sie hatten so etwas wie Projektsparbriefe auf privater Basis entwickelt, indem direkte Kredite von Sparkonteninhabern für Projekte, die Geld brauchten, geworben wurden.

Diese Direktkreditvermittlungen arbeiten sehr erfolgreich, wie beispielsweise die Münchner Bankfiliale für Frieden, Ökologie und Selbstverwaltung oder in Berlin die Stattwerke und die Haftungsassoziation. Die Ökobank hat es bisher nicht geschafft, zu solchen Einrichtungen Kontakt zu pflegen, obwohl sie über professionelle Erfahrungen verfügen, wie Projekte gefördert werden können. Als Projektberater gehe ich mit diesen zu herkömmlichen Banken und handle Kredite aus. Denn momentan ist es noch schwieriger, auf diese Weise eine bei der Ökobank einen Kredit zu bekommen, als bei irgendeiner anderen Bank.

Erläuterung: Bundesweit wird jetzt eine solche Struktur aufgebaut. Das Problem war bisher, daß die Kredite auf den Frankfurter Raum beschränkt bleiben mußten. Deswegen ließ sich diese regionale Struktur nicht verwirklichen. Dafür fehlte das Interesse, solange nicht über konkrete Kreditvergaben vor Ort beraten werden konnte. Jetzt werden die Kredite bundesweit vergeben und auch entsprechend die Beiräte gebildet. Dabei wird auch versucht, schon vorhandene Strukturen miteinzubinden. Das Argument, man nütze dies nicht, trifft einfach nicht zu, weil wir gerade jetzt dabei sind, dies aufzubauen. Man kann nicht alles von Anfang an perfekt haben. ●

Anzeige

banal ☆

Nr.6

ANARCHISTISCHES
MAGAZIN
aus der Schweiz

Inhalt:

- Schlaf der Gerechten: Anarchismus als Herrschaftsideologie
- Polen: Ein Reisebericht
- Sprachloses Sein
- England: Der Knastaufstand
- Musik und Anarchie
- Jura: Espace Noir
- Neuseeland
- Dänemark: Sorte Kors und ASO
- Stalinisten nisten Nester

Einzelheft Fr.5.- (+Porto)
auch alte Nummern sind lieferbar

im Abo Fr.20.- (für 4 Nummern inkl. Porto)

für WiederverkäuferInnen Fr.3.- pro Heft ab 5 Expl.

für Eingeschlossene gratis

Anschrift: banal, Postfach 288, 8036 Zürich

Postcheck: Zürich, 80-38109-6

FORUM FÜR LIBERTÄRE INFORMATIONEN

Anarchistischer Auflauf?

Vom 23. bis 27. Mai 1990 war der kleine hessische Ort Anspach (nördlich von Frankfurt) Begegnungsstätte des Forums für Libertäre Informationen, oder, wie sie sich im Untertitel nennen, für Irritationen im linken Dogmenverständnis. Carla befragte einen der Teilnehmer nach Sinn, Zweck und Ergebnissen der Treffen.

Carla: Gerhard, Ihr habt Euch, wenn ich richtig informiert bin, wohl zum 14. mal getroffen? Was ist eigentlich das Forum für Libertäre Informationen?

Gerhard: Oje, Carla, das ist eine lange, ja, siebenjährige Geschichte. Zunächst sollte aus dem heutigen „Forum..." etwas ganz anderes werden. Die Redaktion des „Schwarzen Faden", einer Vierteljahresschrift von und für AnarchistInnen, hatte eingeladen zu einem Treffen in die Schwäbische Alb. Das war 1983. Dort sollte überlegt werden, ob ein Verein gegründet werden sollte, der die Aufgabe hätte, „Themenschwerpunkte" zu erarbeiten, mit denen das FLI öffentlich aktiv werden könnte. Der Verein sollte sowas wie ein Unterstützerverein für den „Faden" werden, sollte diesem zuarbeiten, u.U. eine regionale oder überregionale Organisation aufbauen, mit anderen anarchistischen Gruppen kooperieren, Seminare organisieren, eine Bibliographie von A-Titeln aufbauen, das Verhältnis zu den Grünen diskutieren, usw. usw..

Es war ein ausgesprochen lebendiges erstes Treffen und dufte Leute. Rausgekommen ist auf jeden Fall kein Verein. Wir hatten aber vereinbart, entsprechend dem vielfältigen Interesse, weiterzumachen und inhaltlich zu arbeiten.

Was wurde aus dem Vorschlag zur Organisation? Das ist doch sicher bei Euch immer ein brisantes Thema, oder?

Ich sagte ja schon: Ein Verein wurde zum Glück nicht gegründet, ist das doch die beinahe hundertprozentige Reproduktion dieser hierarchischen Gesellschaft. Aber es wurde auch keine andere Organisationsform gewählt. Es war uns wichtig, die vielen für uns brennenden Themen anzudiskutieren und zu vertiefen. Da gab es damals gerade die Frage, ob sich AnarchistInnen öffentlich mit den Nationalrevolutionären anlegen sollten, was wir dann auch anschließend im „Schwarzen Faden" getan haben, nicht unbedingt zur Freude der Linken. Das trug dem „Faden" doch glatt den Vorwurf ein, daß er ein reaktionäres Blatt sei, obwohl das Gegenteil durch die Widerlegung der NR-These der Fall ist.

Was habt Ihr sonst noch für Diskussionsergebnisse erzielt und wie hat sich die Quantität der Gruppe, oder wie soll ich diese Nichtorganisation nennen, entwickelt?

Also die Anzahl der TeilnehmerInnen an den Diskussionen liegt und lag so zwischen 25 und 50. Den internen Rundbrief beziehen etwa 150 Leute. Die Zahl der RundbriefbezieherInnen steigt seit Jahren kontinuierlich, aber langsam. Und die Ergebnisse? Es gab eine über Jahre verfolgte Diskussion zum „Verfall der Arbeit", die in einem Schwerpunktheft zu diesem Thema geführt hat. Dabei ging es um eine Neubewertung von Arbeit, insbesondere der fremdbestimmten Form, der Lohnarbeit, dies unter Berücksichtigung der neueren technologischen Entwicklung, bei der ja unsere Volksregierung schlicht einen Teil der Bevölkerung aus dem Arbeitsprozeß rauskippen lassen, z.B. die Konstante von ca. 2 Mio Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger und die modernen Formen der Ausgrenzung.

Ein anderes Thema war die Sozialtechnologie, also das Mittel der Regierenden, das Volk zu disziplinieren, zu strafen und zu überwachen, vielleicht auch ein wenig zu loben. Leider gab es in dieser Diskussion einen Bruch, es wurde nicht weiter behandelt.

Kontinuierlich haben wir an der Anti-Pädagogik geschafft, die im FLI durchaus eine, eben libertäre, Ausrichtung erfahren hat und heute noch topaktuell ist. Aus diesen Diskussionen sind mehrere Reader hervorgegangen und ein weiterer liegt vor uns. Im Gegensatz zu den meisten Leuten meinen wir, daß die Anti-Pädagogik Ansätze bietet, die durchaus der Herrschaft zu schaffen machen kann. Schließlich ist ihnen die Jugend das Liebste; uns aber auch.

Die Feminismus- oder auch Anarchafeminismusdebatte hat auch zu einer Sondernummer des „SF" geführt. Diese Auseinandersetzung hatte im FLI mehrere Ausformungen: Noch bevor in den linken Publikationen die weiblichen Endungen geläufig waren, fand dieser Zankapfel seinen Niederschlag in der Sprachdiskussion, die sich z.T. an Thürmer-Rohr u.a. orientierte. In gemischen (w/m) Gruppen gab es eine Patriarchatsanalyse, und die Gentechnik beschäftigte uns nicht nur aus feministischer Sicht, aber doch wesentlich.

Immer wieder ärgerten wir uns über die GRÜNEN, was uns auch heute noch beschäftigt. Natürlich sind und waren die aktuellen Geschehnisse, ob Startbahn West, Wackersdorf, RAF-Aktionen, Flüchtlingspolitik, usw. immer auch Gegenstand der Treffen.

Wenn ich das so höre, dann habe ich das Gefühl, Ihr seid die totalen TheoretikerInnen. Andererseits kann ich mir gerade bei AnarchistInnen nicht vorstellen, daß die nur aus Hirn bestehen. Habt Ihr immer nur Theorie-Arbeitsgruppen gemacht?

Na ja, prinzipiell sollte das FLI schon so was wie ein Theorieaustausch-Medium sein, eine Vermittlung von Informationen der verschiedensten libertären Gruppen:
GraswurzlerInnen, Autonome, LinkssozialistInnen, SyndikalistInnen, IndividualanarchistInnen oder auch Grüne. Also Leute mit dem Minimalkonsens, Herrschaft abzuschaffen.

Aber wir haben durchaus auch die lustige Seite des Lebens genossen. Die ersten Treffen standen unter dem heimlichen Motto „Sonne und Faulheit" und es fehlte wohl auf keiner der Tagungen der Sekt. Und das Essen wurde immer sehr liebevoll und schmackhaft zubereitet. Die Lustfraktion nahm gar beides in der heißen Badewanne ein. Du siehst, wir lieben halt das Leben und die Sinneslust.

Ich möchte noch bemerken, daß Neulinge, auch solche, die vielleicht theoretisch nicht so fit sind, ruhig und ohne Minderwertigkeitskomplexe kommen sollten, da auch die, die schon länger dabei sind, sich an ihre eigenen Anfänge erinnern. Also, kommt in Massen.

Nun würde mich aber noch interessieren, wie denn Eurer letztes Treffen verlaufen ist und was Ihr so diskutiert habt.

Unser sogenanntes Sommer- oder Frühjahrs-FLI war diesmal in der „Alten Schule Neu-Anspach" in Anspach. Es kamen 25 Frauen und Männer und vier Kinder. Plenar wollten die Teilnehmer die Themen „Kollektivität und Individualität", „Analyse der Macht", „Nutzbarmachung des angehäuften Wissens aus der Psychologie für politische Zusammenhänge", „Eugenik" und die „FLI-Selbstkritik" angehen. In kleineren Arbeitsgruppen sollte über „Rassismus" und „Anti-Pädagogik" diskutiert werden. Aber auch die Entwicklung in Osteuropa war Gegenstand eines Plenums. Die Frauen, die übrigens im FLI immer 50% ausmachen, hatten ein frauenninternes Plenum.

Um jedoch inhaltlich über alles zu berichten, reicht uns leider die Zeit nicht aus. Wenn's jemanden interessiert, der kann sich ja an die FLI-Rundbriefstelle wenden. Dort kann Mann oder Frau auch den zweimal jährlich erscheinenden Rundbrief erhalten: kostet DM 20,- für solange, bis die Kohle alle ist. Ach ja, ich möcht' nicht vergessen zu sagen, daß auch Menschen mit wenig oder keiner Kohle auf dem Treffen gern gesehen sind. ●

KURZMELDUNGEN

Neue Energiegenossenschaft geht ans Netz

Die Genossenschaft „Neue Energien Wiehengebirge e.G." hat eine 10-KW-Windkraftanlage eingeweiht. Nach der Einigung mit dem RWE über die Einspeisebedingungen steht laut Umschalten e.V., Hamburg, die Netzankopplung unmittelbar bevor. Ziel der „Neue Enerien Wiehengebirge e.G." ist es, Energieerzeugungsanlagen zu erwerben und zu betreiben, die erzeugte Energie zu verkaufen und Energiedienstleistungsgeschäfte durchzuführen. Unter anderem handelt die Genossenschaft mit Windkraftanlagen der niederländischen Firma LMW. Von dieser Firma stammt auch eine 10-KW-Anlage, die in der Nähe von Osnabrück in der Ortschaft Belm-Welligen am Aureliushof steht. Der Besitzer des Hofes ist Genossenschaftsmitglied. Die Windkraftanlage hat er von der Genossenschaft per Mietvertrag zur Verfügung gestellt bekommen, wobei die Genossenschaft eine Mindestjahreserzeugung garantiert. Die Windkraftanlage liefert Strom in den Gewerbebereich des Hofes (Werkstätten für Behinderte) und in den Haushaltsbereich, wird also mit zwei unterschiedlichen Tarifen abgerechnet. Die Schaltung wurde so aufgebaut, daß mit erster Priorität der Gewerbebereich beliefert wird, dann der Haushaltsbereich und nur, wenn es nicht anders geht, eine Einspeisung ins Netz erfolgt. Wegen dieser Schaltung hatte es bis zuletzt Diskussionen mit dem RWE gegeben. Wer sich genauer über die verschiedenen Verfahren und Erfolge der Genossenschaft erkundigen will, wende sich an:
Neue Energien Wiehengebirge e.G.
Mindener Str. 205, 4500 Osnabrück.

Wiederentdeckung in Ost und West

„Selbstverwaltet arbeiten in gegenseitiger Hilfe – die Wiederentdeckung der Genossenschaften in Ost und West", so lautet der Arbeitstitel eines Seminard, das die Evangelische Akademie Iserlohn vom 5. bis 7.10.1990 organisiert. Themen sind u.a.: „Zur Aktualität in Ost und West", „Genossenschaftliche Projekte im Europäischen Vergleich", „Verhältnisbestimmung zu den Gewerkschaften" sowie „Die Einbindung von Genossenschaften in Regionalisierungskonzepte". Informationen und Anmeldung über
Frau Ursula August-Rothardt, Evangelische Akademie Iserlohn, Berliner Platz 12, 5850 Iserlohn.

ökowerk

Weiterbildung für den Betrieb – Seminare . . .

München: Werbung? Werbung!
Marketingkommunikation in selbstverwalteten Betrieben.
Samstag, 13. Oktober 1990 im Selbsthilfezentrum.

Berlin: Die DATEV-BWA.
Das unbekannte Wesen oder die betriebswirtschaftliche Auswertung richtig gelesen.
Samstag, 13. Oktober 1990 im Mehringhof.

Frankfurt: Betriebliche Finanzplanung –
Sind öffentliche Kredite sinnvoll?
Samstag, 17. November 1990 in der Ökobank.

Es wird ein Kostenbeitrag von 50,- für Mitglieder und 100,- für Nichtmitglieder erhoben.
Information und Anmeldung bei: ökowerk e.V.
Vennhauser Allee 245, 4000 Düsseldorf 12
Telefon: 02 11 / 27 23 95

e.V.

GRÜNE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Dem Kapital den Zahn ziehen?

Auch im neuen Info nichts Neues, obwohl in dieser im Oktober 1989 vom Arbeitskreis Haushalt, Wirtschaft und Finanzen der Grünen im Bundestag herausgegebenen Broschüre Wirtschaftspolitik – Info Wirtschaft so hochkarätige Sachautoritäten wie Stratmann, Sellin und Kleinert über ihre wirtschaftpolitischen Ziele plaudern.

Klaus Schmitt, Redaktion Berlin ● Sie fordern Ökosteuern, die Einflechtung der Großbanken und viele andere schöne Dinge. Eine an die Wurzeln des kapitalistischen Wirtschaftssystems gehende Analyse oder gar ein Programm zur Überwindung des Kapitalismus und damit der systemimmanenten Wachstumszwänge ist in diesem Heft ebenso wenig zu finden wie in den vielen vorhergehenden Papieren der Grünen. Schade um die Bäume, die für dieses Papier gefällt worden sind.

Sozialistische Marktwirtschaft?

Eckhard Stratmann fordert „Wirtschaftsdemokratie" und eine „sozialistische Marktwirtschaft". Unter letzterem versteht er eine „effiziente Kombination von Markt und Plan" im Sinne Ota Siks. Eine Mixtur aus kapitalistischer Marktwirtschaft á la Friedman und zentraler Planwirtschaft á la Marx? Eine Mixtur aus kapitalistischer Krisen- und Ausbeuterwirtschaft und staatsbürokratischer Pleitewirtschaft, die den Kapitalismus nie überwunden und alles noch viel schlimmer gemacht hat? Das ist gerade so, als wollten die Alchimisten Gold herstellen, indem sie Kot und Scheiße verquirlen.

Der offenbar marxistisch orientierte Stratmann meint, nur durch die „Veränderung der Herrschaftsverhältnisse" sei „dem Kapital der Zahn zu ziehen". Doch was ist der „Zahn" des Kapitals? Der **Mehrwert**. Die Kommunisten haben 40 bzw. 70 Jahre die absolute Macht in ihrem Herrschaftsbereich gehabt, doch den Mehrwertanteil Geld- und Kapitalzins, den „Profit", haben sie nicht überwunden. Viele Länder des „realen Sozialismus" waren bei ihren eigenen Bürgern und bei den Banken im realen Kapitalismus hoch verschuldet und mußten, um den Geldzins an die Sparer und Finanzkapitalisten abführen zu können, Kapitalzins (Renditen) aus dem Arbeitsertrag der Arbeiter in der gleichen Weise herauspressen wie es auch die bösen (verschuldeten) Privatunternehmer tun. Der „Zahn" blieb also ungezogen.

Neutralisierung des Kapitals?

Peter Sellin stellt die Frage: Wer akkumuliert, wer bekommt die Akkumulationsfonds, wo werden sie eingesetzt? Das genau ist die Frage! Doch keine wird beantwortet. Und eine fehlt: Wie kommt Kapitalakkumulation zustande? Während er uns seine (marxistischen?) Antworten vorenthält, erhebt er die Forderung nach gesellschaftlichen Interventionen in die Wirtschaft und nach „Neutralisierung des Kapitals". Laut Ursula Brockner soll diese Neutralisierung so aussehen: Alle Gewinne der Unternehmen werden zu Zwecken der Investition und zur Ablösung von privat eingebrachten Eigentumstiteln verwendet; über das neutralisierte Kapital verfügen die Betriebskollektive der selbstverwalteten Unternehmen.

Sie will also die Geldeinlagen in die Unternehmen aus deren Gewinnen ablösen. In aller Regel sind diese Gewinne jedoch annähernd identisch mit der Höhe der Kapitalzinsen, die an die Geldgeber als Renditen oder Kreditzinsen abgeführt werden. Viel mehr ist meist nicht möglich. Die Tilgung der Einlagen und Kredite ist also in aller Regel ein langfristiger Prozeß. Wie lange soll es also dauern, bis eine „Neutralisierung" des Sachkapitals erreicht ist? – Wenn sie überhaupt erreicht wird! Die „Verschuldungskrise" der Dritten Welt – in Wirklichkeit eine Zinskrise – dokumentiert dieses Dilemma in fatalster Weise.

Die moderne Volkswirtschaft ist eine Kreditwirtschaft, weil in ihr „neutralisiertes Kapital", nämlich **Eigenkapital**, nur schwer zu erwirtschaften ist. Und so lange die Gewinne zur Eigenkapitalbildung durch Zinszahlungen aufgezehrt werden, wird sich daran auch nichts ändern.

Aber selbst wenn wir einmal annehmen, daß die Beteiligungen und Kredite betriebsfremder Geldgeber schnell abgelöst werden können, so ist doch zu fragen, ob alle ihr Geld so schnell zurückhaben wollen. Schließlich legen sie es an, um Zinsen zu erhalten. Die bekommen sie aber nur, wenn ihr Geld in Sachkapital investiert ist und dort auch bleibt. Hier soll es lange Zeit „Früchte tragen" . Werden Geldanlagen jedoch schnell abgelöst, dann wird es sich für viele Geldgeber nicht mehr lohnen, ihr Geld in einer Wirtschaft anzulegen, in der es bald wieder zurückgezahlt wird oder wo gar die Gewinne für die Rückzahlung der Einlagen statt für die Zahlung von Zinsen, Dividenden etc. verwendet werden. Dann legen sie ihr Geld in fremde Volkswirtschaften an oder sie halten es „liquide" (Keynes), es kommt zur „Schatzbildung" (Marx). Durch diese „Geldhortung" (Gesell) kommt es zu Nachfragelücken in der Zirkulation, zu Absatzstockungen, Arbeitslosigkeit und zur Krise. Sie trifft auch die selbstverwalteten Betriebe mit „neutralisiertem Kapital".

Staats- und Zinsknechtschaft vereint?

Sellin setzt sich einen alten, von den Sozis längst abgelegten Hut wieder auf: Er fordert gesellschaftliche Kontrollentscheidungen bei privaten Investitionen. Wie will Sellin die Geldgeber zwingen, ihr Geld so anzulegen, wie es der „Gesellschaft" oder Herrn Sellin gefällt? Vielleicht durch Gesetze und mit Polizeigewalt? Bei inflationsfreier Währung haben die Finanzkapitalisten die Möglichkeit, ihr Geld unbeschadet und unkontrollierbar aus der Volkswirtschaft herauszuhalten (mit den oben beschriebenen Folgen). Will er sie vielleicht durch Kaufkraftverfall des Geldes mittels Inflation zur Geldanlage zwingen? Das treibt die Kreditzinsen in die Höhe, denn in aller Regel können die Geldgeber den Zinsfuß in Höhe der Inflationsrate anheben. Dadurch steigen die Kosten des fremdfinanzierten Realkapitals erheblich. So führt bei einer durchschnittlichen Mietwohnung eine Zinserhöhung von nur einem Prozent zu einer Kostensteigerung der Miete um 150 bis 200 DM im Monat. Welcher Mieter kann die Inflationskosten von gegenwärtig etwa drei Prozent gleich 450 bis 600 DM im Monat zusätzlich zu den jetzt schon hohen Mietpreisen bezahlen? Wie sollen dann private Gelder in den dringend erforderlichen Wohnungsbau gelenkt werden?

Hubert Kleinert geht davon aus, „daß die privatwirtschaftliche Grundstruktur der westlichen Industriegesellschaften in absehbarer Zeit nicht zur Disposition stehen wird". In absehbarer Zeit also. Träumt er immer noch von der kommunistischen Staatswirtschaft?

Er glaubt, daß sich Kapitalismus und Sozialismus in Zukunft einander anpassen werden. Gott bewahre uns vor einem Mittelweg zwischen Zins- und Staatsknechtschaft! Außerdem ist das, was Kleinert offenbar unter Sozialismus versteht, immer Kapitalismus geblieben – wenn wir einmal davon absehen, daß der marxistische Staatssozialismus den Mehrwert allenfalls dadurch überwunden hat, weil seine Bürokratie ihn gar nicht erst erwirtschaften konnte. So konnte die zentralgelenkte Planwirtschaft des ehemals „sozialistischen" Polen keine Renditen erwirtschaften, um ihre Auslandschulden tilgen und Kreditzinsen zahlen zu können. Das führte dazu, daß die nicht gezahlten Zinsen ebenfalls zu Krediten wurden, für die ebenfalls Zinsen gezahlt werden mußten, die ebenfalls wegen Zahlungsunfähigkeit zu zinspflichtigen Schulden wurden usw.

Polens Auslandsverschuldung stieg, ohne Neuverschuldung, von 1981 bis 1988 von 15 auf 37 Milliarden Dollar (K. Schmitt, **Silvio Gesell – «Marx» der Anarchisten?**, S. 57).

Ökologischer Kapitalismus?

Kleinert fordert den „ökologischen Kapitalismus". Eine kabarettreife Formulierung! Offenbar weiß Kleinert nicht, wovon er redet. Er begreift nicht, daß Kapitalismus identisch ist mit Wachstum. Gewiß weiß er, was Wachstum bedeutet. Vielleicht weiß er auch, daß sich bei einer von allen etablierten Politikern geforderten Wachstumsrate von fünf Prozent im Jahr die Produktionsmittel und mit ihnen die Warenangebote und Müllberge alle vierzehn Jahre verdoppeln: heute 10.000 Müllberge, in 14 Jahren 20.000, in 28 Jahren 40.000, in 42 Jahren 80.000 Müllberge usw.. Wie werden aber die Kapitalanleger, deren Geldvermögen sich bei einem Zinsfuß von fünf Prozent und einer Verzinsung der Zinsen ebenfalls alle 14 Jahre verdoppeln, ihre Geldschwemme „entsorgen"? Wird Helmut Horten, dessen Zins- und Spekulationsgewinne laut Spiegel (48/1984) Anfang der 80er Jahre 300 Millionen im Jahr betrugen, seine Kapitalgewinne in den Müll schmeißen? Er wird sie wohl, als er noch lebte, in den Bau zusätzlicher Kaufhäuser, Fabriken, Atomkraftwerke und Müllentsorgungsanlagen gesteckt haben, die dann wieder Zinsen abwarfen, die er ebenfalls in zusätzlich Zins heckendes Kapital investierte. Das funktioniert jedoch nur, wenn die Volkswirtschaft ebenfalls exponentiell, das heißt mit zunehmender Geschwindigkeit, wächst. Und wenn den Finanzkapitalisten keine Anlagemöglichkeiten für ihr zinseszinsakkumuliertes Geld verschafft wird, dann ziehen sie es aus der Volkswirtschaft heraus...

Kapitalismus ist Zinswirtschaft und Zinswirtschaft fordert Wirtschaftswachstum. Kapitalismus ist Wachstumswirtschaft, nicht anderes, also per Definition ökologiefeindlich.

Kleinert will dem „Wachstumszwang die Zähne zeigen". Ich vermag da nur ein zahnloses Großmaul zu sehen.

Entflechtung der Konzerne?

Claudia Dziobek beklagt die Konzentration in der Wirtschaft. Auch die Konzentration ist ein Ausdruck des Kapitalismus. Sie wird ganz wesentlich verursacht durch die Zinseszinsakkumulation. Die Superreichen, die – wie Horten – ihre arbeitsfreien Zinsgewinne nicht durch privaten Konsum aufzehren können und wollen, legen sie wieder für Zinsen an, und so verdoppelt sich auch ihr Vermögen, bei fünfprozentiger Realverzinsung alle 14 Jahre. Auf diese Weise konzentriert sich das Volksvermögen mit exponentiell zunehmender Geschwindigkeit in den Händen einiger weniger Familien.

Hortens Vermögen wuchs durch die Zinseszinsakkumulation in 15 Jahren, von 1969 bis 1984, von 1,2 auf 3,5 Milliarden DM (**Spiegel 48/1984**).

Doch gegen die Zinswirtschaft hat Dziobek wohl ebensowenig einzuwenden wie (fast) alle ihrer Parteigenossen. Im Programm der sozial engagierten Grünen ist dazu jedenfalls nichts zu lesen, obwohl die Zinsparasiten ganz schön abzokken. Bereits 1982 kassierten sie rund 180 Milliarden an Geldzinsen und etwa 170 Milliarden an Kapital- und Bodenzinsen (Helmut Creutz in: **z. f. sozialökonomie**, 70/Sept. 1986)). Das ist – ohne den Bodenwertzuwachs von schätzungsweise 100 Milliarden – ein arbeitsfreier und weitgehend unversteuerter Gewinn von zusammen 350 Millarden DM in einem Jahr. Der damalige Verteidigungshaushalt machte nur ein Siebtel dieser Summe aus. Allein auf diese vergleichsweise kleine Summe von 50 Milliarden sind die Grünen fixiert, die gewaltigen Zinsgewinne der Kapitalisten und Grundrentnern interessieren sie nicht. Und ganz im Geiste der Grünen propagiert Barbara Debus in der **taz** (vom 25.5.1990) das Zinsnehmen, indem sie ihren Leserinnen gute Ratschläge gibt, wie sie die Zinsgewinne ihrer Ersparnisse erhöhen können.

Was tut's? Die Zinsen belasten die Konsumentenpreise ja auch nur mit knapp 30 Prozent. Und wenn selbstverwaltete Unternehmen unter den Kreditzinslasten ächzen und viele Länder der Dritten Welt unter der Zinsknechtschaft zusammenbrechen, was kratzt das die gut situierten LehrerInnen und bornierten K-Gruppen-Veteranen bei den Grünen (und der AL) und die Ignoranten bei der (West-)taz?

Ein Dritter Weg?

Sellin und Stratmann wollen den „Dritten Weg" beschreiten. Der kann doch wohl nur jenseits von Kapitalismus und Staatssozialismus liegen. Der Staatssozialismus ist historisch erledigt, und mit „ökologischer Wirtschaftsdemokratie" ist die Zinswirtschaft nicht zu überwinden. Doch jenseits der kapitalfreundlichen Neoklassiker Eucken und Friedman und der staatsfetischistischen Produktionssozialisten Marx und Engels gibt es die libertären Tauschsozialisten Proudhon und Gesell. Aus ihrer Kaptialanalyse – identisch mit der von John Meynard Keynes (siehe D.D. Dillard, **Proudhon, Gesell and Keynes**, Dissertation, University of California 1940*) – läßt sich eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus ableiten. Sie könnte die Grundlage bilden für eine wirklich freie Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der niemand beherrscht wird, weder von Kapitalisten und Grundrentner noch von Staatsbürokraten, noch von demokratischen Mehrheiten. ●

*Kann bei mir bezogen werden; ☎ (030) 782 24 65

FORTBEWEGUNG

Überleben im Verkehr

Der Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe stiftet den Verkehrspreis 1990.

Redaktion Heidelberg ● Seit fünf Jahren exisitiert der Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe e.V. (VSF). Mittlerweile mit 75 Mitgliedsbetrieben, die es nicht nur in der Bundesrepublik und Berlin, sondern auch in Wien und Kopenhagen gibt. Zum alternativen Verbund gehören auch die Fahrrad-Manufaktur in Bremen und der Großhandel „Rasko" in Aachen. Zu den Zielen aller zählen nicht nur die Herstellung und der Verkauf sicherer und hochwertiger Fahrräder. Seit seiner Gründung hat es der VSF auch als seine Aufgabe angesehen, sich in die Verkehrs- und Umweltpolitik einzumischen und das Fahrrad als sinnvolles und notwendiges Verkehrsmittel zu fördern.

Jetzt wollen wir noch mehr tun: Der Verbund stiftet einen Preis, der alle zwei Jahre an Einzelpersonen, Verbände, Gruppen und Initiativen vergeben werden soll, die humanere Verkehrsideen verwirklicht haben oder daran arbeiten, diese umzusetzen.

Denn sage doch keine(r), sie/er wisse nicht Bescheid: Nicht nur zur rushhour herrscht in den großen Städten das Chaos; die Autos stehen Stoßstange an Stoßstange, Stickoxide vergiften die Luft. Mit Beton und Asphalt wird tagtäglich die Natur quadratkilometerweise versiegelt. Die Natur wird zum Randstreifen der Autobahn. Und für die Menschen ist das Verkehrssystem lebensgefährlich geworden: Über 500.000 Unfalltote in der Bundesrepublik seit 1953 haben die Straßen in Kriegsschauplätze verwandelt.

Viele BürgerInnen können und wollen nicht mehr warten, bis den Lippenbekenntnissen der Politiker irgendwann mal Taten folgen. Sie sind aus- und umgestiegen, benutzen das Fahrrad auf dem Weg zur Arbeit, fahren mit der Straßenbahn, haben den Genuß des Flanierens entdeckt. Und leisten Widerstand.

Mit unserem Verkehrspreis möchten wir die kleinen und großen Initiativen von unten unterstützen, die den Menschen wieder zum Mittelpunkt des Verkehrssystems machen wollen. Das kann der phantasievolle Kampf gegen vollgeparkte Straßen und für Verkehrsberuhigung, das kann eine Schüler-Projekt-Woche sein zur Propagierung der natürlichen Fortbewegungsarten: ÜberLeben im Verkehr ist möglich – allerdings nicht im Auto.

Der Verkehrspreis ist mit 5.000 DM dotiert, eine Aufteilung der Summe unter mehreren BewerberInnen ist möglich. 1990 wird er erstmalig im Rahmen der IFMA (Internationale Fahrrad- und Motorradausstellung vom 19.-23.9.90 in Köln) vergeben. Die Auswahl der PreisträgerInnen obliegt einer Jury, die sich aus drei MitgliederInnen aus Verbundläden und drei unabhängigen Fachleuten (u.a. VertreterInnen vom VCD und ADFC) zusammensetzt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die BewerberInnen können ihre Unterlagen (Kurzdarstellungen, Skizzen, Presseberichte) bis zum 31.8.90 an den VSF schicken:
Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe e.V.
Use Akschen 71-73, 2800 Bremen 21
☎ (0421) 616 25 24.

MCDONALDS TREUESTER KUNDENSTAMM SETZT SICH ZUR WEHR

Die Schnauze voll!

Kaum zu glauben: Eine Kinder-Demo in München! Ziel: Eine Mäc-Filiale! Mit dabei: Blaue Abfalltüten voller Müll. So passiert in München in den letzten Juni-Tagen.

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Die Kinderaktion des Vogelschutzbundes fand auch bei vielen Erwachsenen große Sympathie. Wer ärgert sich nicht über den Verpackungswahnsinn, den McDonalds mit seinen Produkten veranstaltet. Die Kinder schütteten den mitgebrachten Müll (geschätzter Tagesausschuß einer Filiale) einfach in den Eingangsbereich des Burgertempels. Was auch immer dessen Geschäftsführer gedacht haben mag, schnell sperrte er den Eingang trotz laufenden Betriebes ab. Erst nachdem die Kinder doch eher friedlich schienen, konnten die KundInnen den Laden wieder verlassen: allerdings nur durch einen Berg voll Müll.

Manch/en aber schreckte das überhaupt nicht vom Hamburger-Verzehr ab: Nach dem Motto: „Da muß man und frau eben durch" wurde knöcheltief durch Müll gewatet, um die tägliche Ration abzuholen.

Zwei Tage später war eine weitere Mäc-Filiale Ziel einer Kinderaktion: Auf Sackkarren hatten sie Geschirr herbeigerollert und wollten es feierlich der Geschäftsführung überrei chen, damit der Verpackungsunsinn endlich aufhört! Die allerdings wollte „den Wink mit dem Zaunpfahl" nicht verstehen und versperrte den Kindern den Zugang.

Obwohl diese Aktion stellenweise den Freitagnachmittagverkehr in der Innenstadt lahmlegte, ernteten die Kinder viel Verständnis auch bei den Großen:
Wann macht McDonalds Schluß mit seiner Müll-Lawine? ●

Anzeige

FORSCHUNGSJOURNAL
Neue Soziale Bewegungen

→ Fakten statt Mythen

Gegenexperten in der Risikogesellschaft Heft 1/90

Soziale Bewegungen und politischer Wandel im Osten Europas Heft 2/90

Sozialstruktur und kulturelle Praxis Heft 3/90

Großstadt und neue soziale Bewegungen Heft 4/90

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt. 4x pro Jahr auf 120 Seiten

Bestellanschrift und Aboabwicklung:
SP-Verlag, Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg
Redaktionsanschrift:
Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
c/o Thomas Leif, Neubauerstraße 12, 6200 Wiesbaden

Ich bestelle:
☐ Jahres-Abonnement des Forschungsjournals NSB (DM 42,- / DM 36,- für StudentInnen und Erwerbslose)
☐ Einzelexemplar Nr._____/90 (DM 12, 50)
Einzelexemplare der Jahrgänge 88/89: (Exemplare aus 1988 DM 6,-):
☐ Geschlechterverhältnis in den NSB
☐ Parteien und NSB
(Exemplare aus 1989 DM 9,-):
☐ Medien und neue soziale Bewegungen
☐ Alternativökonomie
☐ Institutionalisierungstendenzen
☐ Sonderheft 1989: 40 Jahre BRD - 40 Jahre soziale Bewegungen (DM 12,-)

Name
Straße
PLZ, Ort
Datum Unterschrift
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.
Datum Unterschrift 1/90

DAS VERFLIXTE GELD – 8. FOLGE

Die Geldvermögen

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg

Daß man Geld nur bei einem leihen kann, der welches übrig hat, ist nachvollziehbar. Das heißt, Geldschulden kann es nur in dem Maße geben, wie es Geldvermögen gibt. Und Schulden können nur in dem Umfang zunehmen, wie Geldvermögen zugenommen haben. Das gilt nicht nur zwischen Müller und Schulze, sondern immer und überall, auch bei Unternehmen und Staaten. Durch das Zwischenschalten der Banken bei der Mehrzahl aller Leihvorgänge wird dieser Zusammenhang jedoch meistens verdeckt. Entscheidend für den Stand und die Entwicklungen der Schulden in einer Volkswirtschaft wie in der Welt sind also die Entwicklungen der Geldvermögen.

Was sind eigentlich Geldvermögen?

Unter dem Begriff „Geldvermögen" werden Geld und Geldguthaben zusammengefaßt. Was Geld ist, ist klar. Geldguthaben sind alle auf Geld lautenden Forderungen, die aus der Abtretung von Geld, also dem Verleihen von Geld an andere, entstanden sind. Sie entsprechen also einer Rückzahlungsforderung. Dabei spielt es keine Rolle, ob man das Geld seinem Nachbarn oder einer Bank überlassen hat, die es an einen Dritten weiterverleiht. Das Geldvermögen der meisten Bürger setzt sich also aus der Bargeldhaltung und dem Sparbuch oder anderen Bankeinlagen zusammen. Hinzu kommen dann noch Schuldenverschreibungen und andere Wertpapiere, Geldanlagen bei Versicherungen usw.. Statistisch wird auch der Aktienbesitz zum Geldvermögen gezählt, obwohl es sich in Wirklichkeit um eine Beteiligung an Sachvermögen handelt. Bezogen auf die gesamten Geldvermögen sind die Aktien jedoch ziemlich unbedeutend. Ihr Nennwert liegt bei knapp 6 Prozent, ihr Tageswert bei 12 Prozent der Geldvermögensmasse. Aufgrund der spektakulären Kursschwankungen und der seitenlangen Notierungen in den Wirtschaftszeitungen wird ihre Bedeutung meist überschätzt. Hinzu kommt, daß die normalen Geldguthaben gut doppelt so rasch zunehmen wie die Aktienbestände: Von 1960 bis 1986 beispielsweise sind erstere auf das Zwölffache angestiegen, die Aktien nur auf das Fünffache.

Wie groß sind die Geldvermögen?

Gehen wir von den Zahlen aus, welche die Bundesbank jedes Jahr veröffentlicht, dann lagen die gesamten Geldvermögen in der Bundesrepublik Ende 1989 bei 4.442 Mrd. DM. Ausgeschrieben: 4 442 000 000 000 Mark! Diese kaum noch vorstellbare Summe setzt sich aus folgenden Einzelposten zusammen:

Geldanlagen bei Banken (einschl. Bargeld):	1.997 Mrd.
Geldanlagen bei Bausparkassen:	123 Mrd.
Geldanlagen bei Versicherungen:	648 Mrd.
Geldanlagen in festverzinsl. Wertpapieren:	564 Mrd.
Geldanlagen in Aktien:	252 Mrd.
Sonstige Forderungen:	858 Mrd.
Gesamte Geldanlage und Geldforderungen:	**4.442 Mrd.**

Diese gesamten Geldvermögen werden statistisch auf drei Sektoren verteilt, nämlich die Unternehmen, die öffentlichen Haushalte (Bund, Länder und Gemeinden) und die privaten Haushalte:

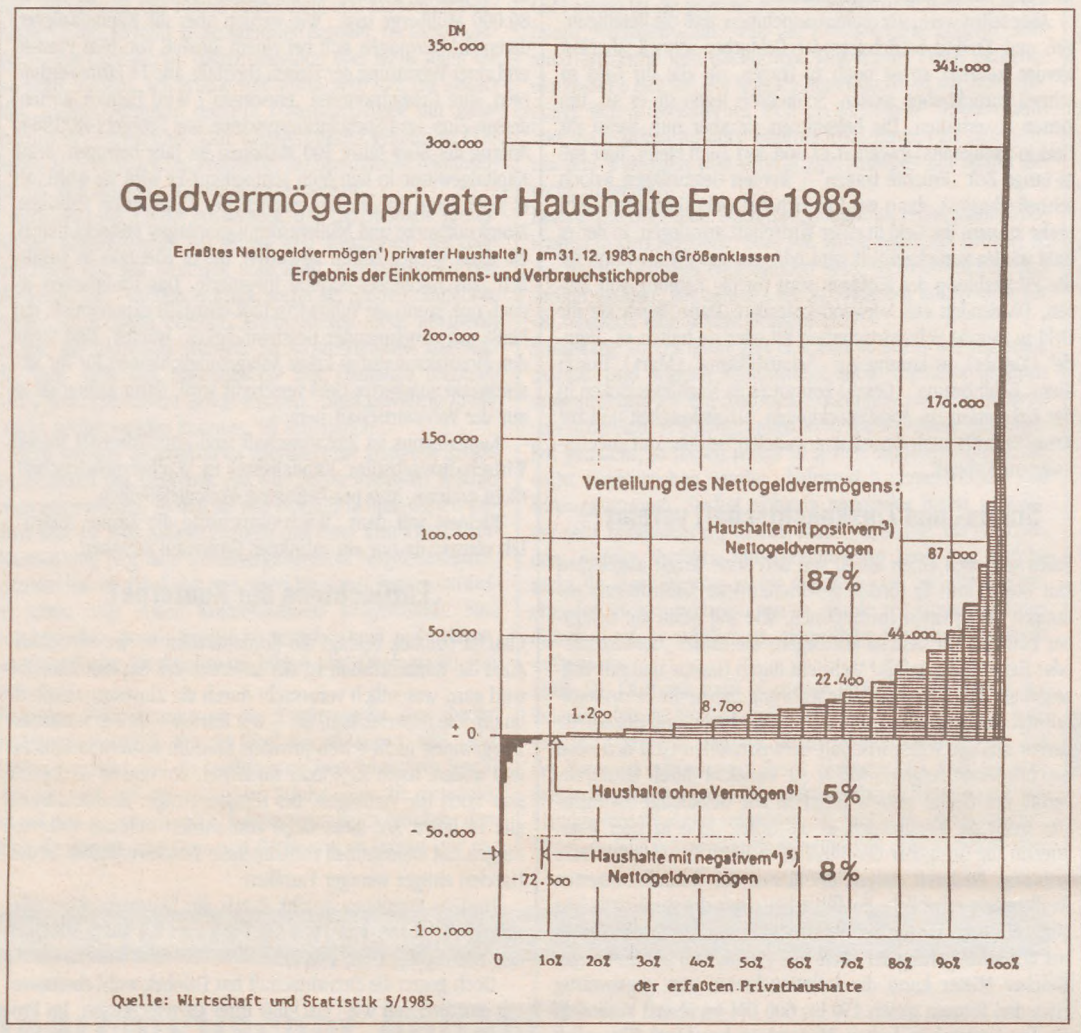
Geldvermögen der Unternehmen:	1.240 Mrd.
Geldvermögen der öffentlichen Haushalte:	490 Mrd.
Geldvermögen der privaten Haushalte:	2.712 Mrd.

Das Gros der gesamten Geldvermögen gehört also den Privathaushalten, nämlich rund 61 Prozent. In Wirklichkeit ist der Anteil sogar noch höher, denn auch der größte Teil der Unternehmen ist in privater Hand und damit auch das dort eingesetzte bzw. vorhandene Geldvermögen.

Griffiger wird das Ganze, wenn man die den Privathaushalten zugerechneten Geldvermögen in Höhe von 2.712 Mrd. DM einmal auf die 27 Mio. Haushalte verteilt. Obwohl von diesen 27 Millionen inzwischen mehr als 40 Prozent Einpersonenhaushalte sind, ergeben sich je Haushalt folgende Anteile:

Geldanlage bei Banken und Bargeld:	45.792 DM
Geldanlagen bei Bausparkassen:	4.478 DM
Geldanlagen bei Versicherungen:	21.941 DM
Geldanlagen in festverzinsl. Wertpapieren:	17.033 DM
Geldanlagen in Aktien:	2.878 DM
Sonstige Forderungen:	8.326 DM
Gesamte Geldvermögen je Haushalt:	**100.448 DM**

Das heißt, im statistischen Mittel hatte Ende 1989 jeder Haushalt ein Geldvermögen von rund 100.000 DM! Sollte jemand in seiner Brieftasche und auf seinem Sparbuch ziemliche Leere haben, dann muß sein Nachbar bereits über 200.000 DM verfügen. Hat auch dieser nur einen Notgroschen auf dem Konto, muß ein dritter Haushalt bereits ein Geldvermögen von 300.000 DM haben, damit die Statistik wieder stimmt. Doch alle diejenigen, die ihre 100.000 Mark vergeblich suchen, können sich trösten: Sie gehören zu jener großen Mehrheit der Haushalte, denen es ähnlich geht, und das sind etwa 85 bis 90 Prozent. Dafür hat der Rest der Haushalte umso mehr.



Doch bevor wir versuchen, der Verteilung der Geldvermögen etwas mehr auf die Schliche zu kommen, soll zuerst einmal die Entwicklung unter die Lupe genommen werden:

Die Entwicklung der Geldvermögen in der Bundesrepublik

Ende 1950 betrug die Summe aller Geldvermögen in der Bundesrepublik rund 59 Mrd. DM, Ende 1989 – wie bereits angeführt – 4.442 Mrd. DM. Das heißt, das Volumen der Geldvermögen wurde auf das 72fache gesteigert. Das Volkseinkommen stieg in der gleichen Zeit von 83 auf 1.751 Mrd. DM, also auf das 21fache, das verfügbare Einkommen von 71 auf 1.404 Mrd. DM und damit auf das 20fache. Das heißt, die Geldvermögen haben in den 39 Jahren 3 1/2 mal schneller zugenommen als die Einkommensgrößen. Und während 1950 jeder Mark Volkseinkommen 71 Pfennige Geldvermögen gegenüberstanden, kamen Ende 1989 254 Pfennige Geldvermögen auf jede Einkommensmark, oder anders ausgedrückt: Die Geldvermögen sind heute gut 2 1/2 mal größer als das Volkseinkommen, bezogen auf die gesamten Bruttolöhne und -gehälter (981 Mrd.) sogar 4 1/2 mal größer. Und die Geldvermögen nehmen weiter in einem atemberaubenden Tempo zu, im letzten Jahr tagtäglich um rund 950 Millionen DM!

Dieser überproportionale Reichtumszuwachs scheint vordergründig eine schöne und beruhigende Sache zu sein. Doch im Gleichschritt mit den Geldvermögen steigen in einer Volkswirtschaft auch die Schulden, und damit die Zinslasten, die alle Bürger tragen müssen, mit jeder ausgegebenen Mark mindestens 33 Pfennig. Die den Zinslasten gegenüberstehenden Zinserträge aber fließen den Haushalten sehr unterschiedlich zu, nämlich nach ihren zinsbringenden Vermögensbeständen. Wie unterschiedlich diese verteilt sind, zeichnet sich an den Geldvermögen besonders deutlich ab.

Wem gehören die Geldvermögen?

Wie wir gesehen haben, vor allem den privaten Haushalten. Aber wie verteilen sie sich auf diese Haushalte? – Auf diese Frage ist die Antwort nicht einfach, denn hier läßt uns die Flut der sonst so üppigen Statistiken im Stich. Die einzigen offiziellen Werte stammen aus den Ergebnissen der „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe", die vom Statistischen Bundesamt alle fünf Jahre bei rund 45.000 Haushalten auf freiwilliger Basis durchgeführt wird. Die mitmachenden Haushalte, die ein Jahr lang über ihre Einkommen und Ausgaben Buch führen müssen, werden bei dieser Erhebung am Jahresende auch nach ihren wesentlichsten Geldvermögensbeständen befragt, ebenso nach ihren Konsumentenschulden. Das alles natürlich völlig anonym und unter dem Siegel der Verschwiegenheit gegenüber dem Finanzamt.

Aus den erfragten Größen der Geldvermögen und Schulden errechnet man dann für jeden Haushalt das sogenannte „Nettogeldvermögen", das „positiv" heißt, wenn die Vermögen die Schulden übersteigen und „negativ", wenn es umgekehrt ist. Wer also 20.000 DM Miese und keinen Pfennig auf der hohen Kante hat, hat in der Sprache der Statistiker ein „negatives Nettogeldvermögen von 20.000 Mark", was allemal besser klingt als „Schulden".

Bei der letzten Stichprobenerhebung aus dem Jahr 1983 (die Ergebnisse aus 1988 liegen noch nicht vor) hat man die so ermittelten „Nettogeldvermögen" nach ihren jeweiligen Anteilen auf 26 Haushaltsgruppen verteilt. Danach hatten 8 Prozent der Privathaushalte ein „negatives Geldvermögen", also mehr Schulden als Vermögen bzw. nur Schulden. Bei der „Spitzengruppe" dieser Schuldenmacher lag der Minussaldo bei 72.000 Mark. Wohlgemerkt: Nur für Konsumentenschulden, also Möbel, Reise und natürlich vor allem die Autonachfrage, mit der wir die Konjunktur (auf Pump) am Laufen halten, zur „Freude" der Umwelt und der Stadtbewohner.

Fünf Prozent aller Haushalte hatten nach der Auswertung einen Nullsaldo, das heißt, sie hatten entweder soviel Schulden wie Vermögen oder von beidem gar nichts. Die restlichen 87 Prozent der Haushalte waren besser dran. Sie verfügten über ein „positives Nettogeldvermögen".

Trägt man die Verteilung einmal grafisch auf (wie in der Abbildung geschehen), werden die Unterschiede plastischer. Dies vor allem bei den „positiven Nettogeldvermögen", die anfangs nur sehr zögernd ansteigen, um dafür gegen Ende umso kräftiger in die Höhe zu schießen, nämlich bis zu 340.000 DM in der Spitzengruppe. Teilt man die gesamten Haushalte in zwei Häften und rechnet bei jeder Häfte die gesamten Nettogeldvermögen zusammen, dann hat die ärmere Haushaltshäfte gerade 4 (vier!) Prozent des gesamten Geldvermögens in der Hand, die andere Häfte den „Rest" von 96 Prozent, wobei sich auch hier das Gros der gesamten Vermögen bei den letzen zehn Prozent der Haushalte konzentriert. Dabei verschönt diese Erhebung noch die Wirklichkeit, da die Haushalte mit einem Monatseinkommen von mehr als 25.000 Mark wegen statistischer Unsicherheiten „außen vor" gelassen wurden. Gerade aber diese Gruppe dürfte über die größten Vermögen verfügen. Und wenn man bedenkt, daß sich die Vermögen der reichsten 300 Haushalte im Schnitt um 500 Millionen bewegen und bei den Spitzenführern dieser Gruppe um vier oder sechs Milliarden, dann schrumpft selbst die in der Statistik aufgenommene Spitzengruppe mit 340.000 Mark je Haushalt zu einem Nichts zusammen: Bereits die Vermögenssäule eines Einfachmilliardärs ist dreitausendmal (!) höher und allein seine wöchentliche Zinseinnahmen übersteigen das Vermögen jener Spitzengruppe um ein Mehrfaches! Ganz besonders problematisch ist jedoch, daß diese Verteilungsdiskrepanzen langfristige zunehmen. Das heißt, die Vermögens- wie Schuldenspitzen schießen ins Kraut, während die kleinen Vermögen in der Mitte langsamer wachsen und die Anzahl der Schuldenhaushalte zunimmt. Nur durch ein ständiges Wirtschaftswachstum, können wir uns noch eine Weile vor den sozialen Folgen dieser Diskrepanzen retten, wenngleich auch dieser „Ausweg" angesichts der ökologischen Folgen mehr als fragwürdig ist.

Wie entstehen Geldvermögen und woher kommt das Überwachstum?

Wie jeder von sich selber weiß, kommt man normalerweise nur zu Geldvermögen, wenn man von seinem Einkommen etwas auf die Seite legt. Bankguthaben sind also in der Mehrzahl aller Fälle Ersparnisse aus Arbeitsleistung. Mit Gück kann man natürlich auch beim Lotto oder Toto zu ansehnlichen Vermögen kommen. Doch wenn man bedenkt, daß allein die Geldvermögen in der Bundesrepublik im Jahr 1989 um 347.000 Millionen zugenommen haben, können die paar Dutzend Gewinner-Millionen kaum entscheidend gewesen sein. Wenn man sich jedoch vergegenwärtigt, daß allein die Banken 1989 ihren Kunden etwa 190.000 Millionen Zinsen gutgeschrieben haben, kommen wir der Sache näher: Geldvermögen entstehen bzw. vermehren sich nicht nur aus zurückgelegten Arbeitseinkommen, sondern auch durch Zinsgutschriften, also gewissermaßen „von alleine"! Und diese wundersame Selbstvermehrung nimmt mit dem Überwachstum der Geldvermögen immer rascher zu, beschleunigt bei steigenden Zinssätzen. Da aber auch in der besten Wirtschaft nichts vom Himmel fällt und alle Einkünfte von den Arbeitsleistenden erwirtschaftet werden, müssen diese im gleichen Umfang ärmer werden wie die bereits Reichen reicher. Der Zins- und Zinseszinseffekt, der vorhandene Geldvermögen mit Verdoppelungsraten wachsen läßt, bewirkt also eine ständige Einkommensumschichtung von der Arbeit zum Besitz, die sich nach mathematischen Gesetzmäßigkeiten beschleunigen muß. Dabei sammeln sich auf den Konten der Groß-Vermögensbesitzer nicht nur die Zinsen auf den Geldvermögen an, sondern auch die Renditen aus den Sachvermögen, die sich in ihrer Höhe an den Geldzinssätzen orientieren.

Was sind die Folgen?

Die gesamten Zinserträge und Renditen, die dem gesamten Geld- und Sachkapital (einschl. Boden) jährlich zufließen, liegen mindestens bei 300 Mrd. DM. Davon landen etwa 250 Mrd. direkt oder indirekt in privaten Taschen. Umgelegt auf alle Haushalte sind das im Durchschnitt knapp 10.000 Mark. Davon stammen rund 5.000 Mark aus den Geldvermögen.

Natürlich stehen diesen Zinseinnahmen auch Zinslasten gegenüber. Jedoch sind diese Lasten, als Folge der ungleichen Vermögensverteilung, anders verteilt als die Erträge.

Saldiert man die Lasten und Erträge bei den einzelnen Haushaltsgruppen, dann gehören knapp neun Zehntel der Haushalte zu den Verlierern und der Rest zu den Gewinnern. Die Folge ist, daß dieser Minderheit von einem Zehntel genausoviel an leistungslosem Einkommen zufließt wie die Mehrheit verliert. Auf diese Weise werden in der Bundesrepublik per saldo jeden Tag etwa 250 bis 300 Millionen umgeschichtet, nämlich von der überwiegend von Arbeit lebenden Mehrheit zu der überwiegend von Besitz lebenden Minderheit. Und dieser Umschichtungsprozeß nimmt aufgrund der überproportional wachsenden Vermögen in einer alternden Volkswirtschaft ständig zu.

Da selbst mit einem hohen und beständigen Wirtschaftswachstum diese Umverteilung auf Dauer nicht auszugleichen ist, kommen wir an einer Beschäftigung mit diesen Zusammenhängen und Gegebenheiten nicht vorbei. Dabei geht es nicht nur um die sozialen Aspekte, sondern ebenso um die ökologischen. Denn solange wir zur Verringerung der sozialen Spannungszunahmen zu einem ständigen Wirtschaftswachstum gezwungen sind, hat die Umwelt keine Chance. ●

FRAUENFÖRDERUNG

EG-Mittel für ExistenzgründerInnen

Zuschüsse zu den Startkosten für Frauen, die sich selbständig machen. Netzwerk für örtliche Beschäftigungsinitiativen von Frauen.

Redaktion Heidelberg ● Zur Zeit schaffen sich in Europa viele Frauen eigene Arbeitsplätze, indem sie sich beruflich selbständig machen. Das Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaften gegen Arbeitslosigkeit sieht die große Bedeutung dieser Eigeninitiative von Frauen und bietet praktische Hilfe:

* mit Zuschüssen zu den Startkosten für die Betriebsgründungen
* mit der Organisation und Finanzierung eines Europäischen Netzwerks für die Beschäftigungsinitiativen von Frauen
* mit der Unterstützung nationaler Netzwerke, die Frauen beim Start in die Selbständigkeit helfen
* mit der Förderung von Forschung über die Hindernisse und Schwierigkeiten, die Frauen bei der Betriebsgründung überwinden müssen.

DAS ZUSCHUSSPROGRAMM

Bedingungen:

* Der Zuschuß muß vor dem Betriebsbeginn beantragt werden
* Es müssen mindestens zwei Vollzeitstellen geschaffen werden
* Die betrieblichen Entscheidungen müssen in der Mehrheit von Frauen getragen werden
* Zuschüsse werden an Gewerbebetriebe und Freiberuflerinnen, aber nicht an gemeinnützige Vereine gegeben

Zuschußhöhe:
1000 ECU für jeden selbstgeschaffenen Arbeitsplatz. Das Minimum sind 2000 ECU für 2 Arbeitsplätze. Das Maximum ist 5.000 ECU für fünf und mehr Arbeitsplätze. (Ein ECU entspricht ca. zwei DM)

Wer bekommt einen Zuschuß?
Im Durchschnitt werden 40% aller Anträge gewährt. Die Antragstellerin sollte zeigen, daß:

* das Vorhaben ernsthaft geplant wurde und Erfolgchancen hat
* mindestens zwei Vollzeitarbeitsplätze, oder entsprechende Teilzeitarbeitsplätze, geschaffen werden.

Vorrangig gefördert werden:

* neuartige Betriebsideen
* besonders benachteiligte Gruppen von Betriebsgründerinnen, wie z.B. alleinerziehende Mütter

Wie bekommt man den Zuschuß?
Vollständig ausgefüllte und unterschriebene Anträge müssen an die Projektmanagerin Maire O'Leary und eine Vertreterin des deutschen Netzwerks geschickt werden.
Die Anträge verschickt das
Büro für Chancengleichheit
Kommission der Europäischen Gemeinschaften
Rue de la Loi, 200
B-1049 Brüssel
Belgien oder
Lu Haas
Frauenbetriebe
Hamburger Allee 96
6000 Frankfurt
☎ (069) 70 07 76

compeG

Wir sind ein selbstverwaltetes und genossenschaftlich organisiertes Software- und Systemhaus. Wir arbeiten seit mehreren Jahren erfolgreich auf den Gebieten der technischen Datenverarbeitung, Anwenderbetreuung und Dokumentation.

Für die Mitarbeit in unserer Vertriebsabteilung suchen wir die/den

AkquisiteurIn

mit

Überzeugungskraft und Verhandlungsgeschick
Kontaktfreude und Improvisationsgabe
Kooperationsfähigkeit und Verantwortungsbewußtsein
Organisationstalent und Eigeninitiative

sowie mit Verkaufserfahrung, bevorzugt in der EDV-Branche.

Wir bieten

Tätigkeit in einem Markt mit Zukunft
Beteiligung an der Firma
substantielle Mitbestimmung
realistisches Gehalt

Wenn Sie die Aufgabe sowie die Rahmenbedinungen interessieren, senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bitte an:

compeG - computer-produktiv-genossenschaft eG
Werner-von-Siemens-Str. 8
8520 Erlangen
oder Sie setzen sich mit Joachim Kuthe in Verbindung
unter der Nummer 09131/20034-35

ALTERSVERSORGUNG IM BETRIEB
KEINE FRAGE!
Es gibt doch das öko-Versorgungswerk*

*Offen für alle selbstverwalteten und ökologisch orientierten Betriebe, Vereine, Freiberufler.

Bitte Info anfordern bei:
ökowerk e.V.
Vennhauser Allee 245
4000 Düsseldorf 12
Tel.: 0211/272395

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737

Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 28 23 48; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66; DDR, 8023 Dresden, c/o Initiativdruckerei Micha-Druck, PF 71-01, Hechtstr. 143, ☎ (0037/51) 598 28 44

Fachredaktionen :

Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ (030) 693 53 51; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg

Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ (06221) 16 24 67

Vertrieb:
☎ (06221) 1 34 02

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

JOBS

EMMAUS e.V. Stuttgart sucht eine(n) weitere(n) Mitarbeiter(in), Führerschein Kl. III erwünscht. Wir sind ein Wohn- und Arbeitskollektiv mit Holzwerkstatt, Gebrauchtmöbelhandel u. Transporte, z.Zt. 1 w und 5 m. Näheres: ☎ (0711) 24 05 86 o. 89.

THETA-Druck sucht MitarbeiterInnen für Repro und Weiterverarbeitung, SetzerInnen, ReprofotografInnen, BuchbinderInnen. Meldet Euch bei:
THETA-Druck, Genter Str. 8,
1000 Berlin 65
☎ (030) 465 30 03

JOBSUCHE

Ab 2. Januar '91 möchte ich mich für neue, spannende Aufgaben engagieren!
Ich suche dazu zielorientierten, Selbstverwalteten Betrieb oder Projekt, (Genossenschaft wünschenswert, aber nicht Bedingung), evtl. auch noch im Aufbau, möglichst Rhein-Neckar-Raum. Ich verfüge über langjährige Gruppen- und Berufserfahrung in betrieblicher Selbstverwaltung, bin technisch und kaufmännisch ausgebildet (KFZ-Mechaniker - FS.KL.II - und praktischer Betriebswirt) und gewohnt, zielsicher und selbständig im Team zu arbeiten. Bisheriger Tätigkeitsschwerpunkt: demokratische Betriebsorganisation, Rechnungswesen mit EDV-Kenntnissen, Buchhaltung mit Steuerwesen, verantwortliche kaufmännische Betriebsführung mit Kenntnissen und Erfahrungen im Genossenschafts- und Handelsrecht.
Hubi Cramer, Verbindungskanal li. Ufer 20-24, 6800 Mannheim 1
☎ (0621) 10 33 25 (tagsüber); (0621) 15 45 42 (abends).

ÖKOLOGIE

Ökologischer Stadtumbau in der baulichen Selbsthilfe. – Eine Bestandsaufnahme ökologischer Maßnahmen in 23 Projekten mit einer Materialsammlung zum ökologischen Bauen.
Die Notwendigkeit des ökologischen Stadtumbaus wird immer weniger bestritten, dennoch fehlt es weitgehend an der entsprechenden städtebaulichen Praxis.
Die Studie gibt Aufschluß über den Umfang, in dem die befragten Projekte umweltfreundlich saniert haben und beschreibt die Probleme und Effekte des ökologischen Bauens aus der Sicht der ProjektbewohnerInnen. Die Broschüre ist zum Selbstkostenpreis vo 10 DM (plus 3 DM Versandkosten), möglichst gegen Voreinsendung eines Verrechnungsschecks oder Überweisung auf das Konto 3094101 bei der Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00) zu beziehen.
Kontakt:
AKS e.V., Liegnitzer Str. 18
1000 Berlin 36
☎ (030) 611 57 53

Konrad und Paul sind schwul. Konrad und Paul können mitreden. Konrad und Paul lesen magnus.

KONRAD UND PAUL
von Ralf König

Jeden Monat neu in
magnus
Das schwule Magazin

Probeheft gegen 3,– DM in Briefmarken bei:
magnus, Postfach 620560,
1000 Berlin 62

BAG-TAGUNGSREADER

Der Tagungsreader für das zweite Halbjahr 1990 ist da!
Er bietet eine Übersicht über Weiterbildungsangebote für MitarbeiterInnen Selbstverwalteter Betriebe, für Haupt- und Ehrenamtliche in Selbsthilfegruppen sowie für Frauen in- und außerhalb von Projekten. Außerdem Hinweise auf Tagungen (z.B. im Ökologiebereich), interessante Studienreisen und politische Veranstaltungen.
Der Reader ist gegen eine Gebühr von 5,– DM zu beziehen bei
Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke
Melchiorstr. 14
5000 Köln 1
Die nächste Ausgabe wird Anfang Januar 1990 erscheinen. VeranstalterInnen, die ihre Termine darin veröffentlicht haben wollen, schicken ihre Programme bis spätestens Mitte Dezember an die BAG Netzwerke.

FRAUEN

Fragebogenaktion »Ausstellung für Frauen«
In einer AB-Maßnahme arbeite ich an einer Dokumentation zum Thema „Ausstellungen für Frauen". Im Rahmen dieser Arbeit habe ich einen Fragebogen erstellt. Ziel dieser Fragebogenaktion ist, zu ermitteln, welche Bedürfnisse Frauen an Ausstellungen haben und ob das derzeitige Ausstellungsangebot ihren Interessen gerecht wird. Der Hindergrund für diese Aktion ist, das Frauen im „herrschenden" Kulturbetrieb nach wie vor wenig Raum einnehmen und sie auch bei Ausstellungen nur vereinzelt Konzeption und Ausführung entscheidend bestimmen. Ausstellungen repräsentieren von daher meistens die Erfahrungswelt und Leistungen von Männern.
Die Ermittlung von Fraueninteressen bezüglich des Ausstellungsangebotes und ihren Vorstellungen von einer „Frauenkultur/matriarchalen Kultur" kann einen kleinen Beitrag zur Entwicklung einer eigenständigen Frauenkultur leisten und Grundlage für kulturpolitische Forderungen an öffentliche Insitutionen sein.
Die Fragebogenaktion ist Teil einer umfassenden Dokumentation, die nach ihrer Beendigung veröffentlicht wird und hoffentlich Impulse für eine „andere", frauenbezogene Ausstellungs- und Museumsarbeit bieten wird.
Frauen, die an der Fragebogenaktion teilnehmen wollen, melden sich bitte bei Iris Pfenninger, Tarantel-Büro
Krayerstr. 11, 4300 Essen 14
☎ (0201) 50 47 86

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

LESERBRIEFE

LINKS & GRÜN = LÜN...

Die Realos – Hagener Parteitag. Das Problem ist, daß die Realos verlogen oder unrealistisch sind. Die nach rotgrün und vordergründig nach Käufern (WählerInnen) lechzen, werden als erste umkippen, wenn es darum gehen wird, grüne Politik durchzukämpfen (dies haben sie bereits belegt, z.B. in Berlin und Hessen). Für sie ist das Produkt „neuer ökologischer Aufbruch" ein Vehikel und nicht Inhalt, dann sind sie verlogen. Sie gaukeln sich vor, grüne Vorkämpfer zu sein, dann sind sie das genaue Gegenteil von Realos, ihnen fehlt der Bezug zur Realität. Was ich schreibe, ist nicht neu, Jutta Ditfurth hat es bereits gesagt, aber es liegt mir am Herzen, Jürgen Maier zuzustimmen.

Stefan aus Kreuzberg

Gerade von der Grünen LDK-Nds zurückgekehrt im Freundeskreis des VNB/Buntstift/Soz.-Kult.-Zentren, LBU usw. darüber gefreut, daß wir nun endlich gestalten, handeln, Konzepte umsetzen usw. können, traurig über den Umgangston einer Gruppe verhärteter Frauen gegenüber der neuen Frauenministerin, lese ich Euren Zerriß zum Primat der Ökologie bei den Grünen. Auf eine solch strömungspolitisch einseitige und dogmatische Stellungnahme, die noch nicht mal reflektiert, was in HH wirklich los ist, was diese PDS-Wandler und Bürokraten reden und nachher tun, habe ich keine Lust mehr. Die Praxis in der DDR habe ich als undogmatischer Mensch 10 Jahre von Westberlin aus direkt miterlebt. Hört auf mit der Dolchstoßlegendenbildung gegenüber den „armen Linken(?)" in den Grünen. Real sitzen sie in allen Posten und verwalten, ob in der Geschäftsstelle oder nun in BuVo, also Danke für Eure Zeitung.

Gerhard aus Syke

Unser Betrieb versteht sich als selbstverwalteter Betrieb, die 3 Unterzeichner sind Mitglieder der Grünen.

Die Interpretation von Kurt Regenauer zur Situation der Grünen Partei ist typisch für unsere selbsternannten „Linken", die seit Jahren nach innerparteilichen Feindbildern suchen, um ihre eigene politische Perspektivlosigkeit zu übertünchen und sich damit um die Umsetzungsdiskussion grüner Politik herumzudrücken.

Gleich im ersten Absatz wird das Feindbild zurechtgerückt, „Rote raus"-Parolen verbreiten also die Schergen um Joschka Fischer, da muß man als „linker" Grüner gleich empört auftreten gegen diesen imaginären „innergrünen rechten Flügel".

Ansonstem folgt das altbekannte Gejammere über die Entwicklung zur „normalen" Partei mit dem Kronzeugen Joschka Fischer. Der hat sich als Umweltminister konkret mit den Umsetzungsproblemen grüner Politik herumgeschlagen – ganz im Gegensatz zu den sog. „Linken", die im wesentlichen verbalradikal auf den Popanz Kapitalismus eindreschen und etwa wie Kurt Regenauer im Umbauprogramm eine „fixierte, technokratische Herangehensweise" ausmachen und in Regierungsbündnissen lediglich undifferenziert „Machtmittel zur Beeinflussung öffentlicher Meinung" erblicken. Bei dieser eindeutigen Entlarvung grünen Anpassertums und Machtgier ist die Entwicklung einer eigenen Perspektive nicht mehr nötig.

Richtig ist, daß die vielstrapazierte „Bewegung" in Form von Bürgerinitiativen in den letzen 20 Jahren belebend auf die demokratische Entwicklung der BRD gewirkt haben, daß durch sie Defizite des parlamentarischen Systems sichtbar wurden und daß sie an vielen Stellen verhindernd erfolgreich war.

Die Gründung der Grünen war der Versuch, die Defizite der Bewegung zu überwinden: meist Reaktion auf bekannte Mißstände, ziel- und zeitbegrenzte Orientierung... Somit wird zurecht von der sympathisierenden Öffentlichkeit an die grüne Partei ein anderer Anspruch gestellt als an Bürgerinitiativen, nämlich die programmatische Entwicklung und zielstrebige, langfristige Umsetzung grüner Politik in den Parlamenten. Das schließt notwendigerweise die Umsetzung gesellschaftlicher Mehrheiten in parlamentarische Mehrheiten mit ein.

Wir vertreten durchaus die Auffassung, eine professionell agierende Partei „Die Grünen" könnten etwa für den Genossenschaftsgedanken, für das Entstehen von genossenschaftlichen und selbstverwalteten Betrieben und nicht zuletzt im Wohnungsbereich mehr tun als bisher: Vielleicht gerade als „normale Partei". Nicht die drohende Professionalisierung der Grünen ist das Problem, sondern die strukturelle Blockade der Handlungsfähigkeit durch grüne Prinzipien wie Rotationsprinzip u.ä..

Wenn der CONTRASTE die Entwicklung der Grünen eine relativ ausführliche Berichterstattung wert ist, dann erwarten wir in der nächsten CONTRASTE mehr als Interviews mit Jutta Ditfurt und Thomas Ebermann mit ihrem, vorsichtig gesagt, widersprüchlichem Verhältnis zum Staat. Dann sollten unterschiedliche Positionen der Grünen zu Wort kommen, z.B. auch Ruth Hammerbacher und Ralph Fücks. Gerade Ralph Fücks hat auf dem Dortmunder Parteitag Spannbreite, Umsetzungsprobleme und innere Widersprüche bei der Umsetzung grüner Politik benannt und daraus eine Notwendigkeit einer Strukturreform abgeleitet.
An Euch freundliche Grüße von **Peter Kreuzer, Bernhard Nuber und -Paul-Dieter Pömsl.**

RAUHER WIND...

Aus Eurem Artikel über den rauhen Wind in der Hamburger Alle 45 im April könnte man den falschen Eindruck gewinnen, daß die unglaublichen Widrigkeiten des Grundstücksmarktes den ID vorläufig K.K. geschlagen hätte. Das Gegenteil ist der Fall: Trotz aller Schwierigkeiten sind unsere drei Arbeitsbereiche
– Projekt Alltag (Medienzugang für Benachteiligte)
– Dokumentation
– Mediensolidaritätsfonds
auch vor dem hoffentlich bald anstehenden Einzug in neue Räumlichketien durchaus aktiv.
Informationsdienst
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

SOMMERSEMINAR ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Ökologie und Selbstverwaltung!
Vom 27.7. bis zum 5.8.1990 findet das dreizehnte Sommerseminar des TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie) der AG SPAK in Kooperation mit dem Buntstift e.V. statt. Veranstaltungsort ist das Selbstverwaltete Tagungshaus Bahnhof Göhrde in der Lüneburger Heide. Vorbereitete AG-Themen sind:

- Zukunft der Selbstverwaltung
- Selbstverwaltungstheorie
- Branchenvernetzung ökologischer Betriebe
- Auf dem Weg zu einem „Anderen Europa" (Projektemessenvorbereitung)

Weitere Themen können und sollen als Arbeitsgruppe oder Abendveranstaltung eingebracht werden. Viel Kultur- und Handarbeit prägen die Struktur des Seminars. Die TeilnehmerInnenzahl ist auf 50 begrenzt. Der Selbstverpflegungsanteil beträgt 80,-- DM. Für eine Kinderbetreuung während der Arbeitsgruppenzeiten wird gesorgt. Das ausführliche Programm und eine Einladung kann angefordert werden bei:
Andrea Gerth
Löwenstr. 8 - 6800 Mannheim 51

Erfahrungen der Grünen Partei mit den Projekten und umgekehrt. Veranstaltungsort Berlin vom 19. bis 21.10.1990.
Information & Anmeldung:
Lutz Wende
Schöneberger Str. 19
1000 Berlin 61

ISO

Kollektives Management «Was tun»
Das kennt jeder: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig: Arbeiten werden doppelt erledigt – Besprechungen dauern endlos – einige werden zu Machern.
Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. An diesem Wochenendseminar könnt Ihr Eure Teamfähigkeit verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der Anderen optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen.
Termin: 28.bis 30.9.90
Ort: Frauensee, DDR (Suhl, Thüringen)
Gebühr: 50,-- DM
Information & Anmeldung:
ISO (Institut für Selbstorganisation)
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1
☎ (069) 738 18 33

Die Kooperativenbewegung in England von Rochdale bis heute
Teilnehmerbeitrag: 200,-- DM incl. Übernachtung. Reise und Verpflegung auf eigene Kosten.
Termin: 3. bis 7.9.90
Ort: Stoke on Trent, Mittelengland
Anmeldung: ISO-Büro, s.o.

Exkursion nach Mondragon
Teilnehmerbeitrag nach Vereinbarung
Termin: 14. bis 20.10.90
Anmeldung: ISO-Büro, s.o.

Altersvorsorge in Selbstverwalteten Betrieben
Seit es nicht mehr um das schiere Überleben des Betriebes geht, wird in den SV-Betrieben die Frage nach Altersvorsorge und Vorsorge für den Fall der Berufsunfähigkeit aktueller:

- Welche materiellen und sozialen Bedürfnisse für die Absicherung bei Berufsunfähigkeit und Altern bestehen?
- Reicht die eventuell vorhandene Rentenversicherung aus?
- Wie kann die Absicherung ergänzt werden?
- Was bringen die verschiedenen Lebensversicherungen?
- Wie können gemeinsame Vorsorgemaßnahmen getroffen werden?

Das Seminar vermittelt das notwendige Orientierungswissen. Darüber hinaus soll auch thematisiert werden, wie der notwendige Diskussions- und Entscheidungsprozeß im Betrieb organisiert und angeleitet werden kann. Auch die persönlichen Bezüge zum Thema über die materiellen Aspekte hinaus sollen nicht unter den Tisch fallen.
Teilnehmergebühr: 145,-- DM
Termin: 21. bis 23.9.90
Anmeldung: ISO-Büro, s.o.

Selbstverwaltung in der DDR?
In dieser Woche werden Menschen aus der DDR die Gelegenheit erhalten, Selbstverwaltung in Theorie und Praxis kennenzulernen. Dazu sind kompetente Selbstverwalter der Rhein-Main-Region als aktive Begleiter vorgesehen. Neben den Betriebsbesichtigungen bleibt Raum zur Geschichte und Theorie der Selbstverwaltung in der BRD mit Seitenblicken in andere Länder und deren Erfahrungen.
Zwei Monate später sollen dann Menschen aus hiesigen Projekten in die DDR fahren, um direkt mit den Beteiligten Möglichkeiten von Gründungen zu eruieren.
Teilnehmerbeitrag: entfällt
Termin: 20. bis 24.8.90
Ort: Jugendhof Bessunger Forst, Roßdorf/Darmstadt
Anmeldung & Information:
ISO, c/o Reinhard Neumann
Schloßgartenstr. 63
6100 Darmstadt

LÄUFERTSMÜHLE

Kollektives Marketing in der Praxis
In diesem Seminar sollen die Grundlagen des Marketing verständlich dargestellt werden. Dazu werden Marketingziele, -strategien und -instrumente erklärt. Danach soll gezeigt werden, was am Marketing kollektiv sein kann. Um aber nicht nur trockene Theorie widerzukäuen, sollen auch konkrete Hilfen für den Alltag entwickelt und anschließend in Arbeitsgruppen exemplarische Marketingkonzepte für die eigene kollektive Arbeit erarbeitet werden.
Termin: 7. bis 9.9.90
Teilnehmergebühr: 120,-- DM
Anmeldung & Information:
Läufertsmühle
6934 Neckargerach
☎ (06263) 16 43

WDÖFF

Moderationstechniken in Gruppen
Moderation dient zur Entscheidungsfindung in Teams, Abteilungen, Projektgruppen, zur Durchführung von Unterricht und Seminaren. Sie ist geeignet für alle Gruppen, in denen es auf Zielerreichung und Effizienz ebenso ankommt wie auf Kreativität, breite Beteiligung und gutes Arbeitsklima. In diesem Seminar steht die praktische Erprobung der Moderationstechniken im Vordergrund; Visualisierungstechniken, Strukturierungsmethoden und Diskussionsregeln werden an Beispielen aus dem Erfahrungsbereich der Teilnehmenden eingeübt. Ziel des Semianrs ist, die TeilnehmerInnen zu befähigen, Gruppen in Lern- und Entscheidungssituationen zu begleiten; außerdem soll die Technik auf dem Hintergrund anderer Methoden kritisch reflektiert werden.
Termin: 27. bis 29.9.1990
Anmeldung & Information: Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204
5300 Bonn 1
☎ (02 28) 67 46 63

NIEDERKAUFUNGEN

«Anders leben – anders arbeiten»
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen, herauszufinden, welche Vorstellungen sie von ihrer Zukunft haben. Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten
- gemeinsame Ökonomie d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus
- Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt
- Alltagsleben/Alltagsorganisation mit 50 Menschen.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 1. bis 5.10.90
Teilnehmerbeitrag: 190,-- DM
Anmeldung & Information:
Kommune Niederkaufungen
Kirchweg 1
3504 Niederkaufungen
☎ (05605) 30 15

TAGUNGSHÄUSER

Lern-werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere «Lernwerkstatt» hat 29 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zimmer), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Selbst- oder Vollverpflegung (vegetarische Vollwertkost). Außerdem: Unser neuer Saal ist fertig (80 qm!!!) Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrücken, Ffm. Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökolog. Politik (Rudolf Bahro).
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1 - 5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 oder 1031

MEDIEN

WDÖFF

Gestaltung von Zeitungen
Kommunikation und Information werden immer wichtiger. Das alte Medium Zeitung wird weiterhin einen hohen Stellenwert behalten. Für Vereine und Verbände haben Zeitungen wichtige Funktionen nach außen und nach innen. Vielmals ist jedoch die Gestaltung der Zeitung disfunktional. Sie erreicht die Leser nicht oder nur mangelhaft. Nach einer Analyse der Funktion von Kleinzeitungen in verschiedenen Zusammenhängen (Vereine, Initiativen, Stadtteil, Fachpresse) für die verbandliche Arbeit werden Kriterien und Verbesserungsmöglichkeiten an konkreten Beispielen entwickelt. Gemeinsam entwickeln dann die TeilnehmerInnen ein Konzept und ein Muster einer Zeitung. Im Vordergrund steht dabei die redaktionelle Arbeit für die Zeitung.
Termin: 31.8. bis 2.10.1990
Gebühr: 210,-- DM
Anmeldung & Information:
Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204
5300 Bonn 1
☎ (02 28) 67 46 63

Lokalradio-Interviewseminar
Im lokalen Hörfunk hat das Interview eine große Bedeutung: als Recherche, als O-Ton-Sammlung, Live-Interview oder Teil eines Features. An diesem Wochenende werden Interviews analysiert und Maßstäbe für die Vorbereitung eines Interviews, Durchführung und Auswertung entwickelt. Dabei werden wir in Gleichem Umfang theoretisch wie praktisch arbeiten.
Termin: 21. bis 23.9.1990
Gebühr: 210,-- DM
Anmeldung & Information:
s. o.

SONSTIGES

MEIGA Sommercamp 1990
Vom 8. bis 22. August in der Lüneburger Heide. Zwei Wochen Festival und Denkwerkstatt für die Fragen nach Sex, Sinn und Zukunft.
„Wir brauchen für eine gewaltfreie Erde vor allem ein neues Konzept für die Liebe."
Wie sehen neue soziale Strukturen aus, in denen die Liebe eine Chance hat? Was entspricht unserer Sehnsucht nach Liebe ohne Eifersucht, nach Sexualität ohne Angst, nach Partnerschaft und Treue?
Gemeinsam arbeiten wir an der Entwicklung einer konkreten Utopie.
Live-Bands, Zirkus- und Theatergruppen, Zauberer, Jongleure und viele Workshops bilden den Rahmen für eine inspirierte Denkwerkstatt.
Infos: Projekt MEIGA –
Experiment für eine humane Erde
Zeppelinstr. 7, 7760 Radolfzell
☎ (07732) 5 63 55

ANARCHISMUS

SCHWARZER FADEN FEST

«Wir laden alle LeserInnen, alle FreundInnen, alle MitarbeiterInnen und solche, die es endlich werden wollen, alle nimmermüden Anarchos und Anarchas, befreundete Redaktionen, BuchhändlerInnen und Verlage und letzlich alle, die Lust auf ein Fest haben, herzlich ein.
Das Fest findet ab 15 Uhr am Samstag, den 28.7.90 in Karlsruhe statt. Ort: Gewerbehof, Steinstr. 23 (im Zentrum Karlsruhes).
Übernachtungen können organisiert werden, dennoch ist es uns willkommener, wenn dies von Euch selbst geregelt werden kann; wer keine Connections nach Karlsruhe hat, melde sich bis zum 20.7. bei uns, damit wir einen Überblick bekommen, wieviele Schlafplätze organisiert werden müssen.
Das Fest kostet keinen Eintritt, es soll sich (wir rechnen mit ca. 4.000,- DM Vorleistungen) über Spenden und Getränke selbst finanzieren, etwaige Überschüsse kommen der Zeitschrift zugute. Spenden bitte vorab auf das SF-Konto, denn wir verlieren am Abend selbst den Überblick und können das Geld auch für die Vorbereitung gebrauchen: F. Kamann, PschA Stuttgart, BLZ 600 100 30, Kto-Nr. 574 63 – 703. Auf nach Karlsruhe!»

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN:

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

WIR SETZEN DAGEGEN

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).

...nicht nur mit der monatlich erscheinenden „Zeitung für Selbstverwaltung", sondern auch durch Aktivitäten des CONTRASTE-Vereins zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie. So ist CONTRASTE Mitinitiatorin der geplanten europaweiten Projektemesse, wo Projekte und Betriebe aus europäischen Ländern in Ost und West den verstaubten Regeln der alten Ordnung und Unterordnung ihre Vorstellungen von anderen Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensformen entgegensetzen werden – phantasievoll, lautstark und uneinsichtig.

Besser CONTRASTE fördern als die Kohlsuppe fettmachen !

- Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
  (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- Schickt mir erst mal Eure Satzung.
- Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum

Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE · Postfach 10 45 20 · 6900 Heidelberg